

178/KOMM XXIV. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll der 8. Sitzung vom 1. Februar 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
8. Sitzung/ öffentlicher Teil
vom 1. Februar 2012
Gesamtdauer der Sitzung:
09.05 Uhr – 14.22 Uhr

Wien, 2012 02 01

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

8. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 1. Feber 2012

Gesamtdauer der 8. Sitzung
9.05 Uhr – 14.22 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(8. Sitzung; Mittwoch, 1. Feber 2012)

Ing. Mag. Rudolf FISCHER	3
Hubert GORBACH	46

Beginn der Sitzung: 9.05 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet die 8. Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen zur Anhörung von Herrn **Mag. Fischer** als **Auskunftsperson**.

Ich darf die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam machen, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Rudolf Fischer, ich danke für Ihr Erscheinen, auch für Ihre Bereitschaft, auszusagen.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur **Angabe der Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft.

Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Rudolf Fischer. Geburtsdatum: 15. Mai 1953. Anschrift: Oberwaltersdorf. Sie sind selbständig. Sie waren auch **nicht** öffentlich Bediensteter im Untersuchungszeitraum.

Herr Mag. Fischer, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Eine **generelle** Aussageverweigerung vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich darf nun auch die **Vertrauensperson** um die Personaldaten ersuchen – sie wurden auch vorgelegt. Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Otto Dietrich**. Geburtsdatum: 5.11.1968. Anschrift: Wien.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Otto Dietrich als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, § 14 Abs. 2 lit. a und b Verfahrensordnung. – Es besteht kein Einwand.

Ich habe deshalb auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Begleiter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson, Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder

Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Mag. Fischer, ich darf noch darauf hinweisen, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen; § 8 Verfahrensordnung.

Wir können also mit der Befragung beginnen.

Herr Mag. Fischer, möchten Sie zu Beginn die Sachlage aus Ihrer Sicht in 10 Minuten darlegen? – Bitte.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Sie nicht langweilen, aber ich möchte ganz gerne zu Beginn der Befragung eine **kurze Zusammenfassung** über die Themen geben, die uns während meiner aktiven Laufzeit als Vorstand der Telekom Austria AG bewegt haben; natürlich auch im Zusammenhang mit den diskutierten Schnittstellen und Themenbereichen, wo wir in die Politik gehen mussten, wo wir Zusammenhänge gesehen haben.

Vielleicht noch ganz kurz: Ich bin im September 1998 – ich glaube, es war im September – zum **Vorstand der Telekom Austria AG** gewählt worden. Dieses Unternehmen wurde kurz davor privatisiert, herausgelöst aus der Post- und Telegraphenverwaltung. Das brauche ich Ihnen aber, glaube ich, nicht zu erzählen, das ist Geschichte.

Mein Vorstandsbereich umfasste zu diesem Zeitpunkt die Verantwortung für **Technik und Betrieb**. Und die Telekom Austria hatte auch zu diesem Zeitpunkt einen Partner in Form der **Telecom Italia**, die 25 Prozent plus eine Aktie an dem Unternehmen hatte, aber die Möglichkeit, zwei Vorstandsposten zu besetzen. Also zwei Italiener und zwei Österreicher im ursprünglichen, ersten Vorstand der privatisierten Telekom Austria Aktiengesellschaft.

Die Herausforderungen, die wir zu diesem Zeitpunkt, kurz, nachdem der Vorstand bestellt wurde, hatten, war ein doch relativ rasch gewünschter Börsegang durch den Eigentümer. Wir hatten ein sehr komplexes Wettbewerbsumfeld; das darf man nicht vergessen. Wir hatten kurz davor die echte Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes. Es gab sehr, sehr viele Mitbewerber in unserem Umfeld; unabhängig von alternativen Netzbetreibern auch die Mobilkommunikation, Kabelfernsehbetreiber, Energieversorger und dergleichen.

Wir hatten zu diesem Zeitpunkt sehr strenge regulatorische Auflagen. Der erste Regulator im Telekommunikationsbereich, Professor Otruba, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, ein Paradebeispiel, ein Vorzeigemodell auf die Beine zu stellen. Also wir hatten relativ rasch, ohne dass das Unternehmen vorbereitet war, doch sehr heftige Auflagen, mit denen wir kämpfen mussten.

Aus der internen Sicht war das Unternehmen zu diesem Zeitpunkt vielleicht auch noch nicht wirklich 100-prozentig strukturiert, organisiert. Es war immer noch ein „Fragment“ aus der ursprünglichen Post- und Telegraphenverwaltung. Das Rechnungswesen war eher eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung als eine leistungsorientierte Bilanz. Das Controlling war nicht vorhanden. Organisationsstrukturen, speziell im Zusammenhang mit Servicebereitschaft und Kundenorientierung, waren sicher noch nicht wirklich fühlbar.

Das, was uns natürlich am meisten beschäftigt hat, war die **Zahl der Mitarbeiter**, die im Unternehmen beschäftigt waren – zu diesem Zeitpunkt, geplant für die Technologien, die eingesetzt wurden, natürlich viel zu viele.

Ich möchte jetzt nicht gleich auf das Thema eingehen, es wird uns aber noch streifen, eines der wesentlichen Themen war natürlich dann auch das **Beamtendienstrecht**.

Im Frühjahr 2000 gab es dann einen Vorstandswechsel, weil sich der erste Generaldirektor des Unternehmens, Herr Kasztler, nicht damit abfinden konnte, das Unternehmen an die Börse zu führen. Es wurde dann in der Folge Generaldirektor **Sundt** ernannt – er war vorher, wie Sie auch wissen, bei der Mobilkom Vorstandsvorsitzender.

Es wurde dann vehement mit dem Planen des Börsegangs begonnen. Im Herbst 2000 ist er dann auch durchgeführt worden, mit Biegen und Brechen. Der Börsegang fand nicht nur in Wien statt, sondern wir waren das erste Unternehmen, das auch in New York an der Börse notiert hat, was nicht immer einen Vorteil für das Unternehmen bedeutet hat, aber es war der Wunsch des Eigentümers, und entsprechend war die Notierung in Wien und in New York erfolgt.

Was danach kam, war eine kontinuierliche Restrukturierung des Unternehmens, wie gesagt, schon erschwert durch sehr viele Themen, die im regulatorischen Bereich gelegen haben, natürlich aber auch im dienstrechtlichen.

Wenn ich jetzt ganz kurz auf zwei Themenschwerpunkte eingehen darf, die für uns als Unternehmen sehr, sehr wichtig waren, wo wir auch versucht haben, das Unternehmen entsprechend zu positionieren, weil es natürlich sehr wichtige inhaltvolle Themen waren. Das eine ist der große Bereich der **Regulierungsaufgaben**. Ich möchte sie nur zitieren, weil das ein Thema ist, das relativ komplex ist: Es geht von der Marktbeherrschung in den einzelnen Teilmärkten über Zusammenschaltungsentgelte, Terminierungsentgelte, asymmetrische Terminierung, Kostenrechnungssysteme, EU-Verordnungen bis zu den Entbündelungspreisen, natürlich auch die UVO, et cetera.

Also hier hatten wir einen relativ komplexen Themenbereich, der uns natürlich jahrelang verfolgt hat, mit dem wir als Unternehmen auch jahrelang gearbeitet haben. Dadurch ergab sich verständlicherweise auch eine sehr, sehr intensive Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmen und der RTR. Man hat ja auch im Unternehmen zu diesem Zweck eine eigene, relativ große Regulierungsabteilung ins Leben gerufen, unter der Leitung von Martin Fröhlich, und natürlich auch mit der Telekom-Control-Kommission, die letztendlich das entscheidende Gremium für Änderungen im Zusammenhang mit den Regulierungsthemen war.

Der zweite Themenbereich, der für Sie sicher interessanter ist, ist das gesamte Thema politisches Umfeld. Wo haben wir uns da eigentlich bewegt? – Da gab es drei Themen, die für uns schwerpunktmäßig interessant waren. Das eine war generell das Thema **Infrastrukturpolitik**. Die Etablierung der IKT-Politik als Teil der gesamten Infrastrukturpolitik, nicht nur Schiene/Straße, sondern auch die IKT war für uns ein wesentlicher Punkt, sie auch in die Programme der einzelnen Parteien mitaufnehmen zu können.

Es ging natürlich auch um **Förderpolitik**. Wie können wir im Wesentlichen Breitbandkommunikation, Glasfaserausbau und dergleichen relativ rasch im Land umsetzen, um den Standort Österreich zu modernisieren und entsprechend zu fördern?

Und last but not least – ich habe es vorher schon ganz kurz erwähnt – das Thema **Beamtendienstrecht**, speziell für börsennotierte Unternehmen. Bitte, verstehen Sie mich nicht falsch, ich will hier nicht das Thema Beamtendienstrecht generell kritisieren,

sondern es ging um eine **Entschärfung** des Beamtendienstrechtes im Bereich von **börsennotierten** Unternehmen, die ursprünglich in Staatsbesitz waren.

Wir haben aus diesen Themenbereichen einiges abgeleitet, das möchte ich auch nur ganz kurz zitieren, sodass man sieht, da ist einiges geschehen. Wir haben die ARGE Breitband Österreich ins Leben gerufen, wo alle wesentlichen Marktteilnehmer partizipiert haben: von der Lieferantenseite weg bis zu den Mitbewerbern. Das war ein sehr erfolgreiches Projekt. Da ging es darum, den Breitbandinternet-Ausbau in Österreich entsprechend voranzutreiben.

Wir haben regionale Förderprogramme zum Breitbandausbau initiiert: mit dem Bund, mit den Ländern. Auch Sie erinnern sich daran, es gab Förderprogramme, die – wesentlich – nicht nur der Telekom Austria zugutegekommen sind, sondern **allen** alternativen Netzbetreibern und letztendlich dem Standort Österreich.

Wir haben auf unser Bestreben hin die IKT-Plattform in Österreich entsprechend aufgebaut und entwickelt. Wir haben die Internetinitiative Österreich ins Leben gerufen, unter der Schirmherrschaft von Kanzler Gusenbauer und Vizekanzler Molterer.

Wir haben versucht, sehr viele Informationsveranstaltungen speziell zu diesen Themenbereichen einzuleiten, auch im Parlament. Wir hatten sehr viel Kontakt zu Verkehrssprechern, Infrastruktursprechern der einzelnen Parteien. Wir hatten sogenannte Informationsfrühstücke, wo wir auch versucht haben, die entsprechenden Stakeholder zu informieren. Wir waren im Bundesrat, haben Präsentationen abgehalten in den Parlamentsklubs, und, und, und.

Natürlich gab es auch darüber hinaus mit parteinahen Organisationen Zusammenarbeit, wie mit dem Gemeindebund, mit dem Forum Land, mit unterschiedlichen Bundesländerorganisationen, um das Unternehmen entsprechend zu positionieren.

Wir sollten auch nicht vergessen – und das war immer das Spannungsfeld –, dass die Telekom Austria nicht nur ein Teil des Bundes war, zwar zunehmend dann immer weniger, aber dennoch, sondern der **Bund** war mit seiner vielfältigen und komplexen Organisation auch einer der größten **Kunden** der **Telekom Austria**.

Es gab natürlich dadurch – und jetzt komme ich auf das Thema und bin dann schon bald fertig – eine sehr enge Zusammenarbeit mit der damaligen Agentur von Peter Hochegger und Paul Hochegger. Sie waren damals eine der größten, wenn nicht sogar die größte PR-Agentur in Österreich; hatte ein hervorragendes Netzwerk und natürlich auch die entsprechenden Ressourcen, die vielen Themenbereiche, die wir umzusetzen versucht haben, auch entsprechend voranzutreiben.

Ich sollte erwähnen – das zeigt die Komplexität auf –: In meiner Laufzeit bei der Telekom Austria, die ungefähr zehn Jahre lang gedauert hat, hatte ich sozusagen sechs Minister und sechs unterschiedliche Kabinette. Das heißt, wir mussten auch kontinuierlich versuchen, entsprechend Informationen weiterzugeben, sie auf die Themenschwerpunkte aufmerksam zu machen – und ich brauche Ihnen auch nicht zu sagen, dass nicht alle einschlägig mit dem Thema IKT vertraut waren. Begonnen habe ich mit Herrn Einem, dann kam Herr Schmid, die Frau Forstinger, Herr Reichhold, Herr Gorbach und Herr Faymann ganz zum Schluss. Dann habe ich das Unternehmen verlassen.

Nun vielleicht noch ganz kurz zur **UVO**. Das war ein Teil der Regulierungsthemen. Ein wesentlicher Punkt, der uns bei der UVO natürlich beschäftigt hat, war die Verpflichtung eigentlich des Betreibens der über 13 000 Telefonzellen in Österreich, die wir ja nicht abschaffen konnten. Trotz der intensiven Mobilkommunikation gab es die Verpflichtung, in jeder Gemeinde entsprechende Telefonzellen zu betreiben. Wir

hatten dadurch aber einen erheblichen Schaden, der in der Größenordnung von ungefähr 25 Millionen € pro Jahr gelegen ist. Das war ungefähr der Aufwand, den wir für die Telefonzellen betreiben mussten.

Es gab natürlich auch die Verpflichtung: Telefonbücher, Informationsdienste und dergleichen, Zusammenschaltungsthemen; aber das war im Wesentlichen eigentlich der größte Kostenfaktor. Wir haben sehr oft versucht, die Anzahl der Telefonzellen reduzieren zu können, um auch da kostengünstiger voranschreiten zu können – wir haben Doppelzellen abgebaut und dergleichen –, aber nichtsdestotrotz war der Aufwand relativ hoch.

Das war ganz kurz eine Einführung zu den Themen, zu den Themenbereichen, wo es eben Verflechtungen zum politischen Umfeld der Telekom Austria gab, warum einige Themen für uns natürlich interessant waren und warum das Unternehmen per se eigentlich eine relativ große Bezugsebene auch zum politischen Umfeld in Österreich hatte. – Danke vielmals.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Mag. Fischer, guten Morgen! Danke für Ihre einführenden Worte und dass Sie die Möglichkeit einer Stellungnahme genutzt haben. Sie haben ausführlich die Lage der Telekom geschildert, auch die politischen Herausforderungen, auch die vielen Ministerwechsel.

Was mir nur nach dem Aktenstudium insgesamt auffällt – auch gestern wieder –, ist, dass sich irgendwie regelrecht eine Art Netzwerk rund um Peter Hochegger gebildet hat. Wenn ich es drastisch formulieren will, dann formuliere ich es so, dass die „Droge“ der Telekom **Hochegger** geheißen hat.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Von wem wurde Hochegger wann für die Telekom engagiert? Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Danke für die Frage. Der Herr Dr. Hochegger kam eigentlich gemeinsam mit Herrn Generaldirektor Sundt in die Telekom Austria. Er hat vorher schon für Sundt in der Mobilkom gearbeitet, und ab dem Zeitpunkt war er dann sozusagen auch sichtbar in der Telekom Austria im Bereich des gesamten Unternehmens, des Konzerns.

Wir haben uns dann irgendwann relativ kurzfristig nach der Ernennung von Sundt zum Generaldirektor kennengelernt, und nachdem Sundt mit Hochegger zusammengearbeitet hat, es auch relativ gut funktioniert hat, sahen wir auch keine Veranlassung, da Änderungen in irgendeiner Art und Weise durchzuführen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es korrekt, dass Herr Hochegger als externer Berater einen eigenen Zugang mit einer eigenen Magnetkarte in die Telekom Austria hatte?

Und: Ist es üblich, dass bei Ihnen externe Berater freien Zugang in das Geschäftsgebäude bekommen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nachdem wir kein Hochsicherheitstrakt sind, ja. Es ist ja nicht nur Peter Hochegger mit einer eigenen Karte ausgestattet worden – aber das stimmt –, sondern auch bei anderen Konsulenten, wie zum Beispiel McKinsey oder anderen Beratern, die wir im Haus hatten, hatten einige Mitarbeiter, die laufend im Unternehmen tätig waren, eine eigene Zutrittskarte.

Wenn man in Bezug auf die Person Hochegger und auf seine Agentur nachfragt, muss man sagen, Hochegger war ein integraler Bestandteil der PR-Mechanismen im Unternehmen. Und wenn man versteht, wie die PR-Arbeit funktioniert zwischen Vorstand und der Agentur, dann ist das ein relativ großes Vertrauensverhältnis, das man hat. Man diskutiert natürlich auch die strategische Ausrichtung und die

entsprechende Kommunikation in der Öffentlichkeit, also ist es aus meiner Sicht ganz natürlich, dass es hier einen direkten Zutritt gab.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie würden Sie persönlich Ihr Vertrauensverhältnis zu Peter Hochegger beschreiben? Ich frage das deswegen, weil Peter Hochegger in einer Einvernahme angibt, dass Sie ihm am Anfang eher misstrauisch gegenübergestanden sind und er sich das Vertrauen erst erarbeiten musste.

Was können Sie uns dazu schildern? Und: Wäre es im Nachhinein nicht vielleicht klüger gewesen, auf Ihr offensichtlich gutes Gefühl des Misstrauens zu vertrauen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Man ist am Anfang immer misstrauisch, bei vielen Themen. Wenn man in einem Vorstand eines großen Unternehmens ist, dann ist man generell alleine und man kann jetzt nicht davon ausgehen, dass die große Zuneigung aller Kollegen vorhanden ist.

Bei einer PR-Agentur, die intensiv mit jemandem zusammengearbeitet hat, der ein Kollege ist, ist man am Anfang ein bisschen vorsichtig, weil man nicht weiß, in welche Richtung gearbeitet wird. Ich habe aber dann eigentlich erkannt, dass der Herr Hochegger natürlich auch die Interessen des gesamten Unternehmens vertritt.

Ich glaube, wir sollten jetzt eine Minute alles das ausklammern, was vielleicht in einem anderen Fall passiert ist, aber Herr Hochegger war damals eine integrale Figur in der PR-Landschaft in Österreich und hat natürlich neben der Telekom Austria auch einige andere große Kunden gehabt, und hat sich sehr, sehr intensiv mit dem Aufbau seines Netzwerkes beschäftigt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann gehen wir gleich direkt zur Interessenvertretung des Herrn Hochegger, die Sie angesprochen haben.

Ich halte Ihnen vor die Einvernahme des Peter Hochegger vom 24. Mai 2011, wo Herr Hochegger bezüglich der Universaldienstverordnung Folgendes sagt. – Sie kennen den Zusammenhang, es geht da um die Klärung der Frage: Gab es Gegenleistungen für die Novelle der Universaldienstverordnung durch die Telekom an Parteien oder Personen? – Stichwort: Gesetzeskauf.

Hochegger gibt an, dass die Valora diesbezüglich keinen Auftrag hatte.

Zitat Hochegger: Meiner Erinnerung nach hat die Hochegger.com zu diesem Thema für die Telekom Austria gearbeitet, nämlich zur Universaldienstverordnung.

Hochegger nennt dann auch einen Mitarbeiter, Mag. Stefan Krenn, und er sagt dann:

Mir ist in Erinnerung, dass ich die eine oder andere politische Intervention durchgeführt habe. – Zitatende.

Was können Sie uns zu dieser Tätigkeit der Hochegger.com und diesen Angaben des Herrn Hochegger in Sachen Universaldienstverordnungs-Novelle sagen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Zuerst muss ich sagen, ich habe keine Wahrnehmung, welcher Teil der Hochegger-Unternehmen tatsächlich mit dem Thema der UVO befasst war. Die UVO war damals ein Thema, das uns ja nicht nur kurzfristig beschäftigt hat, das Thema der Telefonzellen war ja schon mehrjährig in Diskussion: wie man versuchen kann, eine höhere Kostendeckung zu erreichen. Und es war Tagesgeschehen bei uns in der Regulierungsabteilung, das Thema voranzutreiben. Neben vielen anderen Themen, die es gab, war das Thema UVO-Novelle, die dann ja letztendlich zu diesem Thema geführt hat, ein ganz normaler Tagesordnungspunkt.

Persönlich muss ich dazu sagen, ich kann eigentlich nur aussagen, dass ich mich nur sehr marginal mit diesem Thema beschäftigt habe. Es war, wie gesagt, eines von **vielen** Themen, mit denen wir zu tun hatten.

Natürlich war die letztendliche Regelung so, dass wir für eine Leistung, die die Telekom Austria zur Verfügung gestellt hat, auch eine Abgeltung bekommen haben. Das Thema ist ja nicht nur in Österreich ein Novum, sondern wurde auch in anderen EU-Ländern schon eingeführt. Wir haben da nur nachgezogen. Wir haben nicht versucht, eine Änderung einzuführen, die der Telekom Austria einen Vorteil geben könnte, der im Grunde genommen in anderen EU-Ländern nicht vorhanden ist und haben dadurch eine Kosteneinsparung – oder sagen wir so: einen zusätzlichen Umsatz – generieren können in der Größenordnung von 10 Millionen €, was das Problem der Telefonzellen zwar gemindert hat, aber nicht komplett gelöst hat.

Wie gesagt, das Thema ist nicht uninteressant, auch 10 Millionen € sind viel Geld, aber ich darf auch nur vielleicht das Ganze in ein Bild rücken: Das sind 0,4 Prozent des Gesamtumsatzes gewesen, also es ist nicht etwas, das ich jetzt auf der Tagesordnung auf der Priorität-Nummer-eins-Liste stehen hatte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Fachbeamtin des Ministeriums hat das auch als **Mini-Novelle** bezeichnet, aber wie auch immer. – Ich gehe weiter.

Ein weiterer Vorhalt betreffend Einvernahme Hochegger, und frage Sie konkret. Herr Hochegger gibt auf die Frage, ob er Hinweise auf Parteienfinanzierung hat, Folgendes an – Zitat –:

Es sind keine 200 000 € von der Telekom via Hochegger an das BZÖ geflossen.

Zitat zwei:

Mir ist nicht bekannt, ob es zu einem Gegengeschäft, zur Parteienfinanzierung gekommen ist, und sollte dies der Fall sein, so habe ich dies nicht vereinbart – es geht immer um den Themenkomplex Universaldienstverordnung. Und dann wird eine ganze Liste von Personen aufgezählt.

Haben Sie oder eine Ihnen nahe stehende Firma jemals mit den nachfolgenden Personen, Parteien Geschäfte gemacht oder diesen Personen Zahlungen zukommen lassen – immer um die Universaldienstverordnung; Frage an Herrn Hochegger.

Es werden aufgezählt: Serentschy, Rüdiger Schender, Hubert Gorbach, Mathias Reichhold, Orange Werbeagentur und – Herr Rosenkranz, zuhören! – Connect Werbe- & Beratungsagentur GmbH.

Und Herr Hochegger antwortet darauf: Nein, bis auf den Mathias Reichhold.

Und: Der Mathias Reichhold erhielt von der Valora GmbH 2005 einen Beratungsauftrag im Ausmaß von 70 000 €. Aber entscheidend sind ja die Personen, die für die Universaldienstverordnung und die Novelle verantwortlich waren.

Können Sie diese Angaben des Herrn Hochegger bestätigen beziehungsweise haben Sie irgendwelche Kenntnis von Zahlungen der Telekom an Hubert Gorbach, an das BZÖ, an Karin Gastinger, an Klaus Wittauer oder an andere Personen im Zusammenhang mit der Novelle der Universaldienstverordnung? Wenn ja: Um welche Zahlungen handelt es sich hier?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Generell kann ich dazu sagen, ich habe keine Wahrnehmung zu diesen Themen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie lange ist Peter Hochegger für die Telekom insgesamt tätig gewesen? Den Beginn haben wir jetzt ungefähr festgemacht.

Gibt es ein Ende dieses Engagements, haben Sie dazu Wahrnehmungen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß, dass Hohegger auch nach meinem Austritt, glaube ich, noch das eine oder andere Thema für die Telekom Austria erledigt hat, aber ich kann nicht sagen, wann die Vertragsbeziehungen oder die Zusammenarbeit mit der Telekom Austria dann endgültig aufgelöst wurde. Begonnen muss sie haben nach 1996/97, nachdem Sundt Generaldirektor der Mobilkom wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen vor eine Rechnung der Valora von Peter Hohegger vom 3.1.2007 – neue Regierung, roter Bundeskanzler Gusenbauer. Da gibt es das Angebot auf Regierungslobbying, und da bietet der Herr Hohegger an – das Angebot wurde danach angenommen –, dass es darum gehe, im Zuge der Regierungsbildung Lobbying bei den neuen Ressortmitgliedern zu betreiben. Kosten über 270 000 € wurden auch am 16.5.2007 bezahlt.

Auf die Frage, warum das gemacht wurde, gibt Hohegger an, dass es darum ging, durch die Änderung der Regierungsverhältnisse – Zitat – wichtige potenzielle Risiken frühzeitig zu erkennen im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel.

Auf die Frage: Welche Kontakte wurden hergestellt?, heißt es unter anderem – Zitat –: der damalige Kabinettschef Josef Ostermayer, Mitarbeiter des Kabinetts sowie Mitarbeiter des Ministeriums.

Dann werden Sie gefragt: Wo befindet sich der zitierte Abschlussbericht? – Das entzieht sich meiner Kenntnis, ist Ihre Antwort.

Also das haben alles **Sie** gesagt, muss ich noch einmal korrigieren, **nicht** der Herr Hohegger. Das ist aus einer Einvernahme von **Ihnen**.

Was können Sie uns in Bezug auf Aufträge an Peter Hohegger im Zusammenhang mit der aktuellen Bundesregierung sagen und dem Einfluss auf Gesetze oder Verordnungen, weil darum geht es ja auch im Zusammenhang mit dem Befragungsgegenstand 1f. Und nicht zuletzt auch darum – und das ist jetzt eine Angabe des Herrn Hohegger –: Er sagt, er habe sich auch für die Verlängerung des Serentschy als Telekom-Regulator eingesetzt, habe bei der SPÖ entsprechendes Lobbying betrieben und sei erfolgreich gewesen.

Der Vertrag von Serentschy wurde seitens der zuständigen SPÖ-Minister 2007 verlängert.

Frage: Welche Tätigkeiten hat Herr Hohegger im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel im Jahr 2007 für die Telekom gesetzt? – Ich habe diese beiden Beispiele exemplarisch genannt und ersuche dazu um Stellungnahme.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Abgeordneter Petzner, ich glaube Sie haben meine **eigene Aussage** jetzt vorgelesen. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*) Es liegt Ihnen also vor, was ich zu diesem Thema gesagt habe. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Dass Herr Hohegger natürlich immer wieder sein Netzwerk gepflegt und auch entsprechende Aktivitäten übernommen hat, das ist, glaube ich, als PR-Agentur und als Lobbying-Agentur ganz selbstverständlich: die Interessen des Partners zu vertreten.

Aber da müssten Sie den Herrn Hohegger im Detail fragen. Dazu kann ich leider keine Auskunft geben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mir liegt ein Aktenvermerk vor von einem Gespräch mit einem ranghohen österreichischen aktiven Banker, wonach Sie mit dem amtierenden Bundeskanzler – also mit dem damals amtierenden Bundeskanzler

Dr. Alfred Gusenbauer – regelmäßige und sehr lange Treffen gehabt haben, und zwar im Grand Hotel in Wien.

Können Sie diese Angaben bestätigen? Wenn ja: Welche Themenkreise wurden damals dort zwischen Ihnen und Herrn Bundeskanzler Gusenbauer und anderen Personen bei diesen regelmäßigen Meetings besprochen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, es ist auch legitim, zu sagen, dass der Vertreter eines großen Unternehmens in Österreich Kontakt zur Politik pflegt, um auf die einzelnen Themenschwerpunkte hinzuweisen. Das war ja nicht nur der Herr Gusenbauer, es waren ja viele andere auch, mit denen wir Kontakt hatten und Themenschwerpunkte diskutiert haben.

Ich habe ja auch bei meiner Einführung erwähnt, dass zum Beispiel die Internetoffensive Österreich unter der Schirmherrschaft von Gusenbauer und Molterer ins Leben gerufen wurde. Also wir haben uns schon sehr intensiv auch mit dem Thema Infrastrukturpolitik, Standortpolitik auseinandergesetzt. Ich glaube, das sollte man als Infrastrukturunternehmen.

Auf der zweiten Seite ging es natürlich auch immer wieder um Themen wie: Wie schaut das Unternehmen strategisch positioniert aus? Wo liegen die Gefahren am Finanzmarkt? Gibt es Konkurrenz? – Der Aktienkurs ist ja nicht unwesentlich auch für die Beteiligung des Unternehmens, also für das Vermögen.

Also es gab eine Vielzahl von Themen, die man immer wieder zu diskutieren versucht hat und auch in regelmäßigen Abständen sozusagen upzudaten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage auch deswegen, weil es da einen Artikel des Nachrichtenmagazins „NEWS“ gibt, wo beschrieben wird, dass es zwischen Ihnen und Gusenbauer Versuche gegeben hat, geschäftliche Tätigkeiten zu setzen.

Können Sie dazu Angaben machen, zu Ihren Geschäftsbeziehungen mit Alfred Gusenbauer und seit wann es diese Geschäftsbeziehungen gibt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Jetzt muss ich leider sagen, das ist ein Thema, das fällt nicht in den Zeitraum, den wir jetzt hier diskutieren. Das hat auch nichts mit dem Thema zu tun. Ich bin aber gerne bereit, auch darüber Auskunft zu geben.

Ich habe derzeit keine Geschäftsbeziehung zu Herrn Dr. Gusenbauer, und das, was in diesem „NEWS“-Zitat drinnen steht, stammt aus den Abhörprotokollen, die interessanterweise das „NEWS“ hat, aber mein Rechtsbeistand und ich nicht.

Also ich kann auch dazu leider nichts Genaues sagen, aber diese Aktivitäten, die da angeführt worden sind, haben sich nicht materialisiert und existieren nicht.

Und ich kann nur bestätigen: Ich habe heute **keine** Kontakte und Geschäftsbeziehungen zu Herrn Dr. Gusenbauer.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kennen Sie Hubert Gorbach oder die Frau Kröll-Maier, dessen Sekretärin, die angeblich im Auftrag der Valora Tätigkeiten für die Telekom durchgeführt hat? – Eine Aussage, die Sie dann später widerrufen hat.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Natürlich kenne ich Hubert Gorbach als Infrastrukturminister und natürlich auch als Vizekanzler.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und die Frau Kröll-Maier?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Vielleicht noch zu dem Zeitpunkt, wo Sie im Ministerium war, wenn Sie im Ministerium war, aber persönlich kann ich mich weder an Sie erinnern noch hatte ich nach der Zeit im Ministerium jemals Kontakt mit ihr.

Obfrau Dr. Gabriele Moser: Bitte um die letzte Frage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, letzte Frage: Was können Sie sagen zum Vorhalt, dass die genannte Sekretärin Kröll-Maier privat für den Herrn Hubert Gorbach als Sekretärin gearbeitet hat und dies via Hochegger von der Telekom finanziert wurde? Ist das korrekt?

Welche Angaben können Sie dazu machen und was steckt hinter dieser Finanzierung der Telekom für die Sekretärin des Hubert Gorbach?

Ganz konkrete Frage: Ist das die Gegenleistung der Telekom für die Novelle der Universaldienstverordnung durch den ehemaligen Vizekanzler Hubert Gorbach?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ein einfaches Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das reicht mir als Antwort vollkommen. Danke schön.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Schönen guten Morgen, Herr Mag. Fischer. Sie waren damals in Ihrer Funktion der zuständige Vorstand für die Festnetzsparte der Telekom. Die Universaldienstverordnung war natürlich für die Festnetzsparte schon eine wesentliche Sache.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wenn ich gleich antworten darf? (*Abg. Mag. Kuzdas: Bitte!*)

Die Universaldienstverordnung war ein Thema, aber sie war nicht wesentlich. Ich habe es vorher erwähnt: 0,4 Prozent des Umsatzes betrafen diese eine Novelle. Die Universaldienstverordnung generell hatte mit ihrem Gesamteinfluss auf die Kostenstruktur des Unternehmens natürlich schon einen Einfluss, weil sie im Wesentlichen für das Betreiben der Telefonzellen und einiger anderer Themen war, aber das, was die Novelle betrifft, war eine **Kostenmilderung**, die uns natürlich sehr gefreut hat wie viele anderen Themen, wenn sich bei der Zusammenschaltung oder bei der Terminierung etwas verändert hat.

Aber ich möchte noch einmal betonen, es war Tagesgeschehen und Tagesgeschäft.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich habe vorhin nämlich 4 bis 5 Prozent des Umsatzes verstanden und darum die Nachfrage.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: 0,4 Prozent.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich möchte zum Ablauf der Verordnungserstellung zurückkommen. Es gab am 22. Februar 2006 eine Besprechung zwischen dem damaligen Kabinettschef Schender, dem Regulierungschef Dr. Serentschy, dem stellvertretenden Leiter der Rechtsabteilung der RTR und Nationalrat Wittauer, Thema war die Universaldienstverordnung.

Haben Sie von dieser Besprechung gewusst?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe konkret von dieser Besprechung zu dem Zeitpunkt nichts gewusst. Aber das waren ganz normale Besprechungen, wie sie zum Teil wöchentlich stattgefunden haben. Bitte vergessen Sie nicht die Komplexität der Regulierungsthemen, die die Telekom Austria hatte. Das war ganz normales Tagesgeschehen. Wir hatten sehr viel Kontakt ins Ministerium und zur Regulierungsbehörde.

Aber zu diesem Meeting per se habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): An der Besprechung hat auch der Nationalratsabgeordnete Wittauer teilgenommen. Sie haben vorhin gesagt, Hohegger hat eine Zutrittskarte zu Ihrem Haus gehabt.

Hat auch der Abgeordnete Wittauer eine Zutrittskarte gehabt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nach meiner Wahrnehmung nicht.

Mir wurde von einem Telekom-Mitarbeiter – ich möchte vorausschicken, ich war vor der Ausgliederung in der Post- und Telegraphenverwaltung 20 Jahre lang in dem Unternehmen tätig und zuletzt als Abteilungsleiter beim Postbus und kenne daher einige Mitarbeiter – versichert, Nationalratsabgeordneter Wittauer hätte auch eine gehabt und ist de facto ein- und ausgegangen. Aber das sind unbestätigte Meldungen, ich möchte das hier nur sagen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich möchte Ihnen die Aussage aus der Beschuldigteneinvernahme Ihres damaligen Kollegen Schieszler vorhalten, Sie haben es schon bestätigt, positive Auswirkungen von 10 Millionen €.

Schieszler gibt auch weiter an: Gegen einen Wert zwischen 40 und 60 Millionen Barwert ist uns nichts zu teuer. – Er meint damit Fischer und sich selbst. Und auf Nachfrage, wie viel, sagte Hohegger, dass mindestens eine Million nach Zustandekommen fließen müsse. Um den Druck zu erhöhen, vereinbarten wir diese Million auf Erfolgsbasis. – Zitatende.

Was sagen Sie zu dieser Aussage?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann zu dem nichts sagen, denn ich kenne diese Aussage nicht im Detail. Ich habe Sie jetzt von Ihnen das erste Mal wirklich konkret vorgelesen bekommen. Ich wurde auch noch nicht befragt zu dieser Sache.

Ich weiß nicht, was Herr Schieszler gesagt hat. Da müssen Sie den Herrn Schieszler fragen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich möchte hier einbringen, Herr Gernot Schieszler versucht eine Kronzeugen-Rolle zu erhalten, und er, glaube ich, weiß, dass er mit einer Falschaussage diese natürlich gefährdet. Also das bestätigt schon auch ein wenig das Gewicht dieser Aussage.

Wir haben hier im Ausschuss festgestellt, dass es zum Verordnungsentstehungsprozess parallel laufende Prozesse gegeben hat, die aktenkundig sind aus Einvernahmeprotokollen und Ähnlichem, die den Verdacht – zumindest für die Mehrheit der Abgeordneten hier herinnen – von Malversationen im Zusammenhang mit der Telekom, also mit der Novellierung der Universaldienstverordnung, aufkommen lässt.

Ich frage Sie konkret: Hat die Telekom für eine beschleunigte Novellierung der Universaldienstverordnung bezahlt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also das entzieht sich komplett meiner Wahrnehmung.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich möchte Ihnen ein Zitat aus einem E-Mail vorlesen. Es schreibt Martin Fröhlich, den Sie schon namentlich erwähnt haben, an den Abteilungsleiter im BMVIT, der für die Logistik zuständig ist, an Dr. Christian Singer:

Lieber Christian, nach einigen Gesprächen mit der RTR/Parlament habe ich den Eindruck gewonnen, dass es für die Einführung einer Payphone Access Charge in Österreich wahrscheinlich die effizienteste Vorgehensweise (du weißt schon, was ich meine) ist, die Änderung der UDV zu machen.

Mit freundlichen Grüßen Martin Fröhlich.

Den Martin Fröhlich kennen Sie.

Kennen Sie dieses Mail?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, dieses Mail kenne ich leider nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Weil aus dieser Formulierung würde sich ableiten, die Telekom hat sich beim BMVIT die Novellierung bestellt.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Sie vermuten das jetzt mit dem Thema: du weißt schon wie? (*Abg. Mag. Kuzdas: Ja!*) – Da müssen Sie aber den Martin Fröhlich fragen. Dazu kann ich überhaupt nichts dazu sagen. Das entzieht sich völlig meiner Kenntnis. Ich kenne auch dieses E-Mail nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Vielleicht werden wir noch Gelegenheit haben, den Martin Fröhlich zu befragen.

Können Sie mir vernünftige Gründe nennen, warum die Telekom Zahlung für Rechnungen leistet, wo im Vorlauf für die Telekom keine Leistung erbracht wurde?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Steht das jetzt im Zusammenhang mit dem Thema 1.f oder ...?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das steht damit im Zusammenhang, ja.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Dann müssten Sie das präzisieren, weil ich habe jetzt im Moment keinen Bezug zu irgendeinem Thema.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich werde das präzisieren aus der Beschuldigteneinvernahme Kurt Schmied. Da gibt es zwei Rechnungen beziehungsweise zwei Angebote, ein Angebot vom 28.7. in der Höhe von 350 000 € netto und eines vom 1.8. in der Höhe von 250 000 € netto, also in Summe 720 000 € inklusive Mehrwertsteuer. Die beiden zugehörigen Rechnungen wurden am 1.9. gelegt und auch beglichen. Schmied sagt in seiner Einvernahme zu diesen Rechnungen, er kennt sie, zu diesen Rechnungen von mir an die Telekom im Auftrag des BZÖ namentlich von einer der drei Personen Arno Eccher, Andreas Gebauer und Klaus Wittauer erstellt. Von der Telekom Austria selbst hatte ich nie derartige Aufträge erhalten beziehungsweise eine Leistung an die Telekom Austria gelegt.

Und weiter: Ein Angebot mit der Nummer 0710 beziehungsweise 0802 ist komplett erfunden und hat keinen realen Hintergrund, ebenso die zwei dazugehörigen Rechnungen. – So weit, so gut.

Am 20. September schreibt ein gewisser Franz Greul, der Ihnen möglicherweise bekannt ist, der ist Telekom-Mitarbeiter, an die Frau Monika Schöffmann, auch Telekom-Mitarbeiterin – ich kann Ihnen das E-Mail zeigen (*der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt*) –:

Sehr geehrte Frau Schöffmann, bitte die beiliegenden zwei Rechnungen der Firma Werbeagentur Schmied so schnell wie möglich einscannen und zur Buchhaltung weiterleiten. Sie sind für eine dringende Eilüberweisung vorgesehen. – Zitatende.

Kennen Sie die beiden Mitarbeiter?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Kann ohneweiters möglich sein. Aber ich kann mich jetzt wirklich nicht erinnern, wie sie ausschauen. Bei 8 500 Mitarbeitern tue ich mir ein bisschen schwer. Ich kenne auch, wenn Sie gleich fragen wollen, dieses E-Mail nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie kennen auch die Zahlungen nicht?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe dazu persönlich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Dann muss ich festhalten, dass offensichtlich Gelder für nicht erbrachte Leistungen, weil Scheinrechnung und Scheinangebot, gezahlt werden und kein Vorstandsmitglied etwas davon wusste.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Fischer, es hat ja da eine Task Force in der Telekom gegeben so ungefähr im Sommer 2011, um diese ganzen Vorgänge aufzuarbeiten. Und da sind Sie auch gefragt worden. Ich zitiere jetzt aus dem Protokoll:

Fischer thematisiert die Aufträge ohne Leistung. Hierzu erläutert Fischer, dass er zu jedem Vertrag die dahinterstehende Philosophie erklären kann. – Zitatende.

Jetzt möchte ich mit Ihnen das so philosophiemäßig ein bisschen durchgehen. Nur eine kleine Vorfrage: In welchem Verhältnis unternehmensintern stand Herr Schieszler im Jahre 2006 zu Ihnen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Die Änderung war bei der Hauptversammlung 2006, also das war Mai 2006. Davor war Schieszler im Finanzbereich Chef des Controllings und der Planung und die rechte Hand von Stefano Colombo, und danach wurde er, wie dann die Telekom Austria TA AG gegründet wurde und beschlossen wurde, bei der Hauptversammlung 2006 Finanzvorstand in der Telekom Austria TA AG.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was war so die dienstliche Zuordnung oder das dienstliche Verhältnis im Unternehmen zwischen Schieszler und Ihnen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also vor der Hauptversammlung 2006 war er ein Mitarbeiter des Unternehmens, der nicht in meinem Fachbereich gearbeitet hat, und nach der Hauptversammlung 2006, wo er in den Vorstand berufen wurde, war er mein Kollege.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nächster Punkt, noch bevor wir dann zu den Verträgen und Rechnungen kommen: Wer war im Vorstand zuständig für die Vergabe von Aufträgen, wie etwa die Aufträge an Valora oder Hochegger.com?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das ist sehr unterschiedlich gewesen, weil es nach den Themenschwerpunkten zu sehen ist. Normalerweise waren das entweder Schieszler und ich, oder wir waren es gemeinsam – oder es gab auch die Möglichkeit, dass einer unserer Mitarbeiter entsprechende Vorschläge gemacht hat, um einen Themenbereich abzudecken.

Also im Wesentlichen war es der Vorstand oder einer der Mitarbeiter auf Anregung aus der ersten Berichtsebene.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt gehen wir einmal von Ihrer Vorstandsverantwortung aus: Wir kommen dann zu den einzelnen Verträgen: Wenn es Verträge gibt, die sich in Summe zu einem bestimmten Interessenbereich, zu einem bestimmten Vorhaben in der Größenordnung von etwa 1 Million € bewegen, können die ohne Ihr Wissen abgeschlossen werden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Rein theoretisch kann alles abgeschlossen werden ohne das Wissen eines Vorstandes. Im Wesentlichen genügen nach der Unterschriftenregelung bei bestimmten Themen auch zwei Prokuristen oder ein Vorstand und ein Prokurist. Das hängt sehr davon ab vom Inhalt der einzelnen Leistung, aber im Generellen kann man Leistungen auch aufteilen.

Sie haben im Grunde genommen viele Möglichkeiten. Sie können ein derartiges Unternehmen mit einer derart komplexen Organisationsstruktur nicht komplett kontrollieren, trotz aller Compliance-Regelungen, trotz aller Whistleblower-Regelungen, die wir eingeführt haben im Unternehmen. Es ist ja nicht so, dass wir fahrlässig mit diesen Themen umgegangen sind, sondern wir waren börsennotiert in New York, und Sie wissen, wie die Verantwortung des Vorstandes bei einem börsennotierten Unternehmen ist, das in Amerika notiert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben das Wichtigste eh schon gesagt, dass das in der Regel Herr Schieszler und Sie oder Herr Schieszler oder Sie gemacht haben.

Gehen wir jetzt noch ganz kurz zurück zur Geschichte von Valora; wir kommen dann auch noch zur Hohegger.com.

Herr Mag. Perger von Valora hat uns gestern, am späten Nachmittag, in seiner Befragung etliches im Detail erzählt. Das möchte ich kurz rekapitulieren. Im Prinzip hat Perger – er hat es mit anderen Worten formuliert – geschildert, dass die Valora AG im Wesentlichen für Telekom-Zwecke und zur Verwertung von Telekom-Geldern gegründet und auch geführt worden ist. Das Unternehmen hat im Wesentlichen aus einer Person bestanden, nämlich dem Herrn Mag. Perger, der gleichzeitig Aufsichtsrat war, gemeinsam mit zwei weiteren Personen.

Wir finden also die erstaunliche Konstruktion, dass – ich sage es jetzt einmal mit meinen Worten und aus meiner Sicht – im Jahr 2001 für die Telekom vom Herrn Hohegger eine Schmiergeldplattform gegründet worden ist, die aus einer Person aktiv Geschäfte führend bestanden hat und einen Aufsichtsrat von drei Personen gehabt hat, wovon eine Person die Geschäfte geführt hat. Ein bisschen ungewöhnlich.

Wissen Sie, wie Herr Hohegger zur Telekom gekommen ist?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es hat auch einen Vorstand gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, ja. Einen nominellen Vorstand, Sie haben völlig recht, Herr Doktor, aber ich habe davon gesprochen, wer die Geschäfte geführt hat. Das war eine klassische, seltene ...

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich wollte auch zu dem Vorhalt, was Perger gesagt hat, ergänzen, dass es nicht so war, dass Perger nur gesagt hat, eine Person, nämlich er, sondern Hohegger und er, Hohegger als Vorstand, er als Tätiger und Aufsichtsrat neben zwei anderen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja. Das ist ja eine ganz wichtige Ergänzung. Danke für den Hinweis. Dadurch wird die Konstruktion klarer. Da kommen wir dann bei Gorbach im Detail noch darauf zurück.

Wir haben einen Vorstand, das ist der Herr Hohegger, wir haben einen, der die Geschäfte führt, das ist der Herr Mag. Perger, wir haben einen drei bis vier Personen Aufsichtsrat und wir haben das Geld von der Telekom, und wir wissen – ich behaupte halt einmal und nehme ein bisschen etwas vorweg –, dass es im Wesentlichen eine Schmiergeld-Plattform der Telekom war.

Können Sie dem Ausschuss schildern, wie die Telekom zu Herrn Hohegger gekommen ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das habe ich schon vorhin dem Herrn Abgeordneten Petzner ausführlich beantwortet. Herr Hohegger kam durch die Mobilkom, durch eine Zusammenarbeit mit Generaldirektor Sundt in die Telekom Austria.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es da für Sie irgendwelche Hinweise gegeben, dass das auch zusammenhängt mit Sundt-Hochegger Geschäften, insbesondere in Bulgarien und in Serbien?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Zu diesem Zeitpunkt gab es noch kein Bulgarien und Serbien.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, die Zusammenarbeit zwischen den beiden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Die Zusammenarbeit gab es ja schon wesentlich vorher.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das weiß ich schon, aber ich frage Sie konkret zu der Zusammenarbeit zwischen Sundt und Hochegger in Bezug auf Sofia und Belgrad.

Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen gehabt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe keine Wahrnehmung dazu, und ich glaube, es gehört auch nicht zum Thema 1f.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da haben Sie schon recht. Es war nur eine Frage, um dieses Verhältnis auszuleuchten.

Jetzt haben wir insgesamt Schmiergelder im Zusammenhang mit der Verordnung, die wir besprechen, in der Höhe von 1 228 800 €, davon direkt an die Werbeagentur Schmied 720 000 €. Das ist die ganze Geschichte mit Wittauer und so weiter, Tina Haslinger, also die Schiene zur damaligen Justizministerin Gastinger, 240 000 € und 268 800 € zur Valora, das sind die Gorbach-Schmiergelder.

Ich möchte Sie jetzt zu einigem befragen. Zu den Gorbach-Schmiergeldern.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Entschuldigung, Herr Abgeordneter Pilz, darf ich nur ganz kurz einen Einwand machen. Ich würde Sie ersuchen, die Unterstellung, dass wir Schmiergelder über eine Plattform abgewickelt haben, zu unterlassen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich würde Sie ersuchen, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich dann, wenn ich davon überzeugt bin, dass es sich um Schmiergelder handelt, auch von **Schmiergeldern** spreche.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Aber Sie dürfen es mir nicht vorhalten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Selbstverständlich darf ich das vorhalten.

Sie antworten, wie Sie wollen, und Sie haben da alle Rechte in diesem Zusammenhang. Meiner Meinung nach handelt es sich mit Sicherheit um Schmiergelder, und ich werde mir hier im Parlament diesen Ausdruck mit Sicherheit nicht von einem Beschuldigten im Verfahren verbieten lassen.

So, Herr Mag. Fischer, es gibt eine ganze Reihe, weil Sie können ja die Philosophie hinter Verträgen und Leistungen erklären, von Rechnungen der Frau Kröll-Maier an die Valora AG, die wir gestern mit Herrn Mag. Perger von der Valora AG durchbesprechen konnten und wo er uns eigentlich sehr viel dazu gesagt hat. Die Rechnungen werden Ihnen vorgelegt.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Ich werde Ihnen gleich erklären, was das Eigenartige und Interessante bei diesen Rechnungen ist. Das sind immer Rechnungen zwischen der Valora AG und der Frau Kröll-Maier, einer Hauptschullehrerin, die für Herrn Gorbach gearbeitet hat. Und auf diesen Rechnungen steht immer das Datum, die Leistung, die die Frau Kröll-Maier erbracht haben will, zumindest zur Abrechnung stellt, und darunter steht eine Paraphe

und meistens ein Vermerk. Wenn Sie sich die Rechnung, gebucht Koblach am 30.1.07, anschauen, Rechnung für das erste Quartal 2007 – ich erspare mir den Inhalt dieser Scheinrechnung –, dann sehen Sie unten eine Paraphe.

Wissen Sie, wer diese Rechnung abgezeichnet hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ich Ihnen leider nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist die Paraphe von Herrn Dr. Hohegger.

Das Entscheidende steht aber darunter. Da ist ein handschriftlicher Vermerk; da steht drauf „TELEKOM“. Können Sie erklären, nachdem das ein Geschäft war zwischen der Valora AG und der Frau Kröll-Maier – jetzt lese ich Ihnen vor, was hier abgerechnet wird:

„Ausloten Ihrer aktuellen Lobbyingstruktur und der Beziehungsnetzwerke

Ausarbeiten von Strategien und Vorgangsweisen

Erstellen entsprechender Argumentarien

Koordination und Begleitung von Gesprächsterminen mit relevanten Entscheidungsträgern“.

das rechnet die Frau Kröll-Maier der Valora AG ab.

Können Sie erklären, was das mit der Telekom zu tun hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das entzieht sich auch meiner Wahrnehmung. Das kann ich Ihnen nicht sagen, warum da „TELEKOM“ steht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich weise nur darauf hin: Entweder letzte Frage – oder es geht die Fragezeit auf Konto der zweiten Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Niemals lasse ich mir etwas von der zweiten Runde wegnehmen!

Ich sage nur eines noch, Herr Mag. Fischer: Herr Mag. Perger hat uns gestern klar gesagt, dass in diesem Zusammenhang für ihn als denjenigen, der diese Valora-Geschäfte mit der Frau Kröll-Maier, das heißt eigentlich mit Gorbach, abgewickelt hat, die **Telekom** Kunde war.

Und in weiteren Befragungen hat sich herausgestellt, dass Herr Mag. Perger uns mitteilen konnte, dass das alles von der Telekom bezahlt worden ist. Aber dazu möchte ich Sie dann in der zweiten Runde genauer befragen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Mag. Fischer, Ihnen ist natürlich bekannt und bewusst, warum es diesen parlamentarischen Untersuchungsausschuss gibt. Ich halte Ihnen vor und zitiere aus der Einvernahme des Herrn Schieszler, ehemaliger Vorstand der Telekom, vom 9. Juli 2007 – und darf noch einmal, wie schon mein Kollege von der Sozialdemokratie vorhin, darauf hinweisen, dass die Kronzeugenregelung ja so angelegt ist, dass eine Falschaussage eines Kronzeugen für denselben natürlich relativ fatale Folgen hat; daher kommt der Annahme nach einer solchen Aussage natürlich eine relativ hohe Bedeutung zu –, ich zitiere also auszugsweise aus dieser Einvernahme.

Schieszler sagt: Hohegger, den ich informiert habe, dass wir, solange die Regierung im Amt ist, diese PAC – also diese Payphone Access Charge – umsetzen müssen, sagte nach Rücksprache, mit wem weiß ich nicht, dass dies teuer werden würde.

Schieszler sagt dann weiter: Gegen einen Wert zwischen 40 und 60 Millionen war uns, damit meine ich Fischer und mich, aber nichts zu teuer.

Auf Nachfrage, wie viel, sagte er, dass mindestens 1 Million € nach dem Zustandekommen fließen müsse. Um den Druck zu erhöhen, vereinbarten wir, diese Million auf Erfolgsbasis an wen auch immer ...

Und er sagt dann weiter: Zudem sagte ich Hohegger, dass ich keine Auszahlungen an Personen vornehme, sondern sie mir zum gegebenen Zeitpunkt irgendeine Agentur nennen sollten.

Eine solche Agentur, die dem BZÖ nahe steht, meldet sich dann, und er sagt weiter:

Ich bekam dann ein paar unbedeutende Folien via E-Mail und erfolgte die Überweisung, soweit ich mich erinnern kann, in der Höhe zwischen 500 000 und 1,5 Millionen €. Von diesem Geschäft im Bereich der Telekom Austria AG waren Fischer, die damaligen Geschäftsführer der eTel, sollte Fraunholz noch aktiv in der TA gewesen sein, so war die sicher auch informiert bzw. eingebunden. Bei diesem Geschäft haben wir uns nicht selbst bereichert. Durch das Zustandekommen der PAC war der einzige Gewinner die Telekom Austria. Deal war Deal. Es war von Beginn an völlig klar und an uns über Hohegger kommuniziert, dass dies als Parteienfinanzierung abgewickelt wird. – Zitatende.

Haben Sie zu diesen Aussagen irgendeine Wahrnehmung?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Zu der habe ich keine Wahrnehmung, weil ich weder bei diesem gegenständlichen Gespräch anwesend war noch die Details irgendeiner derartigen Abwicklung kenne.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben eigentlich alle Vorstände der Telekom Austria Kontakt zu Herrn Hohegger gepflogen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Hohegger war Dauergast im 7. Stock.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das ist eine örtliche Angabe, aber keine Antwort auf meine Frage.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Aber wenn Sie so sehen wollen, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Jeder der Vorstände hatte die Möglichkeit, mit Herrn Hohegger Geschäfte abzuwickeln? (*Mag. Fischer: Absolut!*) – Gab es da irgendeine finanzielle Obergrenze für die Vorstände, solche Geschäfte einzugehen und abzuwickeln?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es gab eine Unterschriftenregelung, die im Wesentlichen geregelt hat, ab welchem Betrag zwei Vorstände unterschreiben mussten oder ein Vorstand mit einem Prokuristen oder zwei Prokuristen. Ich kann mich aber im Detail nicht mehr daran erinnern, wie hoch die waren.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sind Ihnen andere Vorstände bekannt, die dafür bezahlt haben, dass er Kontakte zu Politikern hergestellt hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist jetzt eine sehr subjektive Aussage. Wenn Sie eine Lobbying-Agentur oder eine PR-Agentur beschäftigen, dann geht es natürlich auch darum, dass diese Agentur ein entsprechendes Netzwerk aufbereitet und auch pflegt.

Wie diese Agentur dann mit den Kosten umgeht, die sie in diesem Zusammenhang auch verbraucht, das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich war nicht in der Buchhaltung von Herrn Hohegger, ich kannte das nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Muss man sich das System derart vorstellen, dass Sie Herrn Hohegger Geld zur Verfügung gestellt haben in einer bestimmten Größenordnung und er völlig frei war in dem, wie er mit diesem Geld agiert hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: So würde ich das überhaupt nicht sehen. Wir haben ganz normale Aufträge mit ihm diskutiert. Er hat uns ein Angebot über die Aufträge gemacht, die dann auch entsprechend fixiert und bestellt wurden. Wenn jetzt in diesen Aufträgen Kosten enthalten sind, eine Art Gemeinkostenumlage wie bei jedem Unternehmen, wie er sein eigenes Unternehmen führt und wie er seine Kostenrechnung entsprechend umlegt, dazu kann ich nichts sagen.

Aber wir haben im Wesentlichen Aufträge definiert. Wir haben diese Aufträge ganz normal über unser Haus abgewickelt, über die Einkaufsabteilung. Das ist im ganz normalen SAP-Prozess abgelaufen, es hätte jeder Vorstand im Haus – jeder Vorstand im Haus! – sich jederzeit alle Unterlagen anschauen können.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Heißt das, Sie schließen aus, dass Abwicklungen, wie sie Schieszler in der Zeugeneinvernahme beziehungsweise in der Beschuldigteneinvernahme beschreibt, Bestandteil von schriftlichen oder mündlichen Verträgen waren?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da kann ich wirklich nichts sagen, weil ich es nicht weiß. Ich war bei dem Gespräch nicht dabei. Ich weiß auch nicht, wie Herr Schieszler das abgewickelt haben sollte. Dazu habe ich wirklich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Für sich schließen Sie das völlig aus?

Schieszler sagt: Von diesem Geschäft im Bereich der Telekom Austria waren Fischer – ich nehme an, dass er da Sie meint – ... informiert beziehungsweise eingebunden.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich war bei dem Thema überhaupt nicht eingebunden.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie oder andere Vorstände, so Ihnen das bekannt ist, Peter Hochegger beauftragt, Geld von der Telekom an Heinz Lederer weiterzuleiten?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Soweit ich weiß, hat Peter Hochegger mit Heinz Lederer kooperiert. Sie haben in einigen Themen zusammengearbeitet. Ich kann jetzt nichts sagen, aber ich glaube nicht, dass die Telekom Austria ein direktes Beziehungsverhältnis zum Herrn Lederer hatte.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich halte Ihnen hierzu vor einen Auszug aus dem Umsatzsteuerjournal von Heinz Lederer Communications aus dem Jahr 2007.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Wie erklären Sie sich die Positionen 1, 15, 23, 26, 38, 39, 40, 53, 56, 61 und 62, Rechnungen Lederers an die Telekom?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es mir nicht erklären, weil ich sie nicht kenne. Das ist das eine.

Und das Zweite ist, ich glaube, das hat auch mit dem Thema 1.f. nichts zu tun.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Da haben Sie recht. – Darf ich Sie dann trotzdem fragen und damit zu Hochegger zurückkommen, in welchem Volumen Ihrer Meinung nach Peter Hochegger von der Telekom jährlich honoriert wurde.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Selbst habe ich es nie nachvollzogen, aber wenn man den Medienberichten Glauben schenkt, dann war es aufgeteilt zwischen der Telekom Austria und der Mobilkom, ich glaube, ab dem Zeitraum 2001 bis 2008 ungefähr 35 Millionen €. Auf die Telekom Austria, Festnetzthemen, würden, glaube ich, 25 Millionen entfallen, wenn mich jetzt nicht alles täuscht in diesem Zusammenhang. Das möchte ich auch vielleicht ein bisschen richtige Lot rücken. In dem Zeitraum sind das 0,15 Prozent unseres Umsatzes, den wir zur Wahrnehmung unserer Interessen

des Unternehmens ... – Und ich möchte jetzt wirklich ausschließen, dass da korrumpiert und bestochen wurde.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber haben Sie eine Erklärung dafür, warum Herr Schieszler solch schwerwiegende Vorwürfe erhebt, die ja relativ konkret den Inhalten nach sind?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß es nicht, warum Herr Schieszler derartige Vorwürfe erhebt. Ich habe mit ihm weder davor noch danach gesprochen zu den Themen. Er hat einen sehr, sehr regen und intensiven Kontakt auch zu Herrn Hochegger gehabt. Die gesamte Abrechnung der Verträge und die Auftragserteilung wurde zu 90 Prozent über ihn abgewickelt – und nicht über mich. Ich war nicht verantwortlich für diesen Themenbereich. Wir haben die Inhalte und die Themen diskutiert mit dem Peter Hochegger, und die Abrechnungen und die Auftragsstellungen wurden in vielen Fällen direkt vom Finanzbereich durchgeführt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Halten Sie die in Diskussion stehende Universaldienstverordnung in technischer und ökonomischer Hinsicht für notwendig?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Wie ich schon eingangs erwähnt habe, war dieses Thema, ein Nachziehen einer Regelung, die in anderen EU-Ländern bereits eingeführt wurde, die auch dazu diente, die Kosten bei dem gesamten Themenkomplex Telefonzellen zu reduzieren, wirtschaftlich absolut angemessen zu sehen.

Lassen Sie mich das ganz simpel vergleichen: Wenn Sie eine Wohnung kaufen und sie zu vermieten haben, dann wollen Sie auch, dass der Mieter etwas zahlt für die Nutzung dieser Wohnung. Wir haben eine Infrastruktur investiert, die wir zu erhalten haben, und das Einzige, was wir verlangt haben, ist, dass ein Nutzer dieser Infrastruktur auch dafür etwas bezahlt, und das ist die Payphone Access Charge.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie zur Umsetzung der Universaldienstverordnung PR- beziehungsweise Lobbying-Aufträge vergeben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Daran kann ich mich jetzt im Moment wirklich nicht erinnern. Kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Würden Sie es aus heutiger Sicht für notwendig erachten, dass man bei einer derartigen Verordnung eine Lobbying-Agentur beauftragt, tätig zu werden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es ist ja nicht nur eine Lobbying-Agentur, es ist ja eine PR-Agentur. Es ist eine wesentlich intensivere Zusammenarbeit ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wir können gerne über die Abgrenzung diskutieren, aber ...

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Verstehe ich auch. Aber wenn es im Interesse des Unternehmens ist und – ich habe das auch vor dem Staatsanwalt ausgesagt – wenn nichts Ungesetzliches durchgeführt wird: ja, warum nicht?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Also Sie schließen nicht aus, dass es einen solchen Auftrag damals gab?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Könnte es gegeben haben, aber ich kenne ihn nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber wenn für alle Beteiligten völlig klar war, dass es eigentlich notwendig ist, dass man diese Verordnung umsetzt, wenn man nicht einmal einen parlamentarischen Prozess dafür benötigt, weil es ja eine Verordnung des zuständigen Ministers ist, warum sehen Sie dann eine Notwendigkeit, eine Agentur dafür einzusetzen?

Inq. Mag. Rudolf Fischer: Es kann ohneweiters möglich sein, und ich habe das immer wieder erwähnt, dass in der ... – Das Wesentliche beim Lobbying – und ich glaube, ich brauche niemanden hier in dem Raum zu erzählen, wie Lobbying funktioniert, wir haben 18 000 Lobbyisten in Brüssel sitzen – ist, dass man vorarbeitet. Es geht uns ja darum, zu erfahren: Gibt es eine Möglichkeit, eine Änderung durchzuführen? Gibt es eine Möglichkeit, eine gewisse Novelle zu modifizieren? Erst dann kommt man eigentlich mit einem möglichen Vorschlag, wie wir dieses Thema unter Umständen aufbereiten können, und dann fängt das Unternehmen zu agieren an.

Also wenn Sie mich jetzt ganz salopp fragen, dann würde ich sagen, das ist die „Vorhut“, die im Grunde genommen einmal versucht, das Terrain zu sondieren und zu schauen, ob derartige Möglichkeiten überhaupt vorhanden sind, ob Gesprächsbereitschaft bei diesem Thema da ist – und erst dann beginnt der Wirkungsbereich des Unternehmens.

Fangen Sie als Unternehmen sofort an, solche Themen zu diskutieren, dann kann es passieren, dass Sie eine erste abschlägige Haltung bekommen, und damit ist das Thema erledigt und tot. Dieser Gefahr setzt man sich im Lobbying nicht aus, weil man einfach versucht, im Vorhinein das Terrain zu sondieren. Und das haben wir versucht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ist die Initiative für die UD-Verordnung von der Telekom Austria ausgegangen oder fand die Erstinitiative vonseiten des BMVIT statt?

Inq. Mag. Rudolf Fischer: Also ich glaube, das Thema hat uns ja nicht nur so kurzfristig verfolgt, sondern ja schon Jahre zuvor. Wir haben ja, glaube ich, schon zwei oder drei Jahre an dem Thema gearbeitet. Genau kann ich es nicht sagen, aber da müssten Sie vielleicht noch einmal Herrn Dr. Serentschy fragen. Das Thema war ein Dauerbrenner und hat im Grunde genommen eigentlich immer wieder zu Diskussionen geführt.

Ich habe aber auch anfangs erwähnt, für mich war es ein Thema, das im Grunde genommen eigentlich Tagesordnungsthema war, also nicht etwas, um das ich mich wirklich persönlich 80 Prozent meiner Zeit gekümmert habe, sondern das ist einfach ein Thema der Regulierungsabteilung gewesen in Zusammenarbeit mit der Regulierungsbehörde und natürlich mit dem zuständigen Ministerium. Ich glaube, ein ganz normaler Vorgang, und ich glaube, es wurde auch erwähnt, es ist eine Mini-Veränderung gewesen. Es war kein wirkliches Thema.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wenn Sie sagen, ich soll Serentschy fragen: Heißt das, dass die Initiative von Serentschy ausgegangen ist?

Inq. Mag. Rudolf Fischer: Was ich damit gemeint habe, war, Sie müssen über den Ablauf und wer dann wirklich wo was eingebracht hat, Herrn Dr. Serentschy fragen. Ich persönlich habe es nicht eingebracht.

Das waren wahrscheinlich Mitarbeiter der Telekom Austria, die einen Vorschlag gemacht haben. Soviel ich aus dem Prozess heraus weiß, ist die RTR dafür verantwortlich, einmal den ersten Schriftsatz oder die Veränderung vorzuschlagen. Dann wird das ins Ministerium eingegeben, und dort wird es dann letztendlich genehmigt oder nicht genehmigt.

Das ist der Normalprozess. Wir haben in vielen Fällen – und das ist nicht nur der einzige – Veränderungsvorschläge schriftlich durchgeführt. Ich glaube, das ist legitim, dass man seine eigenen Interessen schriftlich festhält. Ob sie dann tatsächlich so umgesetzt werden, liegt ja sowieso nicht in unserem Ermessen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wir untersuchen ja auch die politische Verantwortung und nicht die Verantwortung in erster Linie, die in Ihrem Bereich liegt. Aber hat es Sie eigentlich überrascht, dass die Verordnung auf Punkt und Beistrich so umgesetzt wurde, wie von der Telekom vorgeschlagen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es stimmt nicht, dass sie auf Punkt und Strich umgesetzt wurde, weil ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Es stimmt. Ein paar Punkte und ein paar Striche sind anders.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Nein, nein, es ist eine Nummerngruppe ausgenommen worden, glaube ich, wenn mich nicht alles täuscht. Persönlich kann es nicht sagen, weil Sie werden es mir jetzt glauben oder nicht: Ich habe die Verordnung nicht einmal gelesen. Ich habe sie nicht einmal gesehen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke, ich habe keine Fragen mehr.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Mag. Fischer, Sie haben vorhin etwas Bemerkenswertes gesagt, und zwar, dass Sie Lobbying als etwas durchaus Positives und Erwünschtes sehen, auch die entsprechenden Aufträge dafür. Sie haben zu Recht zitiert, dass es den Berufsstand des Lobbyisten eben gibt, in Brüssel und so weiter. Aber Sie haben eine Einschränkung gemacht, wo Sie gesagt haben: solange da nichts Ungesetzliches dabei ist.

Jetzt gibt es aktenkundig jenen Vorgang, und da geht es gar nicht um den Herrn Hohegger vordergründig, sondern da geht es direkt darum, dass die Telekom den Wahlkampf, und zwar gerade in der Zeit, wo es um diese Universaldienstverordnung gegangen ist, 2006, den Vorzugsstimmenwahlkampf direkt einer amtierenden Justizministerin finanziert, und das Ganze wird – aufgrund der Zeugenaussage von der Frau Haslinger – mit den Personen Schieszler und Andreas Krenn abgewickelt.

Und Schieszler beziehungsweise Krenn meinen, es soll eine Rechnung an die Telekom Austria gelegt werden mit der Leistung „Vertriebskooperation von aonAlarmServices mit Finanzdienstleistern“, und eine entsprechende Leistung hat diese Firma Haslinger-Keck nie erbracht.

Wenn Sie diesen Vorfall so kennen, und der dürfte aufgrund der Zahlungsflüsse und aufgrund der Belege auch so stimmen: Wie werten Sie denn das, dass ein staatsnahes Unternehmen diesen Wahlkampf da durchführt?

Sie haben zuerst gesprochen von Regelungen, von Compliance und von Whistleblowern und vom Börsenstandort New York und, und, und.

Was wäre denn, wenn so etwas aufkommt, dass es da Leistungen gibt ohne die richtige Gegenleistung, wie in der Rechnung ist, was wäre denn da, wenn das aufkommt, betriebsintern passiert mit den Herren Schieszler und Andreas Krenn?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist jetzt natürlich sehr schwer zu beantworten. Ich kann nur dazu sagen zu meiner eigenen Person: Ich kenne dieses Thema nicht. Ich habe auch nicht den Auftrag dazu gegeben. Ich weiß auch nicht, welche Rolle Herr Schieszler und Herr Krenn gespielt haben in diesem Zusammenhang. Ich habe von dem auch aus den Medien erfahren. Wenn so etwas hochkommt, dann wird man das Thema intern untersuchen und einmal entsprechend diskutieren, und dann wird man schauen, was rauskommt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es dürfte aber ganz klar sein, dass es eine Rechnung gegeben hat, wo keine Leistung gegenübergestanden ist. Und das

Ganze um 240 000 €. Das kommt raus, wenn man sich das anschaut, wenn es hochkommt und auch betriebsintern.

Haben Sie mit so einer Sache eine Freude, wenn so etwas passiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Man hat mit solchen Sachen nie Freude, wenn so etwas passieren würde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hätte das unter Umständen dazu geführt, dass unter Umständen ein Vorstandsmitglied oder ein Mitarbeiter auch entlassen wird?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Darüber möchte ich jetzt nicht spekulieren; das kann ich nicht. Das ist Aufgabe des Aufsichtsrates eines derartigen Unternehmens, einen Vorstand zu entlassen. Wenn es ein Mitarbeiter ist, der unter dem Vorstand arbeitet, dann muss man einmal schauen, was da wirklich passiert ist, und man muss das Thema aufrollen. Aber hier eine Pauschalaussage zu machen, verzeihen Sie, das kann ich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben Sie ja an sich durchaus Wahrnehmungen darüber gemacht, was das von Ihnen erlaubte Lobbying durch den Herrn Hochegger bedeutet.

Welche Maßnahme des Herrn Hochegger haben Sie denn persönlich wahrgenommen, dass Sie sagen, das ist ein Lobbying so, wie wir es uns vorstellen und das in Ordnung ist? Können Sie da Beispiele nennen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Da gibt es so viele Themen, die man diskutieren kann in der Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmen und der Agentur von Peter Hochegger. Wir haben uns regelmäßig getroffen. Wir haben regelmäßig einen Gedankenaustausch durchgeführt, wir haben regelmäßig versucht, eventuelle Gefahrenpotentiale fürs Unternehmen zu erkennen, mit den möglichen Stakeholdern Kontakt aufzunehmen, die Themen zu diskutieren.

Es gab natürlich auch die Möglichkeit, an Themen zu arbeiten, die dem Unternehmen wieder einen Vorteil bringen im Sinne von einer möglichen Akquisition und dergleichen. Auch da musste man Überzeugungsarbeit leisten. Das gehört jetzt nicht zu dem Thema 1f, aber es ist so, bei einer Akquisition, wenn das Unternehmen zum Beispiel ein anderes Unternehmen in Österreich kauft, dann unterliegen wir natürlich auch der Wettbewerbskontrolle.

Also da gibt es so viele Themen, die wir gemeinsam bearbeitet haben, wo wir, wie ich es schon vorher zu erwähnen versucht habe, im Vorfeld versuchen, Informationen einzuholen, die Stimmungslage zu identifizieren, Möglichkeiten, wie wir einen bestimmten Fall dann letztendlich abwickeln können.

Ich glaube, in diesem Zusammenhang ist Lobbying, wie man so sieht, ein sehr wertvolles Instrument für ein großes Unternehmen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben davon gesprochen, dass es da verschiedene Kontakte zu Stakeholdern gegeben hat.

Fallen da auch Politiker unter den Begriff Stakeholder?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, absolut. Wenn man jetzt von den normalen Präsentationen absieht, die wir durchgeführt haben, im Bundesrat zum Beispiel oder auch in den Parlamentsklubs, haben wir, so hoffe ich, doch auch versucht, einen intensiveren Kontakt zu den einzelnen Verkehrssprechern und Telekommunikationssprechern der Parteien zu haben, um sie über die Themen entsprechend zu informieren, speziell wenn es darum geht, die IKT-Politik am Standort

Österreich voranzutreiben oder den Ausbau des Breitbandinternets, sehr viele Themen. Im Wesentlichen waren hier die einzelnen Vertreter der Parteien bei diesen sogenannten Info-Frühstücks eingeladen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Info-Frühstücks? Welche Politiker waren dort anwesend? Wer war das mit Namen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, das war manchmal der Herr Eder, die Frau Hakl, auch die ehrenwerte Frau Vorsitzende. (*Obfrau Dr. Moser: Ich war nie bei einem Info-Frühstück!*) Der Herr Wittauer hie und da. Aber das waren fachliche Gespräche, wo wir versucht haben, auch gemeinsam mit anderen Betreibern den Themenschwerpunkt IKT-Politik gemeinsam mit der politischen Präsenz zu diskutieren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben Sie zuerst in Ihrem Eingangsstatement auch gesagt, Sie haben zum Beispiel Kooperationen gesucht mit Unternehmungen, um dort auch das Image in irgendeiner Form zu setzen. Sie haben zum Beispiel das **Forum Land** erwähnt, das zum Beispiel eine Nähe zum Österreichischen Bauernbund hat beziehungsweise zu dessen damaligem Vorsitzenden.

War Lobbying für Sie etwas, was man speziell einer Partei oder deren Umfeld zukommen lässt – oder war das etwas, was man gleichmäßig allen Parteien angeidehen ließ?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich gehe davon aus, dass Lobbying nicht ein Thema ist, das man nur einer Partei zuordnet, sondern es geht um einen Themenschwerpunkt. Es geht um einen Themenschwerpunkt oder um ein Interesse, das das Unternehmen im Grunde genommen vorantreiben will. Es geht um die Eigeninteressen des Unternehmens, die zum Teil sehr substantieller Natur sind. Und das geht natürlich über alle politischen Stakeholder hinweg. Das beginnt nicht bei einer Partei und hört bei der einen Partei auf.

Also im Wesentlichen geht es darum: Wer ist in dieses Thema involviert? Wie kann man dieses Thema näherbringen? Was ist die mögliche Stellung des Betroffenen zu dem Thema? Welche Aufklärungsarbeit muss man noch leisten zu der Geschichte? Wird es tatsächlich als Schwerpunkt gesehen oder ist es eh nur so ein Thema?

Ich möchte ganz kurz noch einmal auf dieses Thema **Beamtendienstrecht** eingehen. Ich habe jahrelang versucht – und das war eines meiner Hauptthemen –, hier eine mögliche Änderung durchzuführen. Das ist uns mit den besten Lobbyingmaßnahmen nicht geglückt. Das ist aber auch verständlich, weil es natürlich eine sehr schwerwiegende Veränderung sein müsste. Wir haben dann letztendlich gemeinsam eine Möglichkeit gefunden, wie wir das Thema entschärfen könnten, gemeinsam in Zusammenarbeit mit der ÖIAG. Es ist dann letztendlich am Veto der Gewerkschaft gescheitert.

Also es ist ja nicht so, dass dort etwas passiert ist, was dem Unternehmen einen Schaden zufügt, sondern im Gegenteil: Wir haben versucht, dem Unternehmen eigentlich so weit wie möglich einen Nutzen zu schaffen, in vielerlei Hinsicht. Und dieses gerade vorher erwähnte Thema Beamtendienstrecht hätte dem Unternehmen, wenn man das gelockert hätte, ich will nicht sagen viel, aber 4 bis 5 € am Aktienkurs gebracht, unmittelbar, schlagartig – und die Universaldienstverordnung, wenn Sie es umlegen auf Unternehmenswert, wahrscheinlich keine 15 Cent.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben Sie gemeint, in vielerlei Hinsicht muss man da tätig werden. Es gibt da auch einen Hinweis darauf, dass eine Abgeordnete der SPÖ, Frau Laura Rudas, eine Zahlung seitens der Telekom für die Erstellung einer Studie bekommen hat.

Wissen Sie da irgendetwas?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Tut mir leid, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet zur zweiten Fragerunde über und erteilt Abgeordnetem Petzner für 5 Minuten das Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Mag. Fischer, ich halte Ihnen vor die fünf Dokumente: erstens den von der Telekom übermittelten Vorschlag zur Universaldienstverordnung, zweitens den ausgesendeten Entwurf des Ministeriums zur Begutachtung, drittens die Vorschläge der Regulierungsbehörde, viertens die Vorschläge der Telekom, fünftens die am Ende des Tages erlassene Verordnung.

Schauen Sie sich das in Ruhe an.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke zur Einsichtnahme vorgelegt.)

Meine erste Frage dazu: Können Sie Änderungen zwischen dem von der Telekom übermittelten Vorschlag und dem vom Ministerium ausgesendeten Entwurf feststellen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Herr Petzner, ich tu das gerne, ich tu mir nur ein bisschen schwer, denn ich kenne weder das eine noch das andere. Ich weiß nicht, wie der Originaltext ausgeschaut hat, ich weiß nicht, welche Änderungen dann vorgegeben wurden, ich weiß nicht, was dann endgültig umgesetzt wurde. Ich habe das nie in meinem Leben gesehen. Ich habe mich auch nie damit wirklich beschäftigt. Aber ich kann es gerne studieren, nur ich ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gibt es eine weitere Frage, abgesehen von der Interpretation?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Auf den ersten beiden Seiten steht: **nur soweit technisch möglich.**

Das ist eine Änderung, aber was das wirklich aussagt, kann ich Ihnen nicht sagen, weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hundert Punkte, Herr Mag. Fischer. Es wurde eine Änderung vorgenommen, nämlich: soweit als technisch möglich. Aber dass Sie das jetzt erst alles studieren müssen und sagen, Sie sehen das jetzt alles zum ersten Mal, ist ja auch, wie Sie sagen, ein Zeichen in eine gewisse Richtung, was die Änderung der UDVO betrifft. Auch das können wir in der Form interpretieren.

Also der von der Telekom übermittelte Vorschlag, wo alle Zeugen ausgesagt haben, es ist nichts Ungewöhnliches, dass auch die Telekom Vorschläge an das Ministerium übermittelt, wurden seitens des Ministeriums verändert.

Zweite Frage ganz konkret: Die Telekom hat vorgeschlagen, auch die 0900er-Nummern in die Verordnung aufzunehmen.

Sind diese 0900er-Nummern von der am Ende des Tages erlassenen Universaldienstverordnung umfasst: ja oder nein?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Soweit mir jetzt bekannt ist, nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie sind nicht umfasst. Das heißt, sämtliche Vorschläge der Telekom wurden in diesem Zusammenhang im Begutachtungsverfahren **nicht** umgesetzt seitens des Ministeriums.

Können Sie ungefähr beziffern, welchen wirtschaftlichen Vorteil diese Berücksichtigung der 0900er-Nummern gehabt hätte, die ja dann nicht berücksichtigt wurden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann es wirklich nicht sagen, Herr Petzner, ich weiß es nicht. (*Abg. Petzner: Grobschätzung!*) – Vielleicht das Doppelte oder das Dreifache in Summe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Sie haben gesagt, Sie kennen die Frau Kröll-Maier vielleicht, haben Sie einmal gesehen.

Was können Sie konkret zur Bekanntschaft mit Frau Kröll-Maier sagen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also wenn es die Dame ist – und bitte das soll nicht überheblich sein –, wenn es die Dame ist, die bei Hubert Gorbach im Ministerium im Büro saß, dann kannte ich sie vom Sehen. Aber das war's dann auch schon.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die war, glaube ich, zwei, drei Monate einmal im Ministerium, meinen Informationen nach.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also vielleicht habe ich sie dann überhaupt noch nie in meinem Leben gesehen. Das kann auch möglich sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben auf meine Frage hin gesagt, Engagement Hochegger.com für eine Novelle der UDVO: Natürlich gab es für die Leistung eine Gegenleistung.

Wie hat diese Gegenleistung des Herrn Hochegger konkret ausgesehen? (*Mag. Fischer: Wie bitte?*) – Sie haben ausgesagt auf meine Frage zum Engagement Hochegger für die Novelle der UDVO, wo ich Ihnen seine Aussage vorgehalten habe, wo er selber sagt, er hat sich hier engagiert, und dann haben Sie gesagt: Für diesen Einsatz oder für diese Bezahlung des Herrn Hochegger gab es natürlich einen Gegenleistung.

Ich frage Sie konkret: Was war die Gegenleistung Hocheggers für die Telekom im Bereich der UDVO-Novelle 2005/2006?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, eher umgekehrt. Was war die Gegenleistung der Telekom Austria für den Herrn Hochegger?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ob Leistung oder Gegenleistung – welche konkrete Leistung hat der Herr Hochegger für die Bezahlung durch die Telekom für die Telekom im Zusammenhang mit der UDVO erbracht? Welche konkreten Leistungen? Er spricht ja selber von Interventionen et cetera, et cetera. Was war das?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann mich heute nicht erinnern, ob es überhaupt einen Auftrag gegeben hat mit dem Herrn Hochegger konkret für das Thema der UVO, sondern ich glaube, man muss ja davon ausgehen, dass es sehr viele Themenbereiche gab, die im Grunde genommen nicht immer eines Auftrages würdig waren, wo der Herr Hochegger natürlich aufgrund seiner Funktion lobbyiert hat. Wenn man dieses Wort, das ja jetzt schon schön langsam wirklich ein Unwort wird, verwendet, dann hat er in vielen dieser Bereiche ganz normal auch im Tagesgeschehen gearbeitet. Er hat nicht jede Stunde, die er gemacht hat, abgerechnet, und nicht jedes Thema, das er versucht hat umzusetzen, gemeinsam mit uns. Ich kann mich nicht erinnern, dass es zu dem Thema UVO einen konkreten Auftrag an den Hochegger gab, sondern das ist einfach mitgelaufen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Er sagt aus, es gab einen eigenen Auftrag.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Gut, kann ich nicht bestätigen, Herr Petzner. Ich habe ihn nicht gesehen, ich weiß es nicht. Ich kann mich auch nicht erinnern daran.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich mache Ihnen einen weiteren Vorhalt aus der Aussage des Peter Hochegger, wo er aussagt, Sie hätten im Jahr 2004 den

Vorschlag gemacht, Herrn Walter Meischberger aufgrund seiner guten Kontakte für die Telekom als Subauftragnehmer einzubinden.

Und dann sagt Herr Hochegger aus: Über Walter Meischberger gab es den direkten Zugang zum obersten Eigentümervertreter, nämlich den Finanzminister, zu ÖIAG-Aufsichtsräten und zu anderen Regierungsmitgliedern.

Was können Sie zu diesem Engagement des Herrn Meischberger, den Sie Herrn Hochegger laut Aussage Hocheggers selbst vorgeschlagen haben, sagen? Welche konkreten Kontakte hat er gehabt? Ich nehme an, da ist der Herr Grasser gemeint, wenn da vom Finanzminister die Rede ist.

Welche Angaben können Sie dazu machen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe – ich kann es nicht genau sagen, wann – den Walter Meischberger kennengelernt, aber da war er noch nicht in der Tätigkeit, die er zuletzt ausgeführt hat, sondern da war er noch Geschäftsführer beim „Seitenblicke Magazin“, wo wir uns das erste Mal kennengelernt haben und gemeinsam eine Golfturnierserie aufgesetzt haben über einige Jahr hinweg, die im Wesentlichen von der Wirtschaft einerseits, also unseren Kunden, besetzt wurde, auf der anderen Seite durch Medien und Sportler. Somit war es ein bisschen ein Zusammenwirken zwischen Wirtschaft auf der einen Seite und einem ein bisschen sportlichen Ambiente wie zum Beispiel Franz Klammer, Hubert Neuper und sonstige. Das ist wahrscheinlich eines der wirklich schönen Turniere gewesen, wo wir sehr viel Anklang fanden und guten Kontakt zu unseren Kunden pflegen konnten.

Natürlich haben wir damals auch über viele Themen gesprochen. Ich wusste auch, dass Meischberger mit Karl-Heinz Grasser befreundet ist, ich wusste aber auch, dass er mit Peter Hochegger befreundet ist, und es war naheliegend, da zu sagen: Okay, falls es ein Thema geben sollte, das uns im Bereich des obersten Eigentümers interessiert ... – Noch einmal: Da ging es immer um Sachthemen. Im Wesentlichen um weitere Privatisierungsschritte der Telekom Austria, eventuelle Kooperationen mit anderen internationalen Betreibern. Ich möchte erinnern an das Swisscom Thema oder an die geplante Übernahme der OTE.

Also da gab es ja viele Themen, die wir gemeinsam diskutiert haben, und das war eigentlich im Wesentlichen die Zusammenarbeit mit Walter Meischberger neben anderen Themen. Wir haben den Walter Meischberger aber nie selbst beauftragt, sondern er war im Subauftrag beim Peter Hochegger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hochegger sagt, Sie persönlich hätten das Engagement Meischbergers vorgeschlagen. Ist das korrekt: ja oder nein?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: An das kann ich mich heute wirklich nicht mehr erinnern, Herr Petzner. Ich weiß es wirklich nicht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: An sich ist mit einer jetzigen letzten Frage Ihre Zeit dann erschöpft. Es gibt dann noch die Möglichkeit von Zusatzfragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann mache ich einen letzten Vorhalt, wieder aus der Aussage des Peter Hochegger, und komme zurück zu Herrn Sundt.

Herr Hochegger sagt selbst, was Sie auch angegeben haben, dass er seit 1996 für die Telekom gearbeitet hat und dass er von Beginn an einer der engsten Vertrauten des Heinz Sundt war. Der erste Auftrag war irgendwie bei 23 Millionen Schilling damals.

Und jetzt wird es interessant. Herr Sundt war ja damals nicht Vorstand, sondern hatte eine andere Funktion. Und dann kommt es: Hochegger sagt, dass er Sundt

vorgeschlagen hat, ob er sich nicht vorstellen könnte, Vorstand der Telekom Austria zu werden.

Zitat: In einer ersten Reaktion nannte mir Heinz Sundt Gründe, warum dies nicht möglich ist. Er meinte, dass der damalige Vorstand der ÖIAG –

und jetzt wird es spannend –,

Johannes Ditz –

alle kennen ihn mittlerweile als nicht gerade sehr erfolgreichen Notverstaatlicher der Hypo Alpe-Adria –,

dem nicht zustimmen wird, weil er auch immer wieder mit diesem Meinungsverschiedenheiten hatte.

Dann sagt der Hohegger darauf, er wird beim Herrn Ditz – Zitat –: einen Ballon steigen lassen.

In dem Fall wohl einen großen schwarzen Luftballon.

Und dann geht es weiter, dass die damalige Lebensgefährtin des Herrn Ditz für den Herrn Hohegger gearbeitet hat als Beraterin. Und dann brüstet sich Hohegger, dass er das dem Herrn Ditz vorgeschlagen hat. Und dann – Zitat Hohegger, ganz stolz –:

Johannes Ditz hat diese Idee aufgegriffen.

Einige Monate später war Sundt Vorstand der Telekom Austria.

Ich frage Sie dazu konkret, weil ich schon von diesem Netzwerk gesprochen habe, wo irgendwie der Herr Hohegger wie eine Krake die Lebensgefährtin von Herrn Ditz beschäftigt, die Lebensgefährtin vom Herrn Schieszler in seinem Unternehmen beschäftigt, Sekretärinnen bezahlt und so weiter: Gab es da irgendwelche konkreten Leistungen des Herrn Hohegger auch für Sie in Ihrem persönlichen Umfeld? Und was können Sie konkret zur Causa Ditz und zur Beeinflussung des Johannes Ditz als damaligem Vorstand der ÖIAG sagen, dazu, dass da eine Unvereinbarkeit in der Form besteht, dass Ditz Entscheidungsbefugnis hatte, was die Bestellung des Vorstandes der Telekom Austria betrifft, und Hohegger sich durchsetzt mit dem Vorschlag Sundt und zugleich die Frau und die Lebensgefährtin des Herrn Ditz auf der Payroll des Herrn Hohegger steht?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Dazu kann ich gar nichts sagen, Herr Petzner, wirklich nicht. Ich habe Herrn Hohegger zu dem Zeitpunkt noch nicht einmal gekannt. Ich weiß auch nicht, was er damals für einen Ballon steigen ließ oder was damals tatsächlich passiert ist. Es war eigentlich relativ kurz nach dem Ausscheiden von Herrn Kastler bekannt, dass die Nachfolge Herr Sundt übernehmen wird. Das war aus meiner persönlichen Sicht und Wahrnehmung heraus eine natürliche Entscheidung, weil die Mobilkommunikation damals der wachsende und treibende Markt war und die mobilkom sozusagen das Paradeunternehmen der Telekom-Austria-Gruppe, das Festnetz – ich brauche Ihnen das nicht zu erklären – die letzten zehn Jahre sehr stark gelitten hat durch den Wettbewerb in der Mobiltelekommunikation. Dadurch war es eigentlich für uns eine ganz normale Nachfolgeregelung, den erfolgreichen Manager aus der mobilkom zum Nachfolger vom Kastler zu machen.

Andere Wahrnehmungen dazu habe ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dass man Frau, Schwester, Onkel beschäftigt, ist normal?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie haben die Zeit schon massiv überschritten. Es gibt noch Zusatzfragen dann.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Kuzdas, fortzusetzen, und die Kollegin Tamandl, mich kurzfristig zu vertreten.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas: Herr Mag. Fischer, Sie wollten das Wort „Schmiergeld“ vom Kollegen Pilz nicht hören, aber ich muss Sie trotzdem fragen: Wie nennen Sie Parteienfinanzierung ohne Gegenleistung? Wie soll man das nennen? (*Abg. Tamandl übernimmt den Vorsitz.*)

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe die Parteienfinanzierung nicht beauftragt, ich habe sie auch nicht unterschrieben. Also ich kann zu dem Thema nichts sagen. Es entzieht sich meiner Wahrnehmung. Tut mir leid.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Magister, ich möchte Ihnen aus dem 58. Bericht des Bundesamtes für Korruptionsbekämpfung einen Auszug vorlegen und damit ein zweites Thema, einen Zahlungsfluss erörtern. Ich zitiere aus diesem Dokument den letzten Absatz, der gekennzeichnet ist:

„Art und Weise der Bereitstellung, der Verwaltung bzw. deren Abwicklung (Überweisung aufgrund einer seitens der Telekom Austria AG, in persona Andreas KRENN, vorgefertigten ‚Scheinrechnung‘ zugunsten Mag. Tina HASLINGER und anschließenden Weiterverrechnung auf Basis einer weiteren Scheinrechnung zugunsten der Projektentwicklungsagentur SCHMIED GmbH) legen die Annahme nahe, dass gegenständlicher Geldbetrag von rund Euro 240.000,--, – ursprunghaft von der Telekom Austria – aus einem Vergehen bzw. Verbrechen nach dem Strafgesetzbuch herrühren und Christoph PÖCHINGER als Verwalter des Betrags diesbezüglich Kenntnis gehabt haben könnte.“

Ich bin Betriebswirt und kein Jurist. Wird da nicht der massive Vorwurf oder Anschein der – weiß ich nicht – Erpressung, Nötigung dadurch erweckt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Sie können mich jetzt quälen mit der Frage. Ich kann sie Ihnen nicht beantworten, denn ich kenne das Thema nicht. Ich kenne weder diesen Ablauf, was da passiert ist. Ich habe keine Ahnung, ich weiß auch nicht, was gemeint ist aus einem Vergehen beziehungsweise Verbrechen. Also es tut mir furchtbar leid, Sie können mich noch fünfmal fragen, ich kann es Ihnen nicht beantworten.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich frage Sie, ob Sie Wahrnehmung gehabt haben, dass die Telekom Austria zum fraglichen Zeitpunkt einer Erpressung gegenübergestanden ist.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also das entzieht sich jetzt komplett meiner Wahrnehmung.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Was könnte die Frau Haslinger, die dies in der Einvernahme angegeben hat, damit gemeint haben? Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Noch einmal: Ich habe dazu wirklich keine Wahrnehmung. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): In diesem Zahlungsfluss an die Frau Haslinger, Agentur „inbestform“, gibt es auch ein Angebot. Ich möchte Ihnen dieses Angebot vorlegen und Sie ersuchen, dass Sie die Unterschrift identifizieren, wenn möglich. Die eine auf der linken Seite ist die Unterschrift von der Frau Haslinger. Die Unterschrift auf der rechten Seite, die Ihnen vorliegt, könnte von wem stammen? (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Ich halte fest: Prokurist Schieszler hat dieses Angebot bestätigt. Jetzt haben wir vorhin über eine Unterschriftenregelung gesprochen, da geht es um 240 000 €.

Darf das ein Prokurist nach der Unterschriftenregelung alleine bestätigen, beauftragen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Kann ich Ihnen jetzt auch nicht beantworten, weil ich die Unterschriftenregelung der Telekom Austria wirklich nicht auswendig im Kopf habe. Ich weiß es nicht; ich kann es wirklich beim besten Willen nicht sagen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Gibt es nicht generell ein Vier-Augen-Prinzip in Aktiengesellschaften?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, das hängt jetzt sehr stark davon ab, welcher Auftrag das ist, und mit welcher „Begleitmusik“ das Ganze funktioniert, aber normalerweise sind auch immer zwei Unterschriften drauf, und dadurch gibt es auch ein Vier-Augen-Prinzip. Also das sollte zumindest dann bei der endgültigen Bestellung durchgeführt sein.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): In diesem Zahlungsfluss, der ja eindeutig aus eben diesem Anlassbericht belegbar ist, geht ein Treffen am 19. Juli im Café Eiles zwischen Frau Haslinger und Herrn Pöchinger hervor, der damals, glaube ich, Pressesprecher der BZÖ-Ministerin Gastinger war. Thema war der Vorzugsstimmen-Wahlkampf für Gastinger.

In der Folge wurden Themen übermittelt und auch Anzeigenentwürfe realisiert, gibt Frau Haslinger an.

Im August teilte Pöchinger mit, dass das Geld für die Kampagne von der Telekom kommt. Er teilte auch mit, dass wesentlich mehr Geld als für Gastinger notwendig und das überschüssige Geld für eine zweite Werbekampagne für Herrn Klaus Wittauer, einen Tiroler BZÖ-Abgeordneter verwendet werden soll. Pöchinger nannte damals den Betrag von 240 000 €

Haslinger sagt:

„Für mich war somit klar, dass ich die im Voraus genannten 80.000 bis 100.000 Euro von dem mir überwiesenen Geld für die Kampagne Frau GASTINGER verwendet konnte und sollte und der Rest eben weiter gehen sollte.“

Frau Gastinger ist vorzeitig ausgeschieden und es ist Restgeld übrig geblieben, nämlich 200 000 € Auch da ist wieder Herr Pöchinger aktiv geworden, er hat Frau Haslinger aufgefordert, den Restbetrag von 200 000 € an die Agentur Schmied zu überweisen.

Pöchinger hat auch angesprochen, dass dieses überschüssige Geld nochmals für Werbegeschenke für BZÖ Wittauer verwendet werden soll. Dann gibt es einen kurzen Mailverkehr und die Agentur Schmied legt eine Rechnung an die Agentur Haslinger. Bemerkenswert dabei ist allerdings, dass die Rechnung der Agentur Schmied an Haslinger genau jenes Leistungsspektrum umfasst, das das Haslinger-Angebot ursprünglich haben sollte. Also das ist ja in Wirklichkeit sehr, sehr seltsam, das sind massive Scheinrechnungen. Und in der Telekom wird das bestellt und bezahlt.

Ich weiß nicht: Ergibt sich da nicht ein gewisses Sittenbild, dass man da schlecht kontrolliert hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann nicht sagen, ob schlecht kontrolliert wurde und ich kann nicht sagen, ob das Sittenbild jetzt schlecht oder gut ist. Ich kann nur dazu sagen, ich kenne diesen Vorgang nicht, ich kenne weder die involvierten Personen, außer die, die im Unternehmen der Telekom Austria sitzen, aber nicht zu dem Vorgang, aber ich kenne die anderen Herrschaften überhaupt nicht.

Normalerweise gibt es einen ganz geregelten Ablauf für ein Unternehmen, wie Aufträge durchgeführt werden. Das beginnt mit einem Angebot, mit einer normalen Bestellung, im Endeffekt dann mit einer Abrechnung und mit einer Zahlung.

Alle relevanten Daten, die im Wesentlichen für die Buchhaltung, für die Wirtschaftsprüfer, für die Steuerbehörden erforderlich sind, sind alle im Unternehmen ersichtlich. Also alles das, was Sie für die siebenjährige Aufbewahrungspflicht brauchen, ist da. Wenn es einzelne Leistungsnachweise zu diesen Themen nicht gibt, das weiß ich nicht, ich habe sie auch nicht abgelegt oder sonstiges. Das ist auch nicht mein Aufgabengebiet gewesen; ich glaube, das verstehen Sie. Aber im Wesentlichen sind die Vorgänge nachvollziehbar. Und wenn heute Menschen sagen, sie können es nimmer mehr und sie wissen es nicht, ich kann es auch nicht, ich weiß es nicht. Ich kann nicht einen jeden einzelnen Geschäftsvorgang im Unternehmen überprüfen.

Wir hatten über 1,5 Milliarden an Kosten und 350 Millionen € an Investitionen, also da läuft schon eine relativ große Summe tagtäglich über die Tische der Mitarbeiter.

Obfraustellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Abgeordneter Kuzdas, Ihre Zeit ist an und für sich jetzt erschöpft. Wir haben nachher ohnehin noch eine ... (*Abg. Mag. Kuzdas: Darf ich noch eine abschließende Frage?*) – Eine kurze Nachfrage. – Bitte.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie haben jetzt in Ihrer Antwort nachvollziehbare und ordentliche Abläufe genannt.

Würden Sie auch den Anschein bestätigen, dass in den von mir zitierten Fällen die Ordnungsmäßigkeit etwas mit Füßen getreten wurde?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich will zu dem Thema kein Urteil abgeben, weil ich es wirklich nicht nachvollziehen kann, wie es passiert ist, wer was gemacht hat. Ich will auch nicht spekulieren über diese Themen. Das ist, glaube ich, jetzt auch nicht meine Aufgabe, das hier zu beurteilen. Das wird beurteilt werden, und da muss man schauen, was bei diesem Thema rauskommt, aber ich möchte mich zu dem Thema wirklich nicht äußern, weil ich es nicht kenne. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe vorhin begonnen, zu diesen Valora-, Kröll-Maier beziehungsweise Gorbach-Rechnungen zu befragen. Fast alle, mit Ausnahme von zwei Rechnungen, fallen ja in die Zeit Ihrer Tätigkeit im oberen Management der Telekom.

Wichtige Information noch – das können Sie nicht wissen –: Dieser Vermerk „Telekom“, der sich auf fast allen Rechnungen findet, stammt nicht von Herrn Mag. Perger, sondern von Frau Stolzleder (*phonetisch!*) aus der Buchhaltungsabteilung von Herrn Hohegger. Das ist insofern wichtig, weil die Buchhalterin, die ja über das Rechnungswesen am besten Bescheid wissen muss, und am besten Bescheid wissen muss, wohin die Gelder gehen und woher die Gelder kommen, da immer extra „Telekom“ auf den Rechnungen einträgt, die offensichtlich nichts mit Projekten, zumindest mit offiziellen Projekten der Telekom zu tun haben. (*Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.*) Wir können es gemeinsam durchgehen, es ist aber immer relativ ähnlich:

30.1.2007 – es geht immer um 28 000 € –: Abzeichnung Hohegger, Vermerk „TELEKOM“; 25.4.2007: Abzeichnung Perger, Vermerk „Telekom“, diesmal in der Handschrift von Perger; 26.7.2007: Abzeichnung Perger, handschriftlich „Telekom“; 27.10.2007: Perger, handschriftlich „Valora“ und „Telekom“. Und dann 20.2.2007 – eine möglicherweise falsch datierte Rechnung –: gezeichnet Perger, Vermerk „Valora“ und „Telekom“; 20.5.2008 – immer 28 000 € –: gezeichnet Hohegger, handschriftlicher Vermerk „Valora“ und „Telekom“; 20.5.2008: eine gebuchte Rechnung

ohne Vermerke; 31.8.2008: gezeichnet Perger, handschriftlich „Valora“ und „Telekom“. Und dann eine letzte Rechnung: 30.11.2008: bezahlt am 20. Jänner 2009, abgezeichnet von Hohegger.

Das sind Telekom-Gelder.

Ist Ihnen, Herr Mag. Fischer, irgendein Projekt der Telekom bekannt, in dessen Rahmen diese 268 800 € von der Telekom im vom jetzt geschilderten Zeitraum an die Valora überwiesen worden sind?

Ing. Mag Rudolf Fischer: Ich ziehe jetzt den persönlichen Schluss, dass Sie den Schluss gezogen haben, dass da, wenn „Telekom“ steht, es automatisch die Telekom sein muss. Ich kann nicht beantworten, wie der Herr Hohegger seine interne Buchhaltung geführt hat, und ich kann auch nicht sagen, warum die Frau Perger das dorthin gebucht hat. Ich weiß es einfach nicht. Ich habe weder mit der Frau Kröll noch mit sonst irgendjemandem zu dem Thema gesprochen. Ich habe auch den Auftrag nicht erteilt.

Sie stellen mir Fragen, die ich nicht beantworten kann. Da müssen Sie den Verursacher fragen. Ich kann zu dem wirklich nichts sagen. Ich weiß es nicht, warum da „Telekom“ draufsteht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben ja inzwischen festgestellt, durch die Befragung von Herrn Mag. Perger, durch die Vermerke der Buchhalterin, dass es sich um Telekom-Gelder handelt, und es ist nur logisch, dass ich Sie jetzt frage, ob Sie etwas über diese Zahlungen an die Valora AG wissen.

Hat es in dieser Zeit Ihres Wissens Zahlungen der Telekom an die Valora AG gegeben?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: In dem Zeitraum wird es wahrscheinlich andere Zahlungen gegeben haben an die Valora, die mit anderen Aufträgen in Verbindung stehen. Es gibt aus meiner persönlichen Wahrnehmung heraus, soweit ich mich erinnere, keinen Auftrag, wo drinnen steht: Bitte finanziere die Sekretärin von Herrn Gorbach!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das wird ja offensichtlich in diesen Schmiergeldsystemen auch nicht so gemacht. Das wäre ja auch etwas amateurhaft, wenn sich ein Vorstand der Telekom AG hinsetzt und sagt, ich gebe den Auftrag, folgende Schmiergelder an die Sekretärin von Herrn Gorbach über die Valora zu überweisen. Das hat es natürlich nicht gegeben. Da haben Sie vollkommen recht, sondern das wird anders gemacht.

Jetzt lese ich Ihnen vor aus der Einvernahme der Frau Kröll-Maier. Ich zitiere:

Auf die Nachfrage, ob es für die Firma Valora AG jemals, wie vertraglich vereinbart, Leistungen meinerseits gab, so gebe ich an, dass es nie eine Leistung meinerseits für die Valora AG gab.

Warum von der Valora AG diese Rechnungen auch tatsächlich bezahlt wurden, wenn es nie Leistungen meiner Firma gab, so gebe ich an, dass ich mich hier total auf Hubert Gorbach verlassen hatte und habe die Herkunft des Geldes nie hinterfragt. – Zitatende.

Das ist ein wichtiger Punkt, weil die Frau Kröll-Maier, die diese Scheinrechnungen legt, dann sagt, Rechnungen hat sie schon gelegt, das Geld hat sie auch kassiert, aber Leistung hat es nie eine gegeben – zumindest nicht für die Valora AG.

Wir kommen dann, nicht mit Ihnen, sondern mit der nächsten Auskunftsperson zu den Leistungen, die sehr wohl für Hubert Gorbach erbracht worden sind. Jetzt gibt es einen Vertrag, und Sie haben ja bei der internen Untersuchung der Telekom erklärt, dass Sie

zumindest immer angeben können, welche Philosophie hinter Verträgen steht. Das ist der Vertrag, abgeschlossen zwischen Valora und Kröll-Maier, mit dem Geld der Telekom AG, wo der Tätigkeitsbereich lautet:

„Die Auftragnehmerin übernimmt insbesondere folgende Tätigkeiten“ – hat sie natürlich nie getan –, „SWOT-Analyse der Top Ten Industrie-Unternehmen Vorarlbergs, Analyse der Entscheidungs- und Meinungsbildungsstruktur, Beobachtung der Aktivitäten der Mitbewerber“, und so weiter.

Ist Ihnen irgendetwas darüber bekannt, dass es Gelder der Telekom gegeben hat, im Zusammenhang mit irgendeinem Projekt über die Valora AG, in Bezug auf SWOT-Analyse der Top Ten Industrie-Unternehmen Vorarlbergs und der ganzen anderen Punkte, die hier unter „Tätigkeitsbereich“ stehen? Ist das im Interesse und im Auftrag der Telekom gemacht worden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kenne den Vertrag zwischen der Valora und der besagten Dame nicht. Und es ist jetzt im Grunde genommen hier auch kein Auftrag von der Telekom.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich habe Sie etwas anderes gefragt. Ich habe Sie gefragt – versuchen wir, da genau zu sein –, ob es einen Auftrag der Telekom oder irgendein Projekt der Telekom gegeben hat, das mit dem Tätigkeitsbereich, der in diesem Vertrag vereinbart worden ist, übereinstimmt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Hat es nicht gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es nicht gegeben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Danke.

Jetzt kommen wir zu etwas ganz anderem. Abgeordneter Petzner deutet auf sein Handgelenk. Offensichtlich möchte er nicht – wie haben Sie es genannt, Herr Kollege Petzner? Die Droge der Telekom war Peter Hochegger? – Na, dann muss es in Ihrem Bereich relativ viel Drogenabhängige gegeben haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das Problem ist wirklich die Zeit. Es sind die 5 Minuten der Zusatzfragezeit schon vorbei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, dann mache ich es dann unter Zusatzfragen. – Danke schön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nächster ist Herr Abgeordneter Amon.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke, Frau Vorsitzende! Ich habe noch einmal eine Nachfrage, Herr Magister Fischer, zum Herrn Lederer. Können Sie noch einmal sagen, inwieweit der Herr Lederer für die Telekom als PR-Berater, Lobbyist, oder wie auch immer tätig gewesen ist?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Der Heinz Lederer war in vielen Bereichen sehr eng mit dem Herrn Hochegger in einer Zusammenarbeit, die aber nicht nur die Telekom Austria betroffen hat, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Ich hatte das Vergnügen, einige Male mit ihm zusammenzuarbeiten. Es ging im Wesentlichen darum, wie die Schnittstelle eines Unternehmens zu den Medien ausschaut. Eine Thematik der Medienwahl, wie geht man um mit den Themen, wie versucht man, einzelne Aktivitäten entsprechend zu dokumentieren, sodass sie auch in den Medien vernünftig dargestellt werden können. Also, es war eher eine PR-Maßnahme, die er im Grunde genommen gemeinsam mit Peter Hochegger für uns gemacht hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es direkte Aufträge von der Telekom an den Herrn Lederer?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Soweit ich mich erinnern kann nicht. Nein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Da halte ich Ihnen vor, und zwar gibt es einen Auftrag der Telekom Austria 180 000 € an den Heinz Lederer, und ich halte Ihnen vor das Journal der Firma Heinz Lederer Communications, wo eine Fülle von Treffen abgebildet ist, an denen Vorstände der Telekom teilgenommen haben.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Können Sie uns dazu Näheres sagen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kenne den Auftrag nicht, um ehrlich zu sein. Ich habe keine Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber Ihr Name erscheint auf diesem Journal mehrfach.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das ist auch richtig. Ich habe auch mit dem Heinz Lederer – ich habe es vorher auch erwähnt – des Öfteren Gespräche geführt. Genauso wie mit dem Herrn Hohegger oder auch mit dem Herrn Meischberger, und vielen anderen auch.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber Sie haben keine Wahrnehmung von Aufträgen an den Herrn Lederer?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Persönlich habe ich keine Wahrnehmung dazu. Nein. Also, es fällt mir im Moment nichts ein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Bei den Gesprächen ging es nicht um Aufgaben, die der Herr Lederer für die Telekom zu tätigen hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Es tut mir furchtbar leid, aber ich kann mich wirklich nicht mehr erinnern. Wir hatten so viele Gespräche. Ich kann Ihnen wahrscheinlich – und Sie werden es auch nicht können – sagen, was ich vor zwei Wochen mit meiner Frau besprochen habe. Ich weiß es wirklich nicht mehr. Das waren Themen, die ganz normal ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich kann es schon, eigentlich.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ja, Sie vielleicht. Ich nicht. Es waren Themen, die ganz normal im Tagesgeschehen eines Unternehmens stehen. Man versucht, sein Netzwerk auszubauen. Man versucht, seine Interessen entsprechend zu positionieren. Man arbeitet mit vielen Menschen zusammen, die wieder Menschen kennen. Also, da ist ja im Grunde genommen nicht irgendetwas Böses dran, sondern man versucht einfach, ein Netzwerk aufzubauen, das dem Unternehmen in einer Krisensituation helfen könnte, oder das dem Unternehmen die Möglichkeit gibt, seine Interessen entsprechend zu vertreten, oder Themen hat, wo eine Hilfestellung geboten wird im Zusammenhang von Akquisitionen, was auch wieder dem Unternehmen hilft. Das ist kein Selbstschutz für einen Vorstand, sondern all diese Themen sind im Wesentlichen dazu da, das Unternehmen zu positionieren und die Interessen des Unternehmens zu vertreten. Ich glaube, das ist das Hauptaugenmerk des Themas, und das sollten wir nicht außer Auge lassen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Dass ein Unternehmen seine Interessen wahrnimmt, dagegen ist ja nichts zu sagen. Aber letztlich ist dann die Frage, wenn es Aufträge gibt, ob diese Aufträge, die es gibt, auch rechens sind, und das ist unsererseits natürlich zu untersuchen. Und ein Auftrag von 180 000 € an Herrn Lederer ist kein so kleiner Auftrag, dass man nicht nachfragen könnte, was damit verbunden war.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Absolut, aber ich kann nur sagen, ich habe keine Wahrnehmung zu diesem Thema. Ich weiß es wirklich nicht. Ich habe bestätigt, dass wir mit Herrn Lederer zusammengearbeitet haben. Soweit ich wusste, war er eigentlich in einem Subauftragsverhältnis mit Herrn Hochegger. Ich kannte beziehungsweise ich kenne diesen Auftrag nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Mag. Fischer, ich glaube schon, dass es keine Unterschriftenordnung gegeben hat für Scheinaufträge und für Scheinrechnungen, aber zur echten Unterschriftenordnung, die Sie gehabt haben, hätte ich mir an sich von Ihnen als Vorstandsmitglied schon ein bisschen mehr erwartet. Das war immerhin doch etwas, mit dem Sie täglich zu tun hatten, was Sie intern beziehungsweise mit einer Außenbindung unterschreiben dürfen.

Hat es Wertgrenzen gegeben oder irgendetwas anderes? Ich würde mir eigentlich aus Ihrer Wahrnehmung schon mehr erwarten als das, was Sie vielleicht mit Ihrer Frau vor zwei Wochen besprochen haben.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Aus meiner Wahrnehmung kann ich nur sagen, ja, es gab eine Unterschriftenregelung. Aus meiner weiteren Wahrnehmung muss ich Ihnen leider sagen, ich kann mich nicht mehr erinnern, wie hoch die Wertgrenzen waren, denn die haben sich auch pausenlos geändert. Wir haben sie angepasst, je nachdem. Das ist ja nicht etwas Statisches gewesen. Wir haben nicht eine Geschäftsordnung einmal eingeführt und diese dann sozusagen für die nächsten zehn Jahre genau so gelassen, sondern auch Geschäftsordnungen werden ergänzt, Statuten werden ergänzt. Das ist einem Wandel unterzogen. Wir haben das Thema „Compliance“ gehabt, wir haben das Thema „Whistleblower“ gehabt, und in diesem Zusammenhang ist auch wieder etwas angepasst worden.

Also normalerweise schauen der kaufmännische Bereich und der Einkauf darauf, ob die entsprechenden Unterschriften, die auf diesem Auftrag vorhanden sind, der Unterschriftenregelung entsprechen oder nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das glaube ich Ihnen, dass solche Wertgrenzen natürlich laufend angepasst werden, nur: Kann man sich das so vorstellen, dass man eine Wertgrenze von – ich weiß nicht – 100 000 anpasst und daraus wird auf einmal plötzlich 1 Million, oder sind das doch eher kleinere Sprünge gewesen? Mich würde einmal ungefähr eine Größenordnung interessieren. 100 000, 250 000, 1 000 000? In welchen Bereich können Sie das ungefähr einordnen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Also wenn ich jetzt hier nicht zu einer Falschaussage gezwungen werde – aus meiner Wahrnehmung heraus waren, glaube ich, in der ersten Berichtsebene – und da muss man jetzt auch unterscheiden – bei Aufträgen, die dem Sachgebiet zuzuordnen sind, also wenn es zum Beispiel Bestellungen bei Lieferanten sind, die ganz normal budgetiert wurden, die geplant sind, die Wertgrenzen natürlich etwas höher. Wenn es darum ging, dass es ein Auftrag ist, der grundsätzlich budgetmäßig nicht verankert wurde, sondern der außer Budget war, dann waren die Wertgrenzen geringer. Das bewegt sich in der Größenordnung von 150 000 € bis 200 000 €, geht aber auch hinauf bis zu 1 Million oder 1,5 Millionen €. Das hängt immer von der Natur des einzelnen Auftrages ab, wie die Wertgrenzen festgesetzt sind.

Aber ich glaube, eines ist wesentlich, und das sollten wir nicht aus den Augen verlieren: dass alle diese Aufträge verbucht wurden, im SAP-System nachvollziehbar sind, es Rechnungen dazu gibt, all diese Rechnungen überprüft werden können und im Grunde genommen jeder Vorstand die Möglichkeit hat, all diese Aufträge und die Kosten eines anderen Vorstandsbereiches zu hinterfragen.

Das ist ein ganz normales Zusammenleben, ich finde daran überhaupt nichts Verwerfliches. Wenn das nicht funktioniert, dann funktioniert in einem Großunternehmen gar nichts mehr.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da kann man wirklich nahtlos überleiten, und ich bin auch froh darüber, dass diese Scheinrechnungen zumindest in der Buchhaltung aufscheinen, dass das auch tatsächlich gebucht wurde und dass es da offensichtlich nicht nebenbei irgendeinen außertourlichen Rechnungskreis bei der Telekom Austria gegeben hat, sondern dass das eben in den Buchhaltungen auch aufscheint. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass andere Vorstandsmitglieder auch fragen können, kontrollieren können, und Ähnliches.

Wir befassen uns im Zusammenhang mit dem gesamten Untersuchungsgegenstand 1 mit der Wahrnehmung der Kontrolle durch den Staat mittels der ÖIAG über die Anteile, die in der Telekom bestehen. Es hat im Jahr 2006 mehrere Medienberichte darüber gegeben, auch eine Sachverhaltsdarstellung, eine Strafanzeige, dass eine Parteienfinanzierung in Richtung des BZÖ stattfinden könnte, wo auch die Telekom als einer der Financiers genannt wird.

Können Sie sich an solche Medienberichte im Jahr 2006 erinnern?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Um ehrlich zu sein, nein, wirklich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Für ein Vorstandsmitglied sollte das relativ aufrüttelnd, wenn nicht unangenehm sein, wenn ein Unternehmen negativ in Zeitungsschlagzeilen vorkommt.

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das war zu einem Zeitpunkt, wo das Unternehmen einen Vierer-Vorstand hatte. Ich war damals auch nicht für die Öffentlichkeitsarbeit und die PR des Unternehmens zuständig. Ich kann mich dunkel erinnern, es hat etwas gegeben, aber was dann genau im Unternehmen passiert ist, kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen, weil es nicht meine Aufgabe war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben gesagt, Sie können sich nicht erinnern. Haben Sie irgendeine Wahrnehmung, dass seitens der ÖIAG irgendjemand bei Ihnen oder bei einem anderen Vorstand angerufen hat, so nach dem Motto: Wir haben Zeitung gelesen, was ist da Wahres dran? Was kann es da geben? Wir wollen uns das genauer anschauen!?

Haben Sie eine Wahrnehmung, dass seitens der ÖIAG in irgendeiner Form auf diese Zeitungsmeldungen reagiert wurde in Richtung Kontrolle?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann Ihnen nur bestätigen, dass mir gegenüber nichts in irgendeiner Weise von der ÖIAG erwähnt wurde. Ob die ÖIAG oder die Vertreter der ÖIAG mit einem anderem Vorstandsmitglied des Unternehmens gesprochen haben, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich muss zunächst zum Sachverhalt wie folgt ausführen und komme dann zur Frage.

Der Untersuchungsgegenstand – Sie haben immer wieder vollkommen richtig darauf hingewiesen, Herr Mag. Fischer – lautet, ob es eine „direkte Einflussnahme auf die Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen in Ministerien durch die Telekom Gruppe und damit in Zusammenhang stehende Zahlungen“ gibt.

Gibt es Gesetzeskauf, ja oder nein? – So lautet der Untersuchungsauftrag.

Sie haben heute wie alle anderen Zeugen, die bisher befragt wurden, unter Wahrheitspflicht ausgesagt, es gab – zusammenfassend – keinen Gesetzeskauf durch die Telekom. Auch alle anderen Zeugen haben das bisher bestätigt.

Ich darf jetzt zu meiner Frage kommen und folgendes neue Dokument zitieren, das wir schon lange haben wollten, das nicht aufgetaucht ist und das jetzt seit wenigen Minuten schriftlich vorliegt. Es ist dies – und ich stelle Ihnen dann eine Frage dazu – der Prüfbericht des Infrastrukturministeriums, der Frau Bundesministerin Doris Bures, die nach dem Auftauchen der Vorwürfe gegen Gorbach eine Prüfung veranlasst hat, die zu dem Ergebnis führt – und dazu stelle ich dann meine Zusatzfrage –, in Bezug auf die Frage des wirtschaftlichen Vorteils habe dies zweifellos zu einer Senkung der Kosten des Universaldienstes und damit mit stark sinkender Tendenz zu Mehreinnahmen der Telekom Austria geführt.

Was, meine Damen und Herren, ist da philosophiert worden von Millionenbeträgen? Was redet Herr Schieszler von 40 Millionen, wie Herr Pilz hier genüsslich ausgebreitet hat? Und was sagt Frau Bures in einem offiziellen Prüfbericht über diese UDVO? – Mehreinnahmen für die Telekom im Jahr 2010 von – nicht 40 Millionen, nicht 30 Millionen, nicht 20, nicht 10, nicht 5, nicht eine, sondern – 30 000 €! 30 000 € Mehreinnahmen durch diese Novelle der UDVO des Herrn Gorbach, führt die Frau Bures in einem offiziellen Prüfbericht aus.

Bures sagt dazu weiter, dass durch die Einführung des PAC noch immer ein Defizit bei den Telefonzellen von 13 Millionen € pro Jahr besteht, das über den Universaldienstfonds abgedeckt werden muss.

Bures sagt, die Verordnung bewirkt – Zitat – **kein** Zusatzeinkommen für die Telekom Austria, sondern eine Abdeckung von Kosten, die durch Dritte verursacht werden.

Zusammenfassung des Prüfberichtes Bures: 30 000 € im Jahr 2010, Bures selbst sagt: **kein** wirtschaftlicher Vorteil für die Telekom.

Schlusssatz dieses Prüfberichtes – Zitat –:

Die Verordnung ist daher ohne Zweifel auch heute noch sachlich gerechtfertigt. Sie betrifft deswegen nur die Telekom Austria, weil sie der einzige Betreiber ist, der Telefonzellen betreibt. – Zitatende.

Bures nennt im Prüfbericht noch einmal die Zahlen: 13 Millionen € Defizit durch die Verpflichtung der Telekom, Telefonzellen zu betreiben, die im Handyzeitalter immer weniger gebraucht werden.

Es gebe auch heute keinen sachlichen Grund – keinen sachlichen Grund! –, die Verordnung aufzuheben, sagt Frau Bures in ihrem Prüfbericht, der uns seit wenigen Minuten vorliegt.

Meine Frage dazu an Sie, Herr Mag. Fischer, meine konkrete Frage: Bei Mehreinnahmen von 30 000 € pro Jahr und einem Defizit, das 13 Millionen € beträgt, können Sie mir da bitte erklären, Herr Fischer: Ist die Telekom – Entschuldigung, dass ich jetzt diesen Ausdruck verwende – so deppert, für 30 000 € pro Jahr an das BZÖ 1 Million € Schmiergelder zu zahlen? Kann man so deppert sein: ja oder nein?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Kollege Petzner, Sie machen einen Vorhalt aus einer Unterlage, die uns nicht zur Verfügung steht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Diese Vorlage steht dem Untersuchungsausschuss seit wenigen Minuten zur Verfügung. Dass Sie sie noch nicht haben, ist das Problem Ihres Klubs und Ihrer Mitarbeiter.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Kann es vielleicht sein, dass die Parlamentsdirektion diese Unterlage noch nicht zur Verteilung gebracht hat und sich das BZÖ diese Unterlage selbst in der Parlamentsdirektion besorgt hat? Kann man das feststellen? (Abg. **Petzner**: Auch die SPÖ-Fraktion hat die Unterlage!)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (fortsetzend): Ich darf aber um die Beantwortung der Frage ersuchen. Ist die Telekom so deppert, für 30 000 € Mehreinnahmen über 1 Million € Schmiergelder zu zahlen, Herr Mag. Fischer: ja oder Nein?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann diese Frage nicht beantworten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich bitte noch einmal, zu klären, ob die Unterlage bereits verteilt ist oder ob sie sich einzelne Fraktionen selbst in der Parlamentsdirektion besorgt haben. Das ist nämlich schon entscheidend, ob der Vorhalt jetzt schon zulässig ist oder nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Kollege Amon, das ist inakzeptabel, wenn ich am Wort bin und der Auskunftsperson eine Frage stelle. Das ist unhöflich, auch der Auskunftsperson gegenüber. Ich verstehe schon, dass Sie jetzt nervös sind, weil Ihre ganze Konstruktion, die Sie seit Tagen hier aufzubauen versuchen, mit diesem Prüfbericht wie ein Kartenhäuschen in sich zusammenkracht, dass es nur so scheppert. Das verstehe ich schon, aber es ist inakzeptabel und ein Verstoß gegen die Verfahrensordnung, dass Sie mich mitten in einer Frage, die ich gestellt habe, unterbrechen und sich des Mikrophons bemächtigen. Das ist nicht der Stil des Hohen Hauses und auch nicht der Stil, den ich gerade von Ihnen als Person gewohnt bin. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Tatsache ist – und Sie wissen das, es wurde gestern auch besprochen –, dass dieser Prüfbericht von Frau Ministerin Bures seit heute Vormittag offiziell in den Unterlagen des Untersuchungsausschusses vorliegt. Das BZÖ – weil wir schon darauf gewartet haben – war eben die erste Partei, dank des guten Einsatzes meiner Mitarbeiter, und ich danke an dieser Stelle unserem Team, die festgestellt hat, dass dieser Prüfbericht nun offiziell in den Unterlagen des Untersuchungsausschusses verfügbar ist. Wenn Ihre Mitarbeiter nur hier sitzen und in die Luft schauen, dann ist das nicht das Problem der Parlamentsdirektion, sondern dann ist das das Problem Ihrer **Mitarbeiter**.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Petzner, ich **unterbreche** jetzt, weil diese Geschäftsordnungsdebatte nicht öffentlich ist! Ich weise darauf hin, dass die Parlamentsdirektion mitgeteilt hat, dass die zitierte Unterlage, der Prüfbericht des BMVIT über die Zweckmäßigkeit der Universaldienstverordnung, dem Parlament übermittelt worden ist, dass jede Fraktion Einsicht nehmen kann, dass nur noch keine DVDs verteilt worden sind. (Abg. **Amon**: Das ist unerhört! Was heißt das: jede Fraktion ...? Es ist üblich, dass die Parlamentsdirektion die Klubs über das Einlangen von Unterlagen informiert! – Abg. **Petzner**: Herr Amon, das ist eine Geschäftsordnungsdebatte!)

Ich bitte die Medienvertreter, den Raum zu verlassen, und ersuche auch die Auskunftsperson, kurz draußen zu warten.

11.15

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.15 Uhr **unterbrochen**. – Fortsetzung: 11.16 Uhr bis 11.59 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; **nichtöffentlicher Teil**.)

12.00

Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf Fischer

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 12 Uhr – wieder zum **medienöffentlichen** Teil der Sitzung über, ersucht darum, die **Auskunftsperson** wieder in den Sitzungssaal zu bitten und erteilt Abg. Petzner das Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da wir eine Geschäftsordnungsdebatte gehabt haben, die eigentlich nicht medienöffentlich ist, aber noch Medienvertreter anwesend waren, nehme ich meinen Vorhalt gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ÖVP-Parlamentsklubs zurück, drücke ihnen ausdrücklich meine **Wertschätzung** aus und **entschuldige** mich für diesen Vorhalt gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ÖVP-Klubs.

Ich würde das auch von anderen Personen dieses Ausschusses erwarten, die auch in öffentlichen Sitzungen Untergriffe tätigen, etwa, wenn ich an den Herrn von mir rechts denke, der aber nicht den Mut aufbringt und nicht die Courage hat, auch zu sagen: Das war untergriffig, ich nehme es zurück!

Ich habe diesen Mut, ich habe diese Courage und nehme meine Aussage gegenüber den ParlamentsmitarbeiterInnen des ÖVP-Klubs zurück.

Ich hoffe, der Herr Pilz denkt ein bisschen nach und wird auch seine Untergriffe und Angriffe, die auch der Herr Fischer heute zum Beispiel öfters erwähnt hat, zurücknehmen und sich in aller Form auch entschuldigen. Ich würde es mit erwarten.

Herr Mag. Fischer, ich komme nun zu meiner Fragestellung und führe für die Damen und Herren der Medien noch einmal aus: Wenn ich das ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das ist, glaube ich, nicht mehr notwendig. Stellen Sie einfach die Frage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frage ist vom Ausschuss als zulässig erkannt worden, somit kann ich sie stellen.

Ich frage Sie, Herr Mag. Fischer, noch einmal auf Basis des Prüfberichtes, wonach für die Telekom ein im Jahr 2010 durch die Novelle der Universaldienstverordnung des Hubert Gorbach, die bis heute in Kraft ist und von Bures **nicht** außer Kraft gesetzt wurde, weil sie auch in diesem Prüfbericht als sachlich korrekt und richtig eingestuft wurde ... – Also ich frage Sie, ob Sie es sich vorstellen können, dass die Telekom – ich formuliere es jetzt anders – wirtschaftlich so ungeschickt ist und dass Sie wirtschaftlich so ungeschickt sind, Herr Mag. Fischer, dass Sie für einen wirtschaftlichen Vorteil von im Jahr 2010 38 000 € auf Basis eines Prüfberichtes des Infrastrukturministeriums unter Ministerin Doris Bures von der SPÖ, ob Sie für 38 000 € Schmiergeldzahlungen in Höhe von über 1,2 Millionen € in Summe an das Umfeld der BZÖ plus der Finanzierung einer Sekretärin für den Herrn Ex-Vizekanzler, ob Sie denn wirtschaftlich so ungeschickt sind, dass Sie so etwas machen würden?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich würde das **nicht** von mir unterstellen, dass ich so ungeschickt bin.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und ich unterstelle es Ihnen auch nicht. Da sind wir uns dann einig.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich muss feststellen: Der Vorwurf ist in dieser Form nicht korrekt. Ich verstehe es schon, Kollege Petzner, dass Sie die Pflichtverteidigerrolle des Herrn Gorbach einnehmen und dass Sie ... (*Abg. Petzner: Das ist wieder ein Untergriff!*) Nein, seien Sie mir nicht böse, aber ... (*Abg. Petzner: Da müssen Sie sich auch gleich entschuldigen!*) Ja, dann entschuldige ich mich dafür.

Aber für viele Abgeordnete hier herinnen ist es klar – es ist nicht durch einen Gerichtsbeschluss belegt, aber es ist klar, und die Indizien sprechen dafür –, dass da Gelder geflossen sind, und da ist halt sehr viel an subjektiver Wahrnehmung dabei, das wollte ich nur sagen.

Herr Mag. Fischer, Sie haben den SAP-Zahlungskreis mehrmals angesprochen und auch erwähnt, dass sich da der Vorstand auch hätte überzeugen können, was gebucht, was eingekauft und so weiter wurde, weil er Zugang zum SAP hat.

Ist Ihnen bekannt, dass einer der Vorstände ... (*Mag. Rudolf Fischer: ... muss ich leider korrigieren! Nicht direkten ...!*) Lassen Sie mich aussprechen! (*Mag. Rudolf Fischer: Okay!*) Ist Ihnen bekannt, dass einer der Vorstände jemals davon Gebrauch gemacht hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich glaube, keiner der Vorstände war wirklich in der Lage, das SAP-System so zu lesen, wie es die Einkaufsabteilung liest. Ich glaube, Sie verstehen, dass wir in der Buchhaltung nicht so ausgebildet waren – außer dem Herr Schieszler vielleicht, ich weiß es nicht, oder den kaufmännischen Abteilungen. Ich konnte es nicht.

Die Möglichkeit, jede Budgetposition im Reporting zu hinterfragen, jede Budgetposition, jede Planungsposition, jede Ist-Position im Budget und in den Ist-Ergebnissen zu hinterfragen, die natürlich ganz detailliert auf Kostenarten im Reporting aufgelistet wurden, steht einem jeden zu. Und da gibt es Kostenarten, da wird ganz genau ausgewiesen, wo die hingehören, und da gibt es auch Kostenarten, da steht „externes Consulting“. Und wenn einem die Ziffer zu hoch erscheint, dann hat man jederzeit die Möglichkeit, nachzufragen: Was ist das da drinnen, und warum gibt es diese Position?

Also es ist nicht so, dass diese Themen irgendwo im Dunklen und Geheimen wie in der Alchemie produziert werden, sondern die Themen sind nachvollziehbar, und es könnte ein jeder nachfragen, bei jeder Budgetsitzung, bei jeder Ist-Sitzung, bei jedem Reporting, welche Ziffern in welchen Themen enthalten sind. So wird es ja auch budgetiert. Das ist ja nicht so, dass diese Themen nicht budgetiert wurden.

Die Zusammenarbeit mit Hochegger war eine Budgetposition.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe nur noch eine Frage, sie ist mir aber von den Fragen, die ich bis jetzt an Sie gestellt habe, mit Sicherheit, mit Abstand die wichtigste.

Sie haben uns ausführlich geschildert, dass Sie nichts von dieser Aktion „Kröll-Maier/Gorbach“ wussten, auch nichts persönlich damit zu tun hatten, auch keine persönlichen Wahrnehmungen über Schmiergeldzahlungen in diesem Zusammenhang über die Valora AG hatten. Das ist alles bei Protokoll, da wiederhole ich die Fragen nicht.

Ich halte Ihnen vor die Beschuldigtenvernehmung von Gernot Schieszler vom 13. Juli 2011. Das ist eine sehr kurze Passage. In dieser kurzen Passage heißt es zum Thema Rechnungen von Gabriele Kröll-Maier.

„Dazu muss ich eine Begebenheit, glaublich Spätherbst/Winter 2008, jedenfalls bereits nach dem Ausscheiden von Rudi FISCHER aus der TA anmerken. Damals kam (bereits damals ehemalige) BMVIT Hubert Gorbach in mein Büro in die Lassallestraße. Sein Anliegen war die Unterstützung seines Beratungsunternehmens – so wie auch bisher. Ich bat ihn, dies zu präzisieren und er erklärte mir, dass es eine mündliche Vereinbarung zwischen ihm“ – also Gorbach – „und glaublich Rudi FISCHER (bzw. der TA) gäbe, wo vereinbart worden war, dass die Kosten für seine Sekretärin glaublich zur Gänze oder zur Hälfte bezahlt wird.“

Herr Schieszler, damaliger Kollege in der Telekom und jetzt möglicherweise dann Kronzeuge im laufenden Verfahren beschuldigt Sie, **Sie** wären der gewesen, der diese Vereinbarung „Telekom-Schmiergelder über die Valora an die Gorbach-Sekretärin zur Unterstützung von Gorbach mittels Scheinrechnungen an die Valora“ eingefädelt und mitorganisiert habe.

Was sagen Sie zu dieser Beschuldigung von Herrn Schieszler?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es wird gebeten, das Wort „Schmiergeld“ aus der Frage herauszunehmen, das nicht zu unterstellen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte könnten Sie die Frage noch einmal wiederholen: ohne Verwendung des Begriffes „Schmiergeld“, da das als Unterstellung verstanden wird?!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Erstens: Ich werde in diesem Zusammenhang immer von **Schmiergeld** sprechen. Wir sind hier im Parlament, und das freie Wort ist eines der wichtigsten Rechte dieses Hauses.

Zweitens: Ich kann die Frage vereinfachen, Herr Mag. Fischer.

Was sagen Sie zu dieser Beschuldigung von Herrn Schieszler?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kenne diese Beschuldigung jetzt nur aus den Protokollen. Ich war nicht bei den Gesprächen zwischen dem Herrn Gorbach und dem Herrn Schieszler zugegen.

Ich möchte Sie auch noch korrigieren: Ich habe nicht gesagt, dass ich die Vereinbarung, die der Hohegger mit dem Herrn Dr. Hohegger vielleicht hatte, nicht gekannt habe, ich habe gesagt, es war nicht ein **Thema** der Telekom Austria. Also ich hatte keine Vereinbarung mit der Sekretärin oder mit Hubert Gorbach zur Bezahlung seiner Sekretärin.

Ich kannte eine Vereinbarung, weil Peter Hohegger mir Wochen nach dem Thema, wo er mit Hubert Gorbach zusammengearbeitet hat, gesagt hat, dass er eine Vereinbarung mit dem Hubert Gorbach für eine weiter Kooperation hat, die unter Umständen auch für seine eigene Geschäftsentwicklung interessant sein könnte. – Das war eine Information. Und damit war das Thema für mich erledigt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Fischer, können Sie diese Information etwas genauer schildern, denn die könnte für unsere Untersuchung sehr wichtig sein?

Wann hat Ihnen Herr Hohegger etwas über diese Vereinbarung mit Gorbach geschildert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Beim besten Willen, das kann ich nicht mehr sagen. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und, Herr Mag. Fischer, warum hat er es Ihnen als Telekom-Vorstand geschildert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Auf diese Frage habe ich gewartet, auf die warte ich eigentlich schon den ganzen Tag. Ganz einfach: Weil der Hubert Gorbach mich damals, Monate, nachdem er eigentlich schon ausgeschieden ist, einmal angerufen und mir erzählt hat, er hat die Gorbach Consulting gegründet, er ist aktiv und wenn es irgendwo einmal Themen gibt, wo er uns unterstützen könnte, speziell in den Bereichen Südosteuropa und dergleichen, würde er uns gerne helfen.

Ich habe Gorbach damals gesagt, es tut uns leid, er kann mir nicht helfen, weil mein Bereich nicht expandiert, speziell nicht in den Bereichen Osteuropas, vor allem nicht zu diesem Zeitpunkt. Und ich habe ihm damals gesagt: Aber du, wenn du willst, dann ruf den Peter Hochegger an, vielleicht kann er dir weiterhelfen, der kennt tausend Menschen! – Und das war's. **Das** war's!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und worüber haben Sie mit dem Peter Hochegger gesprochen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich habe den Peter Hochegger danach angerufen und ihm gesagt: Hubert Gorbach ist auf Klientensuche, der wird dich anrufen, rede einmal mit ihm! Und dann war das Thema für mich erledigt. Ich habe mit ihm weder gesprochen noch habe ich gesagt, er soll eine Vereinbarung treffen oder sonst irgendetwas. Und irgendwann, Monate danach, hat mir dann der Peter Hochegger gesagt, er arbeitet mit dem Hubert Gorbach zusammen, weil es darum geht, dass er seine Themen in Osteuropa, wo er auch Dependancen hatte, vorantreiben kann. – Das war's.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Fischer, das ist eine durchaus wichtige Mitteilung, weil das ja einige Punkte der Schieszler-Aussage und anderer Aussagen bestätigt, andere natürlich nicht, denn der große Widerspruch ist, dass Schieszler behauptet, Sie hätten ... (*Mag. Fischer: Das ist der Punkt, ja!*)

Ich wiederhole das jetzt nicht alles, aber was sich jedenfalls deckt, ist: Gorbach wendet sich an Sie, also der Ex-Minister Gorbach in diesem Fall wendet sich an Sie und sagt – damit ich es richtig wiederhole, weil wir das später für Vorhalte brauchen –: Ich habe ein Beratungsunternehmen, ich hätte gerne Aufträge, können Sie da für mich etwas tun!

Sie, Herr Mag. Fischer – ich versuche es nur zu wiederholen –, empfehlen ihm, mit Hochegger Kontakt aufzunehmen. Sie nehmen dann selbst mit Hochegger Kontakt auf, reden mit ihm darüber und werden später von Hochegger informiert, dass es eine Vereinbarung und ein Projekt für Gorbach gibt. – Habe ich das richtig zusammengefasst?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Dass er eine Vereinbarung ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, dass er eine Vereinbarung, also Hochegger ... (*Mag. Rudolf Fischer: ... mit Gorbach!*)

Hat Ihnen Hochegger gesagt, dass er diese Vereinbarung über die Valora getroffen hat, dass es eine Vereinbarung zwischen Valora und Gorbach gibt?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Über diese Details hat er mich nicht informiert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt komme ich trotzdem zurück, weil das für mich ein wichtiger Punkt ist: Die Aussage von Schieszler ist für mich in besonderem Maße glaubwürdig – jetzt völlig unabhängig von der Kronzeugenregelung – wegen der

Vermerke „Telekom“ durch die Buchhalterin auf den Valora-Rechnungen und deshalb, weil jetzt sehr viel von Ihrer Aussage mit der Aussage von Schieszler übereinstimmt. Und auf den Punkt: Sind es Telekom-Gelder gewesen, die praktisch der materielle Kern dieses Auftrages von Hohegger an Gorbach waren? deuten ja diese Telekom-Vermerke hin.

Letzte Frage in diesem Zusammenhang noch einmal: Sind Sie sich sicher, dass es sich um einen Auftrag von Hohegger an Gorbach gehandelt hat?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Er hat mit mir nicht über die Details gesprochen. Er hat mich auch nicht informiert darüber, wie er Aufträge mit seinen Partnern, Klienten oder sonstiges durchgeführt hat. Und ich muss ehrlich sagen, ich habe auch nicht hinterfragt, weil es mir wirklich egal war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist irgendwann in diesem Zusammenhang der Name *Kröll-Maier* gefallen?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich kann mich nicht erinnern, Herr Pilz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich bleibe bei dem Themenkomplex, den vor der Unterbrechung der öffentlichen Sitzung der Kollege Petzner angesprochen hat, indem er dann einmal demonstrativ fragte, ob die Telekom Austria so dumm gewesen sei, dem BZÖ Parteienförderung zukommen zu lassen, was an sich auch eine eigene Würdigung erfahren könnte.

Kollege Petzner hat da zitiert aus dem Gutachten des BMVIT, wo davon die Rede ist, dass im Jahr 2010 der wirtschaftliche Erfolg, also die Minderausgaben für die Telefonzellen durch die Calling-Card-Betreiber, dass das ungefähr 30 000 € ausgemacht hat. Nur: Es kommt jetzt nicht darauf an, was 2006 passiert ist, was 2010 der Erfolg war, sondern es kommt darauf an, was 2006 war, als diese Universaldienstverordnung gemacht wurde. Was war der damals betriebswirtschaftlich sorgfältig erachtete und erstellte Wert dieser Universaldienstverordnung für die Telekom? Und da gibt es eben diese Aussage von Schieszler, der gemeint hat, es geht da um 10 Millionen € Ergebnis und einem Unternehmenswert von 40 bis 60 Millionen €, eine Erhöhung des Unternehmenswertes. Diese Zahlen hätte er Ihnen mitgeteilt oder mit Ihnen besprochen.

Können Sie sich daran erinnern?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Das kann ohne weiteres möglich sein, das will ich auch nicht abstreiten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie da irgendwie nachgefragt, ob diese Zahl von 10 Millionen € betriebswirtschaftlich richtig gerechnet wurde – oder auf welchen Annahmen das basiert?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Ich weiß jetzt nicht genau, wann das war. Wenn er schon mein Vorstandskollege war, gehe ich davon aus, dass er weiß, wovon er redet. Also wenn er mir sagt, das sind 10 Millionen €, dann gehe ich davon aus, dass er das in irgendeiner Art und Weise überprüft hat, und nehme diese Aussage substantiell als **richtig** an und zweifle sie nicht an, denn sonst wäre er nicht Finanzvorstand.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es haben einige Auskunftspersonen, vor allem auch aus den Ministerien, gemeint, dass zwischen 2006 und 2010 auf Grund von verschiedenen Entscheidungen zur Frage Roaming-Gebühren, Skype, Zunahme von Mobiltelefonen und Ähnliches die Frage von Telefonzellen überhaupt abgenommen habe. – Stimmt diese Aussage?

Ing. Mag. Rudolf Fischer: Die Nutzung von Telefonzellen über die Call..., ja absolut, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Würden Sie mir zustimmen, dass sich das, was man 2006 angenommen hat, unter Umständen auf Grund der technischen Entwicklung überholt hat? (*Mag. Fischer: Absolut!*) – Danke schön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich danke der Auskunftsperson.

(Die Auskunftsperson Ing. Mag. Rudolf **Fischer** verlässt den Sitzungssaal.)
12.17

12.18

Befragung der Auskunftsperson Hubert Gorbach

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Hubert Gorbach** als Auskunftsperson. Ich ersuche, ihn sowie seine Vertrauensperson in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson **Hubert Gorbach** sowie die Vertrauensperson **Dr. Herbert Eichenseder** werden in den Sitzungssaal geholt.)*

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen ausgeschaltet werden.

Herr Gorbach, ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur **Angabe** der **Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Hubert Erich Gorbach; Geburtsdatum: 27. Juli 1956; Anschrift: Frastanz; Beruf: Geschäftsführer. Sie waren im Untersuchungszeitraum zeitweise öffentlicher Bediensteter. Sie waren Mitglied der Bundesregierung bis 11. Jänner 2007, und vorher waren Sie auch Mitglied der Landesregierung in Vorarlberg.

Herr Gorbach, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen; § 8 Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse.

Ich darf nun auch die **Vertrauensperson** um die Bestätigung Ihrer Personaldaten ersuchen. Ihr vollständiger Name lautet: Dr. Herbert Eichenseder. Geburtsdatum: 8.11.1939. Anschrift: Wien.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Eichenseder als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte; § 14 Abs. 2 lit. a und b Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze die **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort: Ich habe auch Sie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Strafrechtliche Folgen kann zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Wir können jetzt mit der Befragung beginnen.

Herr Gorbach, möchten Sie zuerst innerhalb von 10 Minuten die Sachlage aus Ihrer Sicht darstellen? – Bitte.

Hubert Gorbach: Frau Vorsitzende! Geschätzte Damen und Herren Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses! Ich nehme diese Gelegenheit gerne wahr und mache eine Darstellung zum Beweisthema 1f entsprechend Ihrer Einladung, und zwar wie folgt: Da ich davon ausgehe, dass Sie inhaltlich mit der Thematik **Novelle der Universaldienstverordnung** gut vertraut sind und jetzt auch schon einige Stunden und Tage darüber diskutiert haben, versuche ich eingangs, das aus meiner Sicht Wesentliche zu präsentieren.

Ich gehe davon aus, dass über eine Novelle der Universaldienstverordnung schon früher, seit 1999, bereits unter meinem Vorgänger Caspar Einem, diskutiert wurde und das nicht etwa, wie allgemein geglaubt wird, 2006 plötzlich im Raum stand. Die Diskussion dauert also schon länger an, wie auch die parlamentarische Anfrage der Frau Abgeordneten Dr. Moser aus dem Jahr 2006 beweist, die ich als damals verantwortlicher Minister im August 2006 beantwortet habe.

Es gab also eine lange, intensive, ausgiebige Diskussion aufgrund verschiedener Entwicklungen internationaler Natur, aber auch aufgrund der Entwicklungen im Telekommunikationsbereich. Ich erwähne dazu das Stichwort **Calling Cards**. Mit Zunahme dieser Calling Cards, also der Möglichkeit, eine Nummer kostenlos anzurufen, sich verbinden zu lassen – sehr häufig ist das bei Auslandsgesprächen genutzt worden –, haben sich verschiedene Parameter für die Anbieter verändert. Dem Anbieter von öffentlichen Telefoneinrichtungen, also dieser Telefonhäuschen, wenn man so will, entging Geld zur Errichtung, zur Erhaltung, zum Betrieb, zur Reinigung dieser Einrichtungen. Das war für die Politik wiederum ein Warnsignal, weil damit eine Gefährdung der Grundversorgung einherging. Grundversorgung bedeutet, dass jede Bürgerin/jeder Bürger Zugang zu einem öffentlichen Telefon hat und es nutzen kann.

Des Weiteren – auch das erwähne ich besonders gerne, weil ich aus der Privatwirtschaft kommend das auch kritisch gesehen habe – gab es damit eine Wettbewerbsverzerrung. Die in einem immer schärfer geführten Wettbewerb agierenden alternativen Anbieter machten dem früheren Haus- und Hof-Anbieter Telekom Austria Konkurrenz. Die Telekom hatte für diese allgemeinen Einrichtungen Kosten zu tragen, die von den Wettbewerbern **nicht** mitgetragen wurden. Insofern bestand also auch eine **Wettbewerbsverzerrung**.

Es war also ein längerer Weg bis 2006; es gab eine längere Diskussion. Es wurde 2006 also nicht aus Jux und Tollerei oder aus welchem Grund auch immer gesagt, dass wir eine Novelle brauchen. Diese Novelle ist bis heute ökonomisch klug, sinnvoll, zweckmäßig, notwendig und übrigens natürlich auch EU-konform, weil diese PAC – Payphone Access Charge, um die es da ja geht – in vielen anderen EU-Ländern ebenfalls nach vorhergehender Diskussion 2006 bereits bestanden hat. Ich erwähne

nur Holland, Schweden, Großbritannien, Italien, Frankreich, Deutschland, Portugal, Irland, Tschechien und weitere. In Schweden besteht sie zum Beispiel seit 2001, in den Niederlanden seit 2003.

Es ging mir also **nicht** darum, irgendeiner Gruppe, irgendeinem Unternehmen, irgendwelchen Personen einen Vorteil zu verschaffen, eine Freude zu bereiten, sondern es ging mir um die **Aufhebung** einer **Wettbewerbsverzerrung**. Es ging mir um Chancengleichheit im Wettbewerb, gerechte Kostenaufteilung, Service – ganz wichtig – am Endkunden und darum, die Grundversorgung sicherzustellen, die Telefonie an diesbezügliche internationale Erfahrungen und Gepflogenheiten anzupassen. Gute Gründe also für die Novelle der Universaldienstverordnung, um sie wettbewerbsgerecht, konsumentenfreundlich und eben den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst zu gestalten.

Meine Damen und Herren, diese Novelle war nach der Begutachtung, nach Diskussionen – und es hat Begutachtung gegeben, es hat auch Änderungen gegeben gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag – entgegen dem, was ich in den Medien gelesen habe, inhaltlich gut. Und da haben ja die Medien eine ganz, ganz wichtige Funktion und Rolle, nämlich auch wirklich zu transportieren, was Sache ist. **Es hat Änderungen gegeben** innerhalb der Begutachtungsfrist beziehungsweise nach der Begutachtungsfrist. Es hat auch positive und eher kritische Stellungnahmen gegeben, soweit ich mich erinnere. Von der Arbeiterkammer kam zum Beispiel eine positive Stellungnahme, daran kann ich mich noch erinnern.

Zurück zur Novelle, die 400. Verordnung, wie sie dann verabschiedet wurde beziehungsweise von mir unterschrieben wurde am 24. Oktober 2006: Sie hat jedenfalls auch die Amtszeit meines Nachfolgers Werner Faymann, des heutigen Bundeskanzlers, überlebt, und sie hat bis heute auch die Zeit der jetzt zuständigen Ministerin im BMVIT, Frau Bures, überlebt, die, wie ich weiß und wie man ja gelesen hat, sie sogar auf Herz und Nieren geprüft hat, ob sie inhaltlich auch gescheit ist oder ob da irgendein Minister irgendjemandem einen Gefallen tun wollte, was ich auch so zwischen den Zeilen herausgelesen habe, und deswegen eine Novelle zur Universaldienstverordnung gemacht hat.

Das heißt, die Verordnung hatte Qualität, die sich bis heute bewährt hat. Das ist Fakt.

Nunmehr sage ich abschließend dazu auch aufgrund von Vorwürfen in der medialen Berichterstattung: Es hat niemand an mich das Ansinnen gestellt, eine diesbezügliche Verordnung gegen **Bezahlung** umzusetzen. Ich habe schon erklärt, warum sie sinnvoll, wichtig, notwendig war und bis heute gescheit ist. Ich bin sogar stolz auf diese Verordnung, auf den Inhalt dieser Verordnung.

Es hat also dieses Ansinnen nie gegeben, und ich habe auch keine Wahrnehmung über irgendwelche Zahlungsflüsse im Zusammenhang mit dieser Universaldienstverordnung. Das festzustellen, ist mir sehr, sehr wichtig.

Ganz zum Schluss und auch aus gegebenem Anlass möchte ich feststellen: Es hat rund um die Entstehung dieser Verordnung, in der Diskussion um diese Verordnung auch **keine Weisung** gegeben, weder eine ministerielle noch sonst eine Weisung, die ich kennen würde. Meine würde ich natürlich kennen. Die hat es weder mündlich noch schriftlich gegenüber irgendjemandem gegeben.

Frau Vorsitzende, ich sage das sehr bewusst, weil ich am ersten Tag des Ausschusses schon sehr verwundert war, dass ich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk hören musste, dass das Ergebnis des ersten Tages wäre, es hätte eine „Weisung“ gegeben. Ich sage: Es hat **keine Weisung** gegeben, und es wird der Ausschuss auch zu keinem anderen

Ergebnis kommen können, nehme ich an, wenn die Zeugen alle so aussagen, wie es der Wahrheit entspricht. Das ist mir, wie gesagt sehr, sehr wichtig.

Ich könnte jetzt noch über die Diskussionen im Kabinett und im Ministerium berichten. Es war damals natürlich so, dass ich die zuständigen Beamten, die sich intensiver mit dieser Thematik beschäftigt haben, beauftragt habe, unter Berücksichtigung der Begutachtungseinläufe und in Absprache mit Experten auf möglichst allen Ebenen, insbesondere der RTR – lassen Sie mich das noch schnell erwähnen – als übergeordneter Behörde, eine gescheite Novelle zu machen, die eben all die Anforderungen, die ich vorhin aufgezählt habe, auch erfüllt. Die RTR wollte ja schon 2005 mittels Bescheides inhaltlich Ähnliches – es wurde dann zwar etwas abgeändert – auf den Weg bringen.

In Summe war die Universaldienstverordnung, über die wir heute diskutieren, also meines Erachtens eine gute Novelle. Sie entspricht dem internationalen Standard, ist in Ordnung. Ich stehe als damaliger Minister heute noch inhaltlich zu ihr, um nicht zu sagen, dass ich mich freue, dass sie so lange gehalten hat. – Danke.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Danke, Herr Vizekanzler, für diese Ausführungen. Ganz zu Beginn vielleicht eine Feststellung: Das Thema ist nicht so sehr, ob **für** diese Verordnung etwas gegeben worden ist, sondern ob **anlässlich** der Verordnung etwas bezahlt worden ist, weil die Beamten an sich auch davon ausgegangen sind, dass die Verordnung selbstverständlich gekommen wäre.

Unser Glück – und vielleicht nicht ganz das Ihre – ist, dass erstmals eine Kronzeugenregelung zur Anwendung kommt und eine umfassende Erklärung und Aussage eines Kronzeugen vorliegt und die einer Quasi-Kronzeugin, nämlich die Ihrer vermutlich ehemaligen Sekretärin.

Ich muss das jetzt in etwas längeren Passagen vorhalten, weil es doch relativ wesentlich ist und den Sachverhalt gut darstellt. Herr Schieszler war ja, wie Ihnen bekannt, zuständig für die Finanzen, Finanzvorstand in der TA, und der erklärt – ich zitiere –:

Dazu muss ich eine Begebenheit glaublich Spätherbst, Winter erzählen, welche bereits nach dem Ausscheiden von Rudi Fischer stattfand. Damals kam der ehemalige Minister Gorbach in mein Büro in die Lassallestraße. Sein Anliegen war die Unterstützung seines Beratungsunternehmens, so wie auch bisher. Ich bat ihn, dies zu präzisieren, und er erklärte mir, dass es eine mündliche Vereinbarung zwischen ihm und glaublich Rudi Fischer, jedenfalls der TA gäbe, wo vereinbart worden war, dass die Kosten für seine Sekretärin zu übernehmen sind. Meiner Erinnerung nach glaube ich zu wissen, dass Gorbach damals als Zeitraum dieser Vereinbarung die Zeit nach seinem Ausscheiden aus der Politik erwähnt hatte, glaublich war dies 2007. Gorbach ersuchte mich jedenfalls, diese Vereinbarung fortzuführen. – Zitatende.

Das ist einmal so der Einstieg, wo Schieszler erklärt, welches Gespräch er mit Ihnen hatte.

In der Sache selbst, was die Verordnung anlangt, führt er dann aus, dass er davon ausgeht, dass ein jährlicher Einsparungsfaktor durch diese Verordnung zustandekäme.

Das ist aber hier nicht gar so wesentlich.

Wesentlich ist auf alle Fälle, was dann weiter kommt, nämlich – ich zitiere aus der Aussage Schieszlers –:

Hochegger, den ich informierte, dass wir, so lange die Regierung im Amt ist, diese Gebühr umsetzen müssen, sagte nach Rücksprache – mit wem weiß ich nicht –, dass

dies teuer würde. Gegen einen Wert zwischen 40 und 60 Millionen € wäre er allerdings auch bereit, darüber nachzudenken. – Zitatende.

Und so weiter, und so fort.

Weiters sagt er dann – ich zitiere wieder –:

Da zwischen Änderung der Universaldienstverordnung und der Gegenleistung nach Ausscheiden der Person in der Regierung einige Zeit verstreichen wird, müsste sich jene Person auf einen Handschlag verlassen. – Zitatende.

Also das sind schon Aussagen, die nicht gerade entlastend sind.

Und dann – ich zitiere wieder –: Ich bekam dann ein paar unbedeutende Folien via E-Mail und es erfolgte die Überweisung, soweit ich mit erinnern kann, in Höhe zwischen 500 000 und 1,5 Millionen € – Zitatende.

Das sagt Vorstandsdirektor Schieszler, Finanzvorstand in der TA.

Dann gibt es Frau Kröll-Maier, die Ihre Sekretärin war und die Sie lange Zeit in Ihrem Leben, in Ihrem Berufsleben begleitet hat, und die erzählt, einvernommen beim BAK, zunächst einmal, dass sie sich nach ihrer Tätigkeit für Sie selbständig machen wollte und dass sie ein halbes Jahr lang zirka 20 Firmen in Vorarlberg ausgewählt hat, für die sie lobbyingähnliche Tätigkeiten durchführen wollte.

Frau Kröll-Maier erklärt nach eindringlicher Befragung – im Protokoll schaut das dann so aus –:

Bleiben Sie bei Ihrer bisher gemachten vorstehenden Angabe?

Nach reiflicher Überlegung gebe ich Nachstehendes zu Protokoll: ...“ – Zitatende.

Und dann packt diese Zeugin aus und erklärt – ich zitiere –:

Ich glaube, Ende 2006 kam dann Hubert Gorbach auf mich zu und sagte mir, dass er eine Möglichkeit der Finanzierung für unser Vorhaben gefunden habe und mein Auftraggeber die mir damals auch bekannte Valora AG sein werde. Somit gründete ich parallel dazu ein Einzelunternehmen. – Zitatende.

In weiterer Konsequenz sagte Frau Kröll-Maier – ich zitiere –: Ich begann somit meine Assistententätigkeit für Hubert Gorbach erneut. ... Nach ersten Überweisungen der Valora an das von mir angegebene Konto habe ich mir selbständig den mit Gorbach im Vorhinein vereinbarten Gehalt auf mein Konto überwiesen. Das war monatlich ein Nettobetrag in Höhe von 4 500. Der Rest verblieb auf dem Konto und stand Gorbach zur Verfügung. – Zitatende.

Das sind natürlich Aussagen, die eine relativ andere Sprache sprechen, als das, was Sie uns hier heute erklären.

Ich frage Sie jetzt: Glauben Sie, dass sich die Leute das aus den Fingern saugen? Glauben Sie, dass Herr Schieszler einen Anlass hat, Sie in irgendeiner Weise zu belasten, und wenn ja, wofür? Glauben Sie, dass Ihre eigene Sekretärin, die in ganz präziser Form Zahlungsflüsse, an deren Ende Sie stehen, angegeben hat, das aus irgendeiner anderen Überlegung heraus macht als der, dass sie die Wahrheit aussagen möchte?!

Wie sehen Sie das?

Hubert Gorbach: Herr Abgeordneter, was Ihre Ausführungen betrifft, darf ich Ihnen zuerst einmal sagen, dass ich über gewisse Zahlungen, die Sie in Ihren Ausführungen jetzt erwähnt haben, keine Wahrnehmungen habe.

Ich möchte Ihnen auch sagen, dass ich – und das wissen Sie ja – in einem Ermittlungsverfahren als **Beschuldigter** geführt werde. Ich werde mich nicht als Zeuge meiner Rechte, die ich als Beschuldigter habe, berauben. Dafür bitte ich gerade bei einem Juristen um Verständnis.

Ich möchte Ihnen aber sagen, dass diese Leistungen oder Zahlungen, von denen Sie gesprochen haben zwischen wem auch immer, meiner früheren Sekretärin und irgendeiner Einrichtung in keinem Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung stehen. Und meines Erachtens ist ja die Universaldienstverordnung das heutige Beweisthema. Deshalb bin ich auch gerne hierhergekommen, um zu diesem Thema möglichst viel Aufklärung zu betreiben und Information zu geben.

Noch einmal: Ich bitte Sie um Nachsicht und Verständnis, wenn ich mir in einem laufenden Ermittlungsverfahren, in dem ich selber als Beschuldigter geführt werde, nicht meine Rechte nehme, indem ich als Zeuge auftrete.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Vizekanzler! Ich verstehe das völlig und ich habe auch großes Einsehen dafür. Ich habe auch damit gerechnet. Ich hätte möglicherweise auch mit einer anderen Erklärung gerechnet, aber das wäre dann die Alternative dazu gewesen, weil die Aktenlage ja doch relativ zwingend ist.

Auf der anderen Seite sind wir natürlich damit befasst, die Situation aufzuarbeiten, und daher müssen wir Sie befragen. Es ist aber Ihr gutes Recht, sich gerade hier, wo Sie sich belasten könnten, der Aussage zu entschlagen.

Es ist in Summe so, dass wir drei Überweisungen hatten, die – ich würde sagen – nicht unbedingt **wegen** dieser Verordnung, aber aus **Anlass** dieser Verordnung, es entsteht so irgendwie der Eindruck, dass jemand diese Verordnung zum Anlass genommen hat, da Geld zu verlangen. Und es sind also nicht wenige Zahlungen geleistet worden, nämlich einmal 720 000 € über die Agentur Schmied, einmal 240 000 über die Agentur Haslinger. Das war eine Kampagne, die von Herrn Pöchinger geplant war, das war der ehemalige Sekretär der damaligen Justizministerin Gastinger, wobei der Restbetrag dann in den Tiroler Wahlkampf fließen sollte.

Und dann gab es einen Betrag von 268 800, und das sind jene Leistungen, die Ihnen zugerechnet werden.

Nur damit wir ungefähr auch sehen, in welchem Klima und in welchem Zusammenhang da damals agiert worden ist, wie damals Zahlungen ohne irgendeinen Hintergrund, nur damit Zahlungen geleistet werden, durchgeführt worden sind. Ich darf Ihnen jetzt noch ein paar Aussagen von Frau Tina Haslinger vorlesen, die eine Agentur hatte und die ebenfalls mit den damaligen Zahlungen in Zusammenhang stand.

Frau Haslinger sagt: Also Mitte August 2006 teilte mir Pöchinger –

das ist der Sekretär der damaligen Justizministerin Gastinger –

dann mit, dass das Geld für die Kampagne von der Telekom käme. – Zitatende.

Also das ist wieder einer dieser drei Bestandteile, wo Sie einer davon sind – laut den Angaben, die möglicherweise alle falsch sind, nach Ihrer Auskunft –, aber es war damals jedenfalls eine der Kampagnen.

Ich zitiere weiter: Wann genau diese Zahlungen erfolgen sollen von der Telekom, dass die Telekom hier bezahlen soll, kann ich nicht mehr sagen. Es floss bei einem unserer zuvor angeführten Gesprächstermine ein, dass es jedenfalls bezahlt wird, in Summe ein Betrag von 240 000. Für mich war somit klar, dass ich die im Voraus genannten 80 000 bis 100 000 – die wurden erst in Aussicht gestellt – von diesem überwiesenen

Geld für Frau Gastinger verwenden musste und dass die Differenz sodann an das Tiroler BZÖ weitergeleitet werden soll.

Das wird hier als überschüssiges Kapital bezeichnet.

Eine der Rechnung entsprechende Leistung – es wurden dann Rechnungen ausgestellt, die wurden dann auch bezahlt – an die TA gab es von meiner Seite nicht. – Zitatende.

Also da werden Rechnungen ausgestellt im Zusammenhang mit dem Paket, das mit der Verordnung in Ihrem Haus zusammenhängt, die keinerlei Inhalt haben.

Das Gleiche sagt eigentlich auch Kurt Schmied. Kurt Schmied erklärt auch, er wurde hier einbezogen, damit er als eine Art Sammelstelle für Geld wirken kann und er sagt:

Ich habe von der Telekom Austria selbst –

obwohl er hier also Rechnungen gestellt und welche bekommen hat –

nie derartige Aufträge erhalten. Ein Angebot Nummer 710 und 802 – das wurde also gelegt – ist komplett erfunden und hat keinen realen Hintergrund. – Zitatende.

Herr Vizekanzler, das sind also Ausführungen, die machen schon relativ betroffen. Und dann kommt es noch einmal, wieder der Herr Schmied ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Frage, denn die Zeit ist eigentlich schon abgelaufen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich möchte von Ihnen wissen, ob Sie angesichts all dieser Umstände eine Erklärung dafür finden, warum – und das jeweils im Zusammenhang mit der in Ihrem Haus jetzt verabschiedeten Verordnung – derartige Gelder fließen und letztlich auch ein namhafter Betrag auf Ihr Konto eingegangen ist, zu dem Sie heute sagen, Sie entschlagen sich der Aussage.

Bleibt das so – oder können wir doch das eine oder andere erhellende Wort von Ihnen noch hören?

Hubert Gorbach: Zu Ihren Ausführungen, Herr Abgeordneter, darf ich wiederholen, dass ich keinerlei Wahrnehmungen habe im Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung, dass es Zahlungsflüsse oder andere Leistungen gegeben hätte, von wem auch immer. Sie meinen vermutlich TA. – Keinerlei Wahrnehmung, wie ich in meinem Eingangsstatement bereits gesagt habe.

Was mein laufendes Ermittlungsverfahren betrifft, so darf ich Ihnen sagen, da gäbe es das eine oder andere schon zu berichten, das ich vor Gericht oder vor dem Staatsanwalt oder bei richtiger Stelle... – Natürlich ohne Sie bitte hier jetzt herabwürdigen zu wollen, als Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, aber ich sage es gerade Ihnen sehr gerne, Herr Dr. Jarolim, weil Sie ja Jurist und Rechtsanwalt sind:

Der Stand des Ermittlungsverfahrens, in dem ich als Beschuldigter geführt werde, ist der, dass es noch keinen Abschlussbericht gibt, dass es noch keine abschließende Einvernahme gegeben hat, dass es seit August ein Sachverständigengutachten geben sollte, das nicht am Tisch liegt, das auch ich nicht kenne, deshalb auch nicht Stellung nehmen konnte dazu und ich – was Sie am besten und auch gut verstehen werden – noch keine vollumfängliche Akteneinsicht hatte.

Da bitte ich natürlich – und im Übrigen auch diese Vorwürfe bestritten habe – wirklich um Verständnis, dass ich mir nicht als Zeuge, auch wenn ich willig bin, meine Rechte als Beschuldigter nehmen werde.

Wiederholend: Ich habe keine Wahrnehmungen über irgendwelche Zahlungen an irgendwelche Personen oder Einrichtungen im Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung, dass auf Ihrem Konto – ein Konto, das Ihnen zur Verfügung gestanden ist – Geld eingegangen ist im Zusammenhang mit den Vorfällen, die ich Ihnen vorher erklärt habe? Ich beziehe mich da auf die Aussage Ihrer Sekretärin.

Hubert Gorbach: Herr Doktor, das ist Gegenstand der Ermittlungen, über die ich vorher berichtet habe, was ich kenne und was ich noch nicht kenne. Ich kann das nicht einmal einschätzen, welche Hälfte oder welcher Teil größer oder mehr ist. Deshalb bitte ich um Verständnis, wenn ich auch hier wieder auf das laufende Ermittlungsverfahren aufmerksam mache.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ihre Redezeit ist eine Minute überschritten. – Nächster Fragesteller ist Herr Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Im Jahr 2006 waren Sie ja nicht nur Verkehrsminister, sondern Sie hatten auch eine politische Funktion im BZÖ. Welche Funktion war das?

Hubert Gorbach: Darf ich noch einmal die Frage hören? Im Jahr ...?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): 2006 waren Sie ja nicht nur Verkehrsminister, sondern hatten auch eine politische Funktion im BZÖ.

Welche Funktion war das?

Hubert Gorbach: Ich war im BZÖ bei der Gründung, aufgrund meiner damaligen Funktion in der Bundesregierung und meiner Stellung, geschäftsführender Obmann, war aber 2006 – und ich weiß nicht, ob Ihre Frage darauf abzielt, aber ich sage es Ihnen einmal, Sie werden ja nachfragen, wenn etwas anderes der Grund war – in keine Wahlbewegung, keine Ausschusssitzung in Vorbereitung zu Wahlen, dazu gehört auch die Finanzierung, eingebunden, weil bekannt war, dass ich freiwillig nach 2006, also nach den nächsten Wahlen und Ablauf der Periode, aus der Politik ausscheide.

Das ist nicht zur Freude der eigenen Parteifreunde schon 2005 öffentlich geworden und deshalb war klar, dass ich meine Arbeit mache als Minister und Vizekanzler aber keine, wenn man so will, Parteiarbeit.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben mir da ja gleich, dankenswerter Weise, ein bisschen mehr beantwortet. Ich habe das damals auch wahrgenommen, dass das BZÖ *sehr traurig* war, dass Sie nicht weitermachen wollen.

Die andere Geschichte ist, es war natürlich auch der Telekom bewusst, dass Sie nur mehr für eine beschränkte, relativ kurze Zeit als Verkehrsminister zur Verfügung stehen. Das ist in diesem Zusammenhang mit Sicherheit nicht unerheblich.

Jetzt geht es aber – bevor wir wieder auf das BZÖ und mögliche illegale Parteienfinanzierung, Schmiergelder im Wahlkampf und so weiter zurückkommen, auf Schmied und Schmid, auf Haslinger, auf Gastingner, auf Wittauer, möglicherweise auf Westenthaler und so weiter – noch einmal um die Frau Kröll-Maier.

Es gibt ja in diesem Zusammenhang meines Erachtens drei Zeugen, die Sie belasten. Das ist der Herr Schieszler, das ist die Frau Kröll-Maier – auf die komme ich dann noch zurück – und das ist Rudolf Fischer von der Telekom Austria, also der der damalige Manager der Telekom Austria, der heute einiges ausgesagt hat.

Damit möchte ich jetzt einmal beginnen. Herr Fischer hat dem Ausschuss erklärt, Sie hätten sich an ihn gewandt und ihn gefragt, ob es für Ihr Beratungsunternehmen nicht Aufträge der Telekom AG geben könnte, nachdem Sie bereits als Minister ausgeschieden waren. – Ist das richtig?

Hubert Gorbach: Es ist mir im Detail nicht erinnerlich, aber ich kann das nicht ausschließen, denn ich habe ja nicht gleich nach Ausscheiden ein Beratungsbüro oder eine Beratungsfirma gegründet, sondern erst zeitversetzt, etwa ein Dreivierteljahr später.

Es ist nicht unüblich, das werden Sie gut verstehen, dass wenn man gewisse Möglichkeiten, Informationen, Verbindungen hat, man auch überlegt, für wen könnte ich sinnvoll tätig sein mit meiner Unternehmung.

Das hat aber, Herr Abgeordneter Dr. Pilz, nichts mit der Universaldienstverordnung, die während meiner Ministerzeit stattgefunden hat, zu tun. Also ich trenne hier sehr genau zwischen Ministerzeit, Ministerverantwortung und Zeit danach; zuerst als Vorsitzender einer Holding, dann als Selbständiger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir kommen auf das zurück. Meiner Meinung nach besteht da ein sehr direkter und unauflösbarer Zusammenhang, aber auf das möchte ich später zurückkommen, weil es ja zwei Herangehensweisen im Bereich des BZÖ an diese Sache gegeben hat.

Was Schmid und Schmied und Haslinger, Gastinger, Wittauer betrifft, da hat offensichtlich das Prinzip geherrscht: zuerst das Geld, dann die Leistung! – In diesem Fall könnte es sich um das Prinzip: zuerst die Leistung, dann das Geld! handeln. Aber da möchte ich ja draufkommen und das nicht vorschnell behaupten.

Frage: Welche Leistungen, welche Beratungsleistungen haben Sie dem Herrn Fischer angeboten?

Hubert Gorbach: Keine konkreten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte mir das vorstellen: Sie rufen ihn an oder haben Sie ihn getroffen? Wie war das?

Hubert Gorbach: Herr Dr. Pilz, ich mache noch einmal aufmerksam, das hat keinen Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung, aber: Es hat keine konkreten Angebote, was Leistungen betrifft, gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also Sie haben kein konkretes Angebot gemacht? (**Gorbach: Richtig!**) – Dann sagt der Herr Fischer weiter, er habe Ihnen den Ratschlag gegeben, Sie sollten sich doch an den Herrn Hochegger wenden, der hätte vielleicht was für Sie. – Ist das richtig?

Hubert Gorbach: Das ist mir im Detail nicht mehr erinnerlich, aber das ist durchaus auch möglich. Der Herr Hochegger ist ja jemand, der auch sehr viele Kontakte hat und mit dem man auch Geschäfte machen kann.

Aber da verweise ich wieder auf das laufende Ermittlungsverfahren, wo diese Zusammenhänge womöglich auch eine Rolle spielen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da bin ich ganz Ihrer Meinung, dass diese Zusammenhänge eine Rolle spielen, da bin ich mir sogar ganz sicher.

Dann sagt der Herr Mag. Fischer weiter, Hochegger habe ihn dann später informiert, dass er mit Ihnen diesbezüglich gesprochen habe. – Ist das richtig?

Hubert Gorbach: Das kann ich jetzt nicht bejahen, weil ich nicht weiß, was Sie mit „diesbezüglich“ meinen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bezüglich eines Auftrages vonseiten Hohegger an Sie oder an Ihr Beratungsunternehmen.

Hubert Gorbach: Nein, das ist mir so nicht erinnerlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sondern, wie ist es Ihnen erinnerlich?

Hubert Gorbach: Dass ich schon Gespräche mit Hohegger hatte, **nach** Ausscheiden aus der Regierung und nachdem ich mich selbständig gemacht habe, aber da ging es um sehr allgemeine Dinge wie Investitionsmöglichkeiten in Südosteuropa, sehr allgemeine Dinge eben.

Konkret kann ich Ihnen da jetzt nichts sagen, zumal ich auch nicht weiß, worauf Sie hinauswollen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage Ihnen, worauf ich mit Sicherheit nicht hinauswill, das ist die ganze Schlaff-Geschichte, das wird ein eigenes Beweisthema, das lassen wir jetzt komplett heraus. Das ist aber, wie Sie richtig sagen, Südosteuropa.

Worauf ich hinauswill, ist, dass es dann durchaus Beauftragungen gibt, vonseiten der Valora AG, aber nicht an Sie, zumindest schriftlich mit Rechnungen nachvollziehbar, sondern an Frau Kröll-Maier und die dazu passende, Sie belastende Aussage von Frau Kröll-Maier. – Das antworte ich Ihnen nur auf Ihre Frage, worauf ich eigentlich hinauswill. Darauf will ich hinaus.

Vorher versuche ich aber trotzdem zu klären, mit Ihrer Hilfe: Haben Sie konkret eine Vereinbarung mit Herrn Hohegger über ein Projekt getroffen?

Hubert Gorbach: Nein, es gibt keine Vereinbarung über ein konkretes Projekt.

Jetzt sage ich Ihnen aber wieder, das ist alles Gegenstand der Ermittlungen in diesem Verfahren, das ich eingangs erwähnt habe. Ich habe schon gelesen heute und gehört, dass Sie mich bitten, aufzuklären zu helfen, und ich sage jetzt vielleicht schon mehr, als ich sagen will, aber noch einmal: Ich bitte schon um Kenntnisnahme, dass ich nicht als Zeuge, als der ich heute hier sitze, mir meine Rechte als Beschuldigter in einem Ermittlungsverfahren wegnehme.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Gorbach, das ist eine Selbstverständlichkeit, deshalb sitzt auch der Verfahrensanwalt neben Ihnen. Natürlich werden wir Ihre Beschuldigtenrechte wahren. Mir fällt es auch persönlich sehr leicht, weil in diesem Fall, bei diesem Beweisthema die Zeugenaussagen im Ausschuss, in den diversen Strafverfahren, die Akten, die Unterlagen, die Rechnungen, die Überweisungen, die Verträge, sonstige Dokumente alle so eindeutig sind und sich so gut gegenseitig ergänzen, dass wir eigentlich ein sehr, sehr klares Bild haben, das meiner Meinung nach nur einiger geringfügiger Ergänzungen bedarf. Ich erspare mir jetzt, Ihnen dieses Bild zu schildern. Das werden wir dann in einem Endbericht machen.

So, jetzt kommen wir zu Frau **Kröll-Maier**. Sie haben ja einiges von der Aussage Fischer bestätigt, einen wichtigen Punkt, nämlich dass es zu einem Vertrag zwischen Hohegger beziehungsweise Valora und Ihnen gekommen sei, nicht. (**Hubert Gorbach: Bitte?**)

Sie haben einen wichtigen Punkt **nicht** bestätigt, nämlich dass es zu einem Vertragsverhältnis in diesem Zusammenhang zwischen Hohegger und Ihnen gekommen sei. (**Hubert Gorbach nickt.**)

Ich glaube auch, dass das stimmt, weil das, was wir wissen, ist, dass es keinen Vertrag mit Ihnen gegeben hat, sondern einen Scheinvertrag zwischen Valora und Frau Kröll-Maier.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Eine Frage bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich muss zuerst einmal auf diesen Vertrag hinweisen, ich kann ja nicht zuerst die Frage stellen und sagen, ich habe übrigens eine Frage gestellt zu dem Vertrag, den ich noch nicht erwähnt habe.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das geht schon so lange. (*Abg. Dr. Jarolim: Das muss man hier vortragen, es ist schwierig sonst! Wir können ja nicht anders!*) Ja, ich akzeptiere weitere Ausführungen, aber das Ziel ist die **Frage** – und das Problem ist auch die Zeit, auf die ich zu achten habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Werte Frau Vorsitzende, das ist laut Verfahrensordnung vollkommen unerheblich, wie lang ein Vorhalt dauert und wie lang eine Begründung dauert. Jeder Abgeordnete ist selbst dafür verantwortlich, wie viele Fragen er in seiner Zeit unterbringt. Ich versuche eh, in meinem eigenen Interesse, so viele Fragen wie möglich unterzubringen. Bitte mir diese Zeit der Erörterung abzuziehen.

So, ich komme jetzt zu Frau **Kröll-Maier**. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen. Bei der Vernehmung von Frau Kröll-Maier hat es ja zwei Phasen gegeben: eine, wo sie durchaus zu ihrem ehemaligen Chef gestanden ist und eigentlich nicht wirklich was ausgesagt hat, nichts für uns Relevantes.

Dann gibt es eine Unterbrechung und dann wird Frau Kröll-Maier gefragt:

Bleiben Sie bei Ihren bisher gemachten vorstehenden Angaben?

Antwort: Nach reiflicher Überlegung gebe ich nachstehend zu Protokoll ...

Und dann kommt eine Reihe von Aussagen, die, zumindest meiner persönlichen Meinung nach, Sie und vielleicht auch andere belasten.

Ich beginne: Frau Kröll-Maier, durchaus in politischer Klarsicht, gibt Folgendes zu Protokoll:

Ich war bis Ende 2006 beim BZÖ angestellt. Ich wollte zum damaligen Zeitpunkt meine politische Tätigkeit beenden, ebenfalls war die vorangegangene Nationalratswahl für das BZÖ denkbar schlecht und allen war bewusst, dass das BZÖ künftig keine tragende Rolle mehr in der Politik spielen wird. Da mir bewusst war, dass mein Arbeitsplatz, also im BZÖ, gefährdet ist, ging glaublich ich zu Hubert Gorbach und erfragte mögliche Optionen, wie ich weiterhin für ihn arbeiten könnte. – Zitatende.

Das ist eine durchaus realitätsnahe Annahme. Die Frau Kröll-Maier sagt, na das mit dem BZÖ wird wahrscheinlich nichts mehr, einen Job brauche ich, also gehe ich zum Herrn Gorbach, der hat viele Verbindungen und viele Möglichkeiten, und ich möchte eigentlich gerne bei ihm weiter arbeiten.

Dann kommt diese Aussage, die Kollege Jarolim bereits verlesen hat– ich zitiere –:

Ich glaube, Ende 2006 kam dann Hubert Gorbach auf mich zu und sagte mir, dass er eine Möglichkeit der Finanzierung für unser Vorhaben gefunden habe und mein Auftraggeber die mir damals auch bekannte Valora AG sein werde. – Zitatende.

Dann gründet Frau Kröll-Maier ein Unternehmen – wird von Fischer bestätigt, wird von Schieszler bestätigt, die verschiedenen Zugänge dazu, ist also eine ausgesprochen glaubhafte Geschichte. Und dann beginnt sie, Scheinrechnungen in Absprache mit Valora, mit Herrn Mag. Perger – das ist der nächste Zeuge, der Sie in diesem Zusammenhang und auch die Frau Kröll-Maier belastet –, Rechnungen, Scheinrechnungen auszustellen. Dann erklärt Frau Kröll-Maier Folgendes – ich zitiere –:

Auf Nachfrage, ob es für die Firma Valora jemals, wie vertraglich vereinbart, Leistungen meinerseits gab, so gebe ich an, dass es nie eine Leistung meinerseits für die Valora AG gab. – Zitatende.

Und dann – und da kommt es wieder zu Ihnen, und da möchte ich Ihnen Fragen dazu stellen – wird sie gefragt: Was passiert denn mit dem Geld?

Und da sagt Frau Kröll-Maier, sie hat Bücher gekauft und hochpreisige Geschenke – ich zitiere –

wie zum Beispiel Schnapssammlungen, Enzyklopädien; hauptsächlich waren die Geschenke diverse Alkoholika und Sachbücher.

Und dann hat es ein sogenanntes Dienstkonto gegeben, sagt die Frau Kröll-Maier. Ich zitiere wieder aus ihrer Aussage:

Der Rest des von der Valora AG überwiesenen Betrages –

denn sie hat sich natürlich ein Gehalt abgezogen –

blieb auf dem Dienstkonto; dieser Betrag stand schließlich für Hubert Gorbach zur Verfügung. – Zitatende.

Haben Sie Kenntnis von diesem Dienstkonto, das Frau Kröll-Maier da schildert?

Hubert Gorbach: Herr Abgeordneter Dr. Pilz, Sie werden selber am besten wissen, dass Sie sich jetzt mittendrin, oder wo auch immer, auf jeden Fall im von mir erwähnten Ermittlungsverfahren, in das natürlich auch Frau Kröll-Maier involviert ist, befinden, und Sie werden verstehen, dass ich mir zu diesem Ermittlungsverfahren, wie eingangs schon erwähnt, nicht jetzt meine Möglichkeiten als Beschuldigter entziehen werde, indem ich als Zeuge aussage.

Und darüber hinaus erlauben Sie mir die Bemerkung, dass ich es sehr interessant und überlegenswert finde – und vielleicht da sogar einen Appell auch an den Verfahrensanwalt mache –, dass Teile aus Protokollen, die dann natürlich auch aus dem Zusammenhang gerissen werden, offensichtlich Medien zugespielt werden und dort veröffentlicht werden, in einem vertraulichen Verfahren, was mehrere Nachteile für Betroffene ... – innerhalb des Ermittlungsverfahrens, es wird noch ermittelt, es gibt keine Abschlussberichte! Darüber bitte ich – bei der Gelegenheit möchte ich das anbringen in diesem hohen Gremium – auch einmal nachzudenken.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Machen wir die nächste Frage in der zweiten Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage nur dazu noch einen Satz. – Da haben wir ein gemeinsames Problem, weil etliches aus Akten in die Öffentlichkeit gelangt ist, die dem Untersuchungsausschuss zu diesem Zeitpunkt nachweislich nicht zur Verfügung gestanden sind.

Ich habe also volles Verständnis erstens für Ihre durchaus schwierige Situation als Beschuldigter im Strafverfahren und als Auskunftsperson hier – deswegen nehme ich das so zur Kenntnis.

Zweitens: Das mit den Akten ist ein Problem, das wir hier im Parlament diskutiert haben, aber wo wir im Parlament keine Lösung finden. Das müssen wir schon mit dem Justizministerium und dem Innenministerium besprechen – und möglicherweise auch mit den Anwälten, die Beschuldigte vertreten und Akteneinsicht haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Wir haben jetzt mitgestoppt. Es gibt in der ersten Runde eine Fragezeit von 7 Minuten. Herr Pilz hat jetzt über 10 Minuten gesprochen. Sie haben **mich** mehrmals gerügt und mir sogar einen Ordnungsruf erteilt und mir gesagt, dass ich keine Vorträge halten soll.

Ich darf **Sie** ersuchen, Frau Vorsitzende: Sie müssen **unabhängig** agieren. Wenn Sie mich dafür rügen und mir sagen, ich solle keine Vorträge halten, dann bitte ich Sie auch jetzt, Ihrem Fraktionskollegen im Parlamentsklub, Herrn Pilz, eine Rüge zu erteilen, der hier jetzt einen 10-minütigen Vortrag gehalten hat, der eine 5-sekündige Frage beinhaltet hat – wo er noch dazu im Vorfeld gewusst hat, dass Herr Gorbach aufgrund fehlender Akteneinsicht, aufgrund eines laufenden Verfahrens und aufgrund laufender Ermittlungen gar nicht Stellung beziehen kann.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke für den Hinweis. Sie haben ja selber vernommen, dass ich zwischendurch, als die 7 Minuten abgelaufen waren, einen Hinweis auf die Zeit gegeben habe. Kollege Jarolim hat gesagt, man braucht mehr Zeit für Vorhalte – das habe ich eingeräumt. Sie wissen auch, dass ich das immer von der Gesamtzeit abziehe. Sie können Einsicht nehmen: plus 4 Minuten, steht hier auf meinem Protokoll. Das heißt, ich habe noch sorgfältiger mitgestoppt als Sie.

Wenn es jetzt zu einer allgemeinen Geschäftsordnungsdebatte kommen sollte, muss ich wieder die Öffentlichkeit ausschließen. Ich glaube aber, das ist nicht der Fall.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Vizekanzler, einleitend: Ihnen sind ja bereits auch hier Vorhalte gemacht worden im Zusammenhang mit den Aussagen des ehemaligen Telekom-Vorstandes Schieszler, der ja insgesamt – ohne das im Detail jetzt noch einmal zu referieren – sehr massive Vorwürfe erhebt und von Malversationen spricht und auch einen Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung herstellt.

Ist Ihnen erklärlich, warum der ehemalige Telekom-Vorstand Schieszler derartige Vorwürfe erheben soll, wenn sie keinen Funken an Wahrheit zum Inhalt haben?

Hubert Gorbach: Nein, das ist mir völlig unerklärlich.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Vizekanzler! Peter Hochegger gibt in seiner Beschuldigtenvernehmung am 28.10. letzten Jahres an – ich zitiere –:

Im Jahr 2007 hatte ich Kontakt zu Herrn Gorbach, weil er zu diesem Zeitpunkt für mich gearbeitet hat. – Zitatende.

Können Sie diese Tätigkeit beschreiben?

Hubert Gorbach: Ich habe dem Herrn Hochegger bei verschiedenen Treffen immer wieder Möglichkeiten von Investitionen gerade auch in Osteuropa, wo ich wusste, dass er sehr aktiv unterwegs ist, was man ja auch den Medien entnehmen konnte – ich erinnere mich an Bulgarien, Rumänien, wo er angeblich auch die Regierung beraten hat –, immer wieder mögliche Investitionsvarianten präsentiert, vorgelegt, die wiederum von irgendwo her an mich herangetragen wurden.

Das ist in diesem Beruf eigentlich nicht unüblich, dass man auch außerhalb der Schwerpunkte, die man setzt, gefragt wird: Kennst du jemanden, der in Sofia in ein Hotel mitinvestieren würde, oder einen Investor, der dort mitmachen würde? – In der

Form kann ich mir das durchaus vorstellen. Und so kann es Hohegger auch nur gemeint haben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das bedeutet, einen konkreten Vertrag, mündlich oder schriftlich, für eine spezielle Tätigkeit zwischen Hohegger und Ihnen gab es nicht? (**Gorbach: Nein!**) – Sie sagen in Ihrer Einvernahme am 12.8. aus – ich zitiere –:

Es kamen kurz vor meinem Ausscheiden aus der Politik Telekom-Manager auf mich zu, deren Namen mir heute nicht mehr erinnerlich sind – Zitatende –, um anzubieten, dass Sie für die Telekom tätig werden.

Jetzt gehe ich davon aus, dass Ihnen Gernot Schieszler, Rudolf Fischer, Heinz Sundt, Boris Nemsic natürlich bekannt sind. Ein derartiges Angebot ist ja nicht ganz alltäglich, nehme ich einmal an, wenn man vor dem Ausscheiden aus der Politik steht.

Sie haben auch keinerlei Ahnung, wer dieser Manager war, der auf Sie zugekommen ist?

Hubert Gorbach: Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich hatte ja laufend mehrere Kontakte mit Spitzen der Telekom, wie übrigens auch mit Spitzen anderer Unternehmen, mit denen man als Politiker – oder als Infrastrukturminister oder Telekommunikationsminister, Technologieminister – laufend zu tun hatte, und im Zuge solcher Kontakte sind oft auch Gespräche geführt worden über, wie es so schön heißt, die Zeit danach. Auch mit Hohegger zum Beispiel, der ja auch verschiedene Unternehmungen vertrat.

Herr Abgeordneter Amon, ich mache aber wieder darauf aufmerksam: Wir sind da natürlich mitten im Ermittlungsverfahren, das ich eingangs erwähnt habe, wo ich auch als Beschuldigter geführt werde.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich versuche deshalb auch sehr allgemein zu bleiben.

Faktum ist ja, dass Sie dann für die Telekom **nicht** tätig geworden sind. – Das ist ja richtig? (**Gorbach: Richtig!**) – Können Sie begründen, warum Sie für die Telekom nicht tätig werden wollten?

Hubert Gorbach: Sie kennen meine Aussage? (**Abg. Amon: Ja!**) Ich hatte nach meinem Ausscheiden aus der aktiven Politik eine feste Anstellung als Vorsitzender einer nicht kleinen Gruppe, und schon aus diesem Grund war es für mich klar, dass ich für die Telekom nicht tätig sein wollte, und auch weil ich glaube, dass es einfach keine gute Optik gemacht hätte – oder wie man salopp so schön sagt: keinen schlanken Fuß –, wenn ein zuständiger Minister nach Ausscheiden sozusagen ohne Zeitlücke 1 : 1 für ein Unternehmen tätig ist, mit dem er auch in seiner früheren Funktion zu tun hatte.

Das habe ich Ihnen jetzt gesagt, weil Sie vorher aus dem Protokoll zitiert haben. Ich hätte das nicht müssen, denn das – ich sage es noch einmal – ist natürlich auch Gegenstand dieses Ermittlungsverfahrens, das ich eingangs erwähnt habe. Aber ich versuche, auch innerhalb des Rahmens möglichst konstruktiv zu sein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke dafür, Herr Vizekanzler! Dann gestatten Sie mir zu diesem Komplex vielleicht noch eine Frage, nämlich:

Sie geben in Ihrer Einvernahme an – ich zitiere –:

... meine Auftraggeber bei Engpässen auch deren Back-Office-Personal sowie deren Büroinfrastruktur zur Verfügung zu stellen. – Zitatende.

Können Sie ausschließen, dass für ein solches Back-Office, für Büroinfrastruktur die Telekom Austria finanzielle Mittel etwa oder Personal zur Verfügung gestellt hat?

Hubert Gorbach: Die Frage ist: Können Sie ausschließen, dass die Telekom Austria Mittel zur Verfügung gestellt hat für ein Back-Office?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Für Ihre Back-Office-Notwendigkeiten.

Hubert Gorbach: Zumindest habe ich dafür keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich komme zurück zur Universaldienstverordnung:

Sind Ihnen die wirtschaftlichen Vorteile, die die Telekom Austria durch diese Verordnung hat, bewusst und bewusst gewesen, als sie umgesetzt wurde?

Ich darf vielleicht erklären, warum ich diese Frage stelle: Wir haben mittlerweile eine Reihe von Einvernahmen hinter uns, und es sagen eigentlich alle, dass es völlig klar, ökonomisch und auch inhaltlich in Ordnung ist, die Universaldienstverordnung in dieser Form umzusetzen.

Dennoch geht aus der Einvernahme des Herrn Schieszler die Behauptung hervor, dass für die Telekom Austria natürlich ein erheblicher Vorteil in einer Größenordnung von 40 bis 60 Millionen € sozusagen sichergestellt wurde, und Schieszler leitet ja daraus ab, dass deshalb eine doch erhebliche Summe an Organisationen respektive Agenturen geflossen sein soll.

Ich stelle die Frage also deshalb: Wenn allen klar war, dass die Verordnung jedenfalls so hätte kommen müssen, ergäbe das ja keinen Sinn.

Hubert Gorbach: Sie haben die Antwort vorweggenommen: Es gäbe keinen Sinn, die Verordnung hat sowieso kommen müssen. Ich habe versucht aufzuzählen, warum: Wettbewerbsverzerrung aufheben, Grundversorgung sichern, internationale Anpassung, sicherstellen, dass der Zugang auch, wie es üblich ist, für jeden Bürger gegeben ist. Dabei haben wir überhaupt nicht darauf geschaut: Wer hat einen wirtschaftlichen Vorteil oder Nachteil? Wie groß ist der? Ich habe hier Zahlen kolportiert bekommen und gehört, aber erst im Nachhinein aus Medien: 10 Millionen € pro Jahr. Das habe ich vorher **nie** gehört, und es hat auch **nie** Gespräche im Zusammenhang mit der Entstehung dieser Verordnung mit irgendjemandem gegeben, wir mögen diese Verordnung so, genau so erstellen, damit dieser wirtschaftliche Vorteil für das Unternehmen X oder Y herauskommt.

Aber in diesem Zusammenhang darf ich Ihnen schon sagen: Meines Wissens – das merkt man sich mitunter als Minister, der eine Verordnung unterschreibt; man schaut sich an: Was hat es in der Begutachtungsfrist für Einwände gegeben, Veränderungen gegeben und wer hat die gemacht? Man will ja dann wissen: Von wem wird man – politisch ausgedrückt – dann „geprügelt“, wenn die Verordnung unterschrieben ist? Und da habe ich in Erinnerung, dass es Veränderungen gegeben hat. Der Text wurde also nicht 1 : 1 übernommen – was ich auch fälschlicherweise gelesen habe, aber es ist falsch –, sondern es hat sehr wohl Veränderungen gegeben. Es hat Ergänzungen gegeben, es hat Abänderungen im Ministerium gegeben, und es hat Wünsche gegeben, die **nicht** in die Novelle eingeflossen sind.

Und man höre und staune, Herr Abgeordneter Amon: Ein Wunsch war von der Telekom, die 0900er-Nummern in die Novelle mit aufzunehmen. Und ich denke – ich kann Ihnen keine Zahl sagen, aber ich denke –, es wäre nachvollziehbar durch ein Gutachten oder was auch immer, wie viel das der Telekom gebracht hätte. Ich nehme an, es hätte was gebracht.

Was ich damit sagen will, ist: Das war uns wurscht, wer wie profitiert! Uns ging es um die Sache, um den Inhalt dieser Universaldienstverordnung!

Und auch deshalb habe ich so betont: Es hat kein Ansinnen gegeben, gegen Geld ein Gesetz, eine Novelle zu machen. Es hat keine Weisung gegeben. Es ist nach sachlichen Kriterien, nach Begutachtung diese Novelle – Gott sei Dank – so erstellt und von mir unterschrieben worden, bis heute gültig.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Vizekanzler! War Ihnen damals bewusst, dass die Telekom für die Umsetzung dieser Verordnung PR- oder Lobbying-Agenturen beauftragt hatte, sich für eine spezielle Form von Verordnung einzusetzen?

Hubert Gorbach: Das war mir nicht bewusst, zumindest habe ich persönlich diesbezüglich nichts verspürt. Wenn das stattgefunden hat, dann war es sehr geschickt, sehr geheim. Ich habe nichts gemerkt davon.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Vizekanzler, waren Sie immer dafür, dass man diese Verordnung in Begutachtung schickt?

Hubert Gorbach: Da möchte ich mein Herz ausschütten, Herr Amon: Man wird in meinem Umfeld, in meinem damaligen Umfeld bestätigen, dass immer dann, wenn die Frage kam: begutachten?, Stellungnahmen einholen von Betroffenen?, wie lange?, kurz oder lange?, ich die Meinung vertreten habe: begutachten, wenn nichts zwingend dagegen spricht – logistisch zum Beispiel, eine Frist, EU-Frist oder was auch immer; damit ist man, aber bei unwichtigeren Dingen, mitunter schon konfrontiert gewesen –, aber sonst immer begutachten, und auch möglichst lange; und die Einwände beziehungsweise die Stellungnahmen sehr, sehr ernst nehmen; erklären können, warum man etwas aufnimmt, das vorgeschlagen wurde, warum man etwas nicht aufnimmt oder warum man den Vorschlag noch einmal abweichend auf den Weg schickt.

Warum? – Ich habe das immer sehr einfach begründet, und deshalb sage ich Ihnen das sehr gerne in diesem Gremium: Weil ich sehr lange auf der anderen Seite gesessen bin, einmal in der Wirtschaft, wo man dann mit den Ausflüssen von solchen Verordnungen, Gesetzen zu tun, mitunter zu kämpfen hat und schimpft, weil es vielleicht nicht so praxisnah ist, wie man es gerne gehabt hätte. Und zum Zweiten, weil ich zehn Jahre lang auch einer Landesregierung angehört habe, wo das auch oft kritisch hinterfragt wird: Warum wird da in Wien oder in irgendeiner Gesetzgebung ohne Begutachtung ein Gesetz gemacht, das wir dann leben und den Bürgern erklären müssen?

Also aus diesen Gründen, weil ich auf der anderen Seite gesessen bin, war ich immer **für** Begutachtungen. Und es ist sicherlich auch in diesem Fall so gewesen, dass ich es befürwortet habe, diese Novelle in eine Begutachtungsrunde zu schicken.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Vizekanzler, Sie haben angedeutet, dass es doch den Vorschlag gab, es nicht zu begutachten.

Ist Ihnen erinnerlich, wer Ihnen diesen Vorschlag gemacht hat?

Hubert Gorbach: Ist mir nicht erinnerlich. Es ist doch über fünf Jahre her. Bitte um Nachsicht! Ich will jetzt nicht die Gegenfrage stellen, Herr Amon: Wo waren Sie am 1. Februar 2006?

Ich weiß nur, vom Grundsatz her war ich immer für Begutachten, und das wusste man in meinem Umfeld auch. Wie das jetzt genau bei dieser Novelle war, kann ich wirklich nicht sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber es war ja Ihre Andeutung: Wann immer jemand gekommen ist, der nicht begutachten wollte, haben Sie aus Ihrer bisherigen Lebenserfahrung darauf gedrungen, dass jedenfalls eine Begutachtung stattfindet. – Deshalb meine Nachfrage, ob Sie noch eine Erinnerung haben, wer Sie in diese Richtung drängen wollte.

Hubert Gorbach: So ist es, wie Sie es sagen: Mein Umfeld, sowohl im Kabinett wie im Ministerium, wusste mit Sicherheit, dass ich ein Freund, ein Fan von Begutachtungen bin, in jeder Frage.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Es gibt nämlich auch Aussagen von Auskunftspersonen, dass man das Kabinett und das Ministerbüro erst überzeugen musste von der Begutachtung. – Können Sie sich das erklären?

Hubert Gorbach: Nein, das kann ich mir nicht erklären. Jedenfalls war es auch mit mir nicht so abgesprochen – wenn es das überhaupt gegeben hat, hätte. Ich kann dem keinen Glauben schenken.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke. Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Gorbach! Das Problem bei diesem gesamten Komplex ist der große Zufall, der da Regie führt. Im Jahr 2006 gibt es mehrere Medienberichte – „FORMAT“, „profil“, „Standard“ –, in denen offensichtlich BZÖ-interne Indiskretionen bekanntgegeben werden, wonach Hubert Gorbach Geld für den Wahlkampf aufgestellt hat. Das waren drei Zeitungsartikel; vielleicht sind Ihnen diese auch noch erinnerlich.

Sie sagen zwar, das hat alles mit nichts etwas zu tun, nur ist es dann im Endeffekt tatsächlich passiert! Nämlich genau ein Telekom-Unternehmen und auch ein Bauunternehmen haben tatsächlich für das BZÖ mit mehr oder weniger Scheinaufträgen und Scheinrechnungen Zahlungen in der Höhe von 1,2 Millionen bekommen, eine Zahl, die in der Relation auch das widerspiegelt, was der Telekom-Vorstand Schieszler dann zu Hochegger gesagt und mit ihm ausgemacht hat: Das wird schon 1 Million € kosten.

Ich weiß, Sie sagen, Sie haben keine Wahrnehmung dazu. Es ist eben nur dieser Verdacht, der da draufsteht und der natürlich logischerweise, werden Sie zu Recht sagen, auch Gegenstand des Ermittlungsverfahrens ist, dieser Verdacht, dass es so geschehen ist. Das ist also der Zufall, der hier passiert ist.

Andererseits: Sie haben ausgeführt, dass Sie bereits 2005 gesagt haben, Sie stehen für eine weitere politische Periode nicht mehr zur Verfügung, sondern wollen in die Privatwirtschaft gehen. Da ist es durchaus auch gang und gäbe, dass man sich rechtzeitig Sorgen darum macht, wie es nach einer politischen Tätigkeit weitergeht, in welcher Form man dann sein Auskommen findet. Ich möchte nur darauf hinweisen: Auch für einen anderen Vizekanzler – das ist ja noch nicht sehr lange her – ist dann gleich ein Posten im Raiffeisen-Konzern zur Verfügung gestanden.

Es ehrt auch alle politisch Verantwortlichen, die sich Sorgen über die Zukunft der Mitarbeiter machen, die dann unter Umständen auf einmal auch ohne Job dastehen würden. Nun gab es eine Mitarbeiterin von Ihnen, nämlich Frau Kröll-Maier; es ist vollkommen legitim, wenn man sich Sorgen macht, wie die berufliche Zukunft weitergeht. Genauso, wie wir in den Verhandlungstagen auch über ein Kabinettsmitglied aus dem Staatssekretariat Kukacka vernehmen durften, dass derjenige dann nahtlos bei der Telekom gleich einen Posten bekommen hat. Nur, da ist es eigentlich ganz klar: Wie gesagt, ein schwarzer Vizekanzler wird gleich einmal bei

Raiffeisen etwas, und ein ÖVP-Mitarbeiter wird nachher auch bei der Telekom etwas. (Obfrau-Stellvertreter Dr. **Jarolim** übernimmt den Vorsitz.)

Mein Frage ist nur: Warum macht man bei Frau Kröll-Maier so eine Konstruktion, die mit der Realität, nämlich mit dem, was vorgegeben wird, nicht übereinstimmt? – Nämlich einen Vertrag über die Valora, wo sie selbst 2 500 € Nettobezug im Monat nimmt, 2 000 für Spesen, obwohl sie sagt, sie hat ausschließlich für Sie gearbeitet, und eine Differenz von 4 800 € im Monat, die direkt von Herrn Hohegger kommen – wobei auf diesen Rechnungen, die dann intern bei Hohegger verbucht werden, immer der Zusatz „Telekom“ steht –, im Monat für sie ungefähr 4 800 € zur Verfügung stehen, um Spirituosen, Enzyklopädien und ÖBB-Karten zu kaufen. Das sind eben doch ein wenig ungünstige Eindrücke, die da entstanden sind.

Das ist einmal der eine Fragenkomplex, und der andere ist folgender. Aus dem BZÖ heraus, für Wahlkämpfe, für Finanzierung von Wahlkämpfen und Ähnliches: Haben Sie eine Wahrnehmung gemacht, dass der ehemalige Nationalratsabgeordnete Wittauer besonders aktiv war, um allenfalls irgendwo aus der Privatwirtschaft Gelder zu lukrieren?

Hubert Gorbach: Also auf die letzte Frage – und ich denke, das war die Frage, vorher habe ich keine Frage heraushören können – sage ich Ihnen: nein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wenn eine Frage nicht deutlich genug gewesen ist, dann hole ich das gerne nach: Warum wurde für Frau Kröll-Maier ein derart umständliches Konstrukt gewählt für die Tätigkeit nach dem Ausscheiden aus dem Bundesministerium, aus Ihrem Kabinett, wo sie ja, glaube ich, auch insgesamt nur wenige Wochen tätig war? Warum wurde da diese Lösung gemacht, von der Sie indirekt aus dem Konto ja auch selbst profitiert haben?

Hubert Gorbach: Herr Rosenkranz, wir haben das jetzt öfters gehört. Da befinden wir uns wieder mitten in diesem Ermittlungsverfahren. Ich habe Ihnen den Stand des Ermittlungsverfahrens gezeigt. Ich hoffe, Sie können nachvollziehen, wie schwer man sich dann als Beschuldigter tut, und ich wiederhole, dass ich sicherlich nicht meine Beschuldigtenrechte hier als Zeuge beschneiden werde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Gorbach, ich beginne mit der Ausführung des Untersuchungsauftrages. Der lautet darauf, ob es eine direkte Einflussnahme auf die Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen durch Ministerien durch die Telekom-Gruppe in Form von Zahlungen gegeben hat. Das heißt: Gab es Gesetzeskauf: ja oder nein?

Ich verstehe, dass Sie von Ihrem Entschlagungsrecht Gebrauch machen. Aber diese zentrale Frage auf Basis dieses Untersuchungsauftrages ist ja die Kernfrage, die muss ich Ihnen stellen. Und die können Sie, glaube ich, auch beantworten, und zwar mit ja oder nein.

Steht das Engagement der Frau Kröll-Maier in irgendeinem Zusammenhang mit der Novelle der Universaldienstverordnung, die Sie im Jahr 2006 gemacht haben: ja oder nein?

Hubert Gorbach: Nein! Steht in keinem Zusammenhang mit dem Entstehen der Novelle zur Universaldienstverordnung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich danke Ihnen für diese Auskunft. Damit ist auch die **zentralste Frage**, meine Damen und Herren, auf Basis des verlesenen Untersuchungsgegenstandes beantwortet.

Denn: Hätte es Gesetzeskauf gegeben, wäre das Korruption. Herr Gorbach sagt aus, es hat keinen Gesetzeskauf gegeben, es ist kein Zusammenhang da. Das heißt, dass etwaige Zahlungen, die hier im Raum stehen und die es auch auf Basis der Aktenlage gibt, auf Basis des derzeitigen Ermittlungsstandes hier im Ausschuss keine Korruption darstellen! Das ist ein ganz, ganz entscheidender Sachverhalt, den ich hier noch ausführen wollte. *(Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ich halte Ihnen nun eine Aussage vor, weil hier auch immer die Aussage des Herrn Schieszler zitiert wird. Auch hier wird unvollständig zitiert. In derselben Einvernahme, Kollege Pilz, Kollege Jarolim, Kollege Amon, sagt Herr Schieszler in Beantwortung der Frage:

Zu etwaigen Zahlungen an Hubert Gorbach habe ich keine Wahrnehmungen.

Sind diese Angaben des Herrn Schieszler korrekt, Herr Gorbach? Gab es Zahlungen der Telekom an Sie im Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung?

Hubert Gorbach: Wie ich in der Beantwortung einer Vorfrage schon gesagt habe, habe ich diesbezüglich keine Wahrnehmung gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nächste Frage: Können Sie sich genau erinnern, wann Sie angekündigt haben, als Vizekanzler aus der Politik auszusteigen, und wann Sie die Funktion des geschäftsführenden Obmannes im BZÖ zurückgelegt haben?

Hubert Gorbach: Die Ankündigung – beziehungsweise durch eine Indiskretion durch ein Medium – erfolgte im Frühjahr, also relativ bald nach Gründung, im Frühjahr 2005. Somit war auch klar, dass man einen neuen Spitzenkandidaten und so weiter und so fort benötigte. Ich kann es nicht auf das Datum genau sagen, wie lange ich formell als geschäftsführender Obmann geführt wurde. Aber sicherlich war ich nicht involviert in die ganze Wahlbewegung, wie ich vorhin schon ausführte. Das genaue Datum kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie haben schon vor der Wahl Ihre Vizekanzlerposition zur Verfügung gestellt. Sie sind vor der Wahl als geschäftsführender Obmann zurückgetreten. Ich kann Ihnen auch das Datum sagen: Am 23. Juni 2006, Monate vor der Wahl, hat dieser Wechsel stattgefunden.

Jetzt frage ich Sie, Herr Vizekanzler: Wie können Sie sich das erklären, wenn Sie sich aus allen Funktionen zurückgezogen haben? Genau in diesem Zeitraum, obwohl Sie angekündigt hatten, Sie ziehen sich aus der Politik, aus allen Parteifunktionen zurück, haben Sie parallel, wie Herr Pilz behauptet, Schmiergelder fürs BZÖ organisiert?

Wenn ja, wäre es ganz schön dumm. Können Sie mir das beantworten? Passt das zusammen, haben Sie Schmiergelder trotz Ihrer Rücktrittsankündigung organisiert oder nicht? – Grund dazu hätten Sie keinen gehabt, denn das BZÖ hätte Ihnen ab diesem Zeitpunkt egal sein können.

Hubert Gorbach: Noch einmal: Es hat keine Schmiergelder gegeben! Denn „Schmiergeld“ würde bedeuten: Man gibt Geld, um dafür in der Politik etwas zu erreichen, in diesem konkreten Fall eine Verordnung oder ein Gesetz, oder eine Verordnung mit Gesetzescharakter.

Es hat kein Ansinnen gegeben, dass es eine Bezahlung gibt, wenn das Gesetz, die Novelle kommt oder sie so kommen soll, sondern Ihre Frage beantworte ich gerne so: Ich habe nicht Gelder organisiert, ich habe nicht bei Finanzierungen mitgewirkt – ich habe **gearbeitet** – was man von einem gewählten Politiker erwartet –, und zwar bis zum letzten Tag!

Ich darf Sie auch daran erinnern: Es war zu dieser Zeit österreichische Präsidentschaft in der EU. Alle Abgeordneten können sich ein bisschen vorstellen, was das bedeutet für jemanden mit einem großen Ressort, noch dazu Vizekanzler, in diesem halben Jahr!

Übrigens: Auch das halbe Jahr davor und das halbe Jahr danach; das halbe Jahr danach – das sage ich gerade in diesem Kreise auch noch dazu – war für mich insofern noch einmal intensiv, als ich über mein Ressort hinaus, über die Vizekanzlerschaft hinaus mitunter auch den Herr Bundeskanzler vertreten habe, der natürlich im zweiten Halbjahr 2006 im Wahlkampf steckte. Ich konnte mich da eher etwas „freischwimmen“ und war nachweislich auch bei Veranstaltungen, wo sich Premierminister getroffen haben.

Das heißt, ich habe **gearbeitet**. Ich habe mich null um Strategie, um Finanzierung – oder was auch immer – irgendeines Wahlkampfes gekümmert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich mache Ihnen dazu auch einen Vorhalt aus der Einvernahme von Arno Eccher, damals zuständiger Bundesgeschäftsführer und wesentlich mit dem Wahlkampf 2006 betraut. Zitat:

Er –

gemeint ist Hubert Gorbach –

war nicht mehr in diesen Wahlkampf involviert, hat nicht mehr kandidiert, war auf keiner Sitzung und deshalb nicht im Wahlausschuss.

Weiteres Zitat Eccher:

Mit der Finanzierung hat er überhaupt nichts zu tun gehabt –

gemeint ist: mit der Finanzierung des Wahlkampfes BZÖ 2006 –, sagt der damalige Bundesgeschäftsführer.

Ich frage Sie noch einmal: Sind diese Angaben des Arno Eccher korrekt?

Hubert Gorbach: Sind korrekt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Vizekanzler, Herr Gorbach, ich halte Ihnen eine Aussage von Peter Pilz in der „ZiB 24“ vom 27. 1. 2012 vor.

Peter Pilz sagt: Das heißt, die Telekom hat für ihr Geld wirklich was gekriegt. Sie hat den Entwurf geschickt, und mit zwei Weisungen, bis hin zu einer **Ministerweisung**, ist der Wille der Telekom umgesetzt worden.

Entsprechen diese öffentlichen Aussagen des Kollegen Pilz im größten Medium Österreichs, dem ORF, der Wahrheit? Oder – ich formuliere es vorsichtig – sind sie das **Gegenteil** der Wahrheit? – Jeder weiß, was gemeint ist.

Hubert Gorbach: Wenn Herr Pilz behauptet, es hätte eine Weisung gegeben, so **irrt** er. Wenn er behauptet, es hätte zwei Weisungen gegeben, so irrt er **gewaltig!**

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben das jetzt sehr höflich formuliert. Herr Pilz sollte sich daher über seine Formulierungen und seine Wortvorschläge ein bisschen Gedanken machen.

Eine Frage noch, Herr Gorbach, zu Ihrem Engagement Hohegger/Telekom danach: Ihre privatwirtschaftliche Tätigkeit nach Ihrem Ausstieg aus der Politik, unterscheidet die sich in irgendeiner Form – Ihrer Meinung und Auffassung nach – von der Beratungstätigkeit des ehemaligen SPÖ-Bundeskanzlers Alfred Gusenbauer, von der Beratungsaktivität des ehemaligen Bundeskanzlers Franz Vranitzky, von der Lobbying-Tätigkeit des ehemaligen ÖVP-Landeshauptmannes von Kärnten Christof Zernatto,

vom Job im Raiffeisen-Konzern für den ehemaligen ÖVP-Parteibmann Josef Pröll? Unterscheidet sich das in irgendeiner Weise von Ihrer privatwirtschaftlichen Tätigkeit?

Ich frage das deswegen, weil Ihnen Ihre privatwirtschaftliche Tätigkeit vorgeworfen wird. Ich habe hier zahlreiche Beispiele genannt, wo das 1 : 1 der gleiche Fall ist. Was können Sie zu diesen Angaben sagen? Unterscheidet sich Ihre Tätigkeit von einer der genannten Personen, Ihre privatwirtschaftliche Tätigkeit nach dem Ausstieg aus der Politik?

Hubert Gorbach: Die Frage beantworte ich so: Dem Grunde nach sicherlich nicht.

Ich könnte da jetzt und würde auch gerne ein Plädoyer halten, dass es einem offensichtlich schwer gemacht wird, wenn man viele Jahre hauptberuflich in der Politik war, in Spitzenfunktionen auf Landes- und Bundesebene, und dann aus persönlichen, auch familiären Gründen – oder aus welchen Gründen auch immer – sagt: Ich möchte abschließen mit der Politik.

Was ich übrigens – in diesem Kreise einmal erwähnt – schon vor meinem Gang nach Wien gesagt habe: dass ich ungefähr mit 50 noch einmal privatwirtschaftlich etwas tun möchte. Mein Ausscheiden war mit 50 sehr konsequent!

Aber es wird einem sehr schwer gemacht, als Politiker in der privaten Wirtschaft zu reüssieren. Es kommt vielleicht ein bisschen darauf an, woher man kommt; dann wird es schwerer oder weniger schwer gemacht. Aber im Prinzip sind das diese Tätigkeiten, die Sie aufgezählt haben, die wir alle, die Sie auch aufgezählt haben, machen. Wir haben ja auch einen Kontakt untereinander.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen fünf Dokumente vor: den Entwurf der Telekom für die Universaldienstverordnung, den ausgesendeten Ministeriumsentwurf, die Telekom-Vorschläge im Begutachtungsverfahren, die Vorschläge der Regulierungsbehörde und die erlassene Novelle.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Können Sie mir auf Basis dieser Dokumente sagen, ob die Medienberichte – und auch wieder einmal die Behauptungen des Herrn Pilz –, dass der Wunsch der Telekom 1 : 1 umgesetzt worden sei, auf Basis dieses Unterlagenstudiums, das Sie jetzt machen werden, korrekt sind oder nicht? Oder ob es Änderungen gegeben hat, und wenn ja, um welche Änderungen es sich handelt?

Hubert Gorbach: Ich habe eingangs schon erwähnt – ich glaube, zweimal –, dass es Änderungen gegeben hat. Es hat Ergänzungen gegeben, es hat in der Begutachtung Wünsche gegeben, die nicht berücksichtigt wurden, und es hat Änderungen im Hause gegeben. Das ist die Antwort zur einen Frage.

Die Antwort bezüglich Weisungen ist auch klipp und klar: Es hat **keine Weisung** gegeben, zwei schon gar nicht. Es hat keine Weisung gegeben: weder mündlich noch schriftlich.

Was war noch die Frage – pardon?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es wurden im Begutachtungsverfahren Wünsche der Telekom geäußert. Sie haben das Dokument vorliegen. Wurde ein einziger dieser Wünsche geändert?

Hubert Gorbach: Die 0900er aufzunehmen? *(Abg. Petzner: Genau!)*

Das wurde **nicht** berücksichtigt – das habe ich ausgeführt –, weil ich annehme, daraus wäre auch ein wirtschaftlicher Vorteil, wenn man so will, entstanden. Das haben wir also nicht umgesetzt, auch aus inhaltlich-fachlichen Gründen.

Hingegen haben wir einen Vorschlag der RTR umgesetzt, die 0810 und 0820 zusätzlich aufzunehmen. Und es heißt in dem Text, der dann von mir unterschrieben wurde, also Gültigkeit hat – das ist für viele vielleicht eine nicht so wichtige, in Wirklichkeit aber doch wesentliche Passage –: „soweit dies technisch möglich ist“. Diese Textpassage wurde eben auch abgeändert gegenüber dem Vorschlag, und zwar im Hause.

Das heißt – das hat mich auch sehr geärgert –, „Telekom bestellt, legt einen Text her, Gorbach übernimmt 1 : 1 und kriegt dafür ein Geld“! – **Alles falsch!**

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich glaube, Sie haben das so laut gesagt, dass es auch manche Medienvertreter, die das bisher einfach nicht hören wollten, gehört haben.

Ich mache Ihnen dazu einen weiteren Vorhalt, und zwar einen Prüfbericht von Frau Bundesministerin Doris Bures, die Ihre Novelle geprüft hat. Frau Bures kommt zu folgendem Schluss – Zitat –:

Dies hat zweifellos zu einer Senkung der Kosten des Universaldienstes und damit mit stark sinkender Tendenz zu Mehreinnahmen der TA von dem Vernehmen nach rund 30 000 € im Jahr 2010 geführt. – Zitatende.

30 000 € – Novelle Universaldienstverordnung!

Ministerin Bures sagt weiter in diesem Prüfbericht, dass die Kosten für die Erhaltung der Telefonzellen, die Sie schon angesprochen haben, 13 Millionen € pro Jahr betragen und dies aus dem Universaldienstfonds gedeckt wird.

Zitat aus diesem Prüfbericht: Die Verordnung bewirkt kein Zusatzeinkommen für die Telekom Austria, sondern nur eine Abdeckung von Kosten, die durch Dritte verursacht werden. – Zitatende.

Schlussfolgerung:

Die Verordnung ist daher ohne Zweifel auch heute noch sachlich gerechtfertigt. Sie betrifft deswegen nur die Telekom Austria, weil sie der einzige Betreiber ist, der Telefonzellen betreibt. Es gäbe auch heute keinen sachlichen Grund, die Verordnung aufzuheben.

Jetzt frage ich auch Sie dasselbe, was ich Herrn Fischer von der Telekom gefragt habe: Herr Gorbach, können Sie sich vorstellen, dass die Telekom so deppert ist, **wirtschaftlich so dumm** ist, bei Kosten von 13 Millionen € für einen finanziellen Vorteil von 30 000 € im Jahr 2010 Schmiergelder oder Zahlungen an das BZÖ in Höhe von über 1 Million € zu leisten plus Ihre Sekretärin zu finanzieren?

Gehen Sie davon aus, dass die Telekom einen derart stumpfsinnigen, unwirtschaftlichen Verstand an den Tag gelegt hat?

Hubert Gorbach: Die Telekom hat viele Jahre wirtschaftlich sehr klug agiert.

Das ist die Antwort auf Ihre Frage, ob ich mir vorstellen kann, dass die Telekom so eine wirtschaftlich stumpfsinnige Tat setzt und Zahlungen veranlasst für eine Verordnung, die **nicht** ihren Wünschen entspricht.

Was die Prüfung dieser Verordnung betrifft, so bin ich froh und dankbar; hätte das auch gemacht, wenn ich in Verantwortung gewesen wäre in einem ähnlichen Fall, weil man sich ja sonst die Frage gefallen lassen muss: Ja wo sind denn die Proteste nach Abgang des Ministers Gorbach versendet oder vom Winde verweht?, die ja dann offensichtlich dagewesen wären, wäre diese Verordnung so Telekom-freundlich gewesen, wie das in vielen Medien dargestellt wurde.

Ich habe selbst von dieser Prüfung aus den Medien entnommen, also das heißt, auch als Betroffener ist man angewiesen, Medienberichte zu lesen, um zu wissen, was da gerade passiert ist.

Da hieß es einmal: Bures ließ Gorbachs Telekom-Verordnung unter die Lupe nehmen.

Und es hat in einer nicht unbekanntenen Vorarlberger Zeitung sogar zu einer Überschrift gereicht. Auf der Titelseite: Gorbach von Bures entlastet!

Wie ich das gelesen habe, habe ich mich zuerst sehr gefreut und dann wieder sehr gewundert, da normalerweise auch solche Titelseiten, Überschriften gerne übernommen werden, bundesweit, aber das konnte ich leider dann nicht nachlesen. Aber das ist nur so ein Nebenaspekt.

Also zu Ihren konkreten Ausführungen: Ich habe, glaube ich, alles gesagt. Telekom, ich habe keine Wahrnehmungen von Zahlungen. Ich habe von der Telekom keine diesbezüglichen Ansinnen, auch von keinem anderen bekommen, und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Telekom sozusagen so unwirtschaftlich agiert und dann zulassen würde oder zulassen müsste, dass ein wichtiger Aspekt, den sie noch einbringen will – ich habe das Beispiel erklärt, 0900 aufnehmen –, einfach nicht berücksichtigt wird.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die letzte Frage, ich habe Ihnen schon 2,5 Minuten zugestanden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, es sind genau 6 Minuten und 50 Sekunden; wir haben mitgestoppt.

Schlussfrage: Herr Gorbach, zu Frau Kröll-Maier haben Sie Stellung genommen.

Ich frage Sie zu den anderen beteiligten Personen (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz*): Stehen die Zahlungen der Telekom im Zusammenhang mit dem Gastinger-Wahlkampf, stehen die Zahlungen der Telekom an Klaus Wittauer und stehen andere Zahlungen der Telekom an das Umfeld des BZÖ mit der Universaldienstverordnung in einem direkten Zusammenhang: ja oder nein? Wenn ja, dann war es Korruption.

Und ein Schlusstipp noch von mir: Ich würde, wenn ich Sie wäre, diese Schlagzeile der Frau Bures, nämlich: Gorbach von Bures entlastet!, einrahmen und daheim an die Wand hängen.

Hubert Gorbach: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Petzner, aber jetzt habe ich die vorige Frage vergessen. (*Heiterkeit.*) Das mit dem Einrahmen überlege ich mir. (*Abg. Dr. Pilz: Irgendetwas mit „an die Wand hängen“ war!*) – Auch das habe ich nicht verstanden, Herr Dr. Pilz.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die „VN“-Schlagzeile: Bures entlastet Gorbach!, an die Wand hängen. Herr Pilz, danke, dass Sie mir die Möglichkeit geben, das noch einmal auszuführen, und ich wiederhole auch meine Frage, weil Sie sie akustisch nicht verstanden haben.

Diese drei Zahlungen, die hier im Saal immer wieder angesprochen werden – Telekom/Wittauer, Telekom/Gastinger, Telekom/andere Zahlungen im Umfeld des BZÖ –, stehen die in einem Zusammenhang mit der von Ihnen erlassenen Novelle der Universaldienstverordnung? War es Korruption, ja? Oder stehen Sie in keinem Zusammenhang, also nein? Dann war es nämlich auch keine Korruption.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie, die Frage ist schon drei Mal beantwortet worden, aber Sie können sie gerne ein viertes Mal stellen. (*Abg. Petzner:*

Entschuldigung, ich kann meine Frage so oft stellen, wie ich möchte!) Sicher, Sie können sie gerne ein viertes Mal stellen.

So, bitte die Antwort.

Hubert Gorbach: Frau Vorsitzende, ich mache es sehr kurz. (*Abg. Dr. Jarolim: ... Entschlagsrecht!*) Ich habe betont, dass ich keine Wahrnehmungen über solche Zahlungen habe und dass im Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung keinerlei Ansinnen an mich, der ich ja dann schlussendlich unterschreiben muss, gestellt wurden.

Deshalb schlieÙe ich mit logischem Hausverstand im Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung solche Zahlungen aus.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich glaube, auf Basis der Verfahrensordnung darf ich darauf hinweisen im Rahmen dieser Meldung zur Geschäftsordnung, dass ich, auch wenn Fragen in anderer Form schon mehrfach gestellt wurden, laut Verfahrensordnung das Recht habe, meine Fragen zu stellen, auch wenn Sie schon in anderer Form gestellt wurden.

Ich darf Sie ersuchen, mir mein Fragerecht auf Basis der geltenden Verfahrensordnung nicht zu nehmen oder dieses zu beschneiden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das habe ich auch nicht gemacht, ich habe nur darauf hingewiesen. Wir sind zeitlich ziemlich im Rückstand, denn um 14 Uhr sollten wir schließen. Wir haben jetzt noch eine zweite Runde vor uns, vom Reglement her sind 5 Minuten ausgemacht, aber zeitlich geht sich das eigentlich nicht mehr aus, weil wir darüber hinaus noch einen Beweismittelbeschluss fassen müssen und es Termine gibt, die um 14.15 Uhr beginnen.

Ich ersuche daher um sehr, sehr knappe Zusatzfragen und werde wirklich um 14 Uhr abschließen, weil wir noch den Beweismittelbeschluss brauchen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich kann mich kurz fassen. Ich nehme an, zum Kollegen Petzner wird Kollege Pilz noch etwas sagen, und daher kann ich mir das ersparen.

Nur ganz kurz: Wenn ich Sie frage, ob Sie mit der oder in Bezug auf die Telekom einen Vertrag hatten, sagen Sie dann Ja, Nein – oder ent schlagen Sie sich der Aussage? (**Gorbach: Nein!**) – Sie sagen, nein.

Haben Sie mit der Wahlkampf abrechnung 2006 irgendetwas zu tun gehabt? (**Gorbach: Nein!**) – Wie war denn Ihre Beziehung zu Herrn Hochegger? Wie würden Sie die bezeichnen? – Sie können sich auch der Aussage ent schlagen.

Hubert Gorbach: Das ist Gegenstand der Ermittlungen in diesem anhängigen Verfahren. (*Abg. Dr. Jarolim: Ja!*) Aber es ist ja kein Geheimnis – ich habe ja auch schon an anderer Stelle heute Vormittag oder Mittag dazu etwas gesagt –: Der Herr Hochegger war bekannt als jemand, der sehr viele Kontakte hat, internationale Kontakte hat, der ein gut funktionierendes PR-Büro hat und den man einfach, wenn man politisch in Spitzenfunktionen in Wien tätig ist, kannte und dem man auch begegnete – ich sage das nicht mit einem negativen Beigeschmack; ich gehöre nicht zu jenen – und zu dem man dann, wenn man selbständig ein Consulting-Büro betreibt,

auch Kontakte hatte, weil es da und dort eventuell Möglichkeiten des gemeinsamen Vorgehens hätte geben können.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Im Rahmen Ihrer Tätigkeit als Minister oder in welchem Zusammenhang?

Hubert Gorbach: Nein, im Rahmen meiner Tätigkeit als Consulter.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Als Consulter. – Haben Sie ihn persönlich oder als Minister in irgendeiner Weise beschäftigt oder seine Agentur?

Hubert Gorbach: Herr Dr. Jarolim, Sie sind Rechtsanwalt, Sie wissen ganz genau, dass man da jetzt aufpassen muss, wenn Sie sagen, persönlich oder als Minister. Als Minister habe ich ihn nie beschäftigt. Jetzt schlieÙe ich aber nicht aus, dass er während meiner Ministerverantwortung für eines der Kabinette, für eine der Fachabteilungen einmal etwas gearbeitet hat.

Das allerdings nicht, was ich vor einiger Zeit in einer bekannten Wochenzeitung mit rotem Umschlag gelesen habe, dass man für mich irgendeine – ich weiß gar nicht, wie das genannt wurde – geschaffen hätte und das soundso viel gekostet hätte. Da war ich ein bisschen perplex, weil ich das ja hätte wissen müssen, aber nicht wusste. Offensichtlich war aber so etwas in Vorbereitung. Das war ein Geschäftsmodell, dass er das sozusagen präsentiert, und dann kauft man das vielleicht. Das war aber bei mir nicht der Fall.

Also persönlich keine Aufträge.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Folgendes: Wir haben da also von der Hohegger.com ein Ideenkonzept zur Positionierung von Bundesminister Gorbach vorliegen. Da steht etwa drinnen:

Ausgangslage: Regierungsintern, unabhängig davon, welche Rolle Helmut Kukacka zugebilligt wird, ist darauf zu achten, dass Hubert Gorbach ein eigenständiges, unabhängiges, klar differenziertes Profil in der Öffentlichkeit enthält. Kreativer, lösungsorientierter, entscheidungsstarker und wirtschaftskompetenter Gestalter der österreichischen Politik. Kristallisationsfigur. Nur wer den Schatten des Vertrauens überspringt, wird zum Entdecker neuer Möglichkeiten und als Stabilitätsgarant in der Regierung. Hier braucht es einen Minister, der aktiv auf die Menschen zugeht, ihre Sprache spricht, sie versteht oder mit ihnen spricht. Er ist konfliktbereit und vertritt seine Meinung, auch wenn es unangenehm ist. – Zitatende.

Was hat, glauben Sie, den Herrn Hohegger veranlasst, so ein Papier zu produzieren?

Hubert Gorbach: Wäre die Zeit nicht so vorgeschritten und wäre ich gemein, würde ich sagen, ich habe es schlecht verstanden, wiederholen Sie das bitte – für das Protokoll. (*Abg. Dr. Jarolim: Ich glaube, das wird dann eh direkt eingetragen!*) – Spaß beiseite.

Ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten. Die müssen Sie bitte allenfalls an den Herrn Hohegger stellen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie mit ihm einmal darüber gesprochen, dass er eine PR für Sie machen soll? (**Gorbach: Nein!**) – Danke.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ganz kurze ergänzende Punkte, dann komme ich zu einem kleinen Resümee und einer abschließenden Frage.

Wir waren beim Dienstkonto. Sie müssen sich das so vorstellen: Die Frau Kröll-Maier kassiert pro Quartal 28 000 € von der Valora AG, legt dafür Scheinrechnungen. Ich zitiere – sie erklärt –:

Der Rest des von der Valora AG überwiesenen Betrages blieb auf dem Dienstkonto. Dieser Betrag stand schließlich für Hubert Gorbach zur Verfügung. – Zitatende.

Über die Zeit, wo die Valora Telekom-Gelder über Scheinrechnungen an die Frau Kröll-Maier ausbezahlt hat, sind auf diese Art und Weise 139 200 € auf das Dienstkonto geflossen, das von der Frau Kröll-Maier Ihnen, Herr Gorbach, zugerechnet wird.

Jetzt sagt die Frau Kröll-Maier Folgendes auf die Frage, was passiert, wenn da immer mehr Geld auf dieses Dienstkonto kommt, was wird damit gemacht – ich zitiere –:

Wenn auf dem Dienstkonto ein relativ hoher Betrag vorhanden war, habe ich diesen auf ein Sparkonto umgebucht. Unter hohem Betrag verstehe ich eine Summe in der Höhe von zirka 40 000 € – Zitatende.

Das war also die Geschichte: Telekom zahlt, Perger bestätigt das an die Valora AG, ein Scheinvertrag wird errichtet, Scheinrechnungen werden ausgestellt, Gelder fließen. Diese Gelder kommen erst zu einem großen Teil auf ein Dienstkonto Gorbach, zu mehr als der Hälfte, und dann, wenn sie 40 000 € übersteigen, auf das Sparkonto Gorbach.

Jetzt sagen Sie in diesem Zusammenhang, kein Nutzen für die Telekom ist erkennbar.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. – Erstens, die Telekom-Manager stellen fest: Es ist zu viel Geld im Unternehmen, wir müssen das irgendwie loswerden!, und verschenken es. Und da gibt es den Hubert Gorbach in Vorarlberg und seine Sekretärin, und die sind dafür ausgesprochen geeignet. – Das ist die eine Möglichkeit.

Die zweite Möglichkeit ist, es gibt eine Gegenleistung. Jetzt sagen Sie, Herr Gorbach, die Gegenleistung war nicht die Universaldienstverordnung.

Jetzt frage ich Sie: Wenn die Telekom nicht vollkommen verrückt ist und einen Unternehmenszweck verfolgt, was war Ihrer Meinung nach – beziehungsweise in dem Fall ist es besser Ihrem Wissen nach – die Gegenleistung für die 268 800 € an Schmiergeldern, die auf diesem Wege geflossen sind? Was war die Gegenleistung?

Hubert Gorbach: Herr Abgeordneter Dr. Pilz, Sie haben jetzt einiges zitiert, das Sie vielleicht gerne im Protokoll haben möchten, das ja dann auch öffentlich zugänglich wird, deshalb ist es mir wichtig, nicht nur zu sagen, wir befinden uns hier jetzt mitten im Ermittlungsverfahren, das am Laufen ist, das ich schon öfter zitiert habe, sondern es ist mir auch wichtig, den Satz dazu zu sagen – Frau Vorsitzende, er sei mir erlaubt –: In dem, was Sie jetzt gesagt haben – mit Gorbach Dienstkonto, Gorbach Sparkonto – ist so viel Unrichtiges dabei, dass ich eigentlich überrascht wäre, wenn es nicht einen taktischen Grund hat, Herr Abgeordneter, dass Sie das so vorgetragen haben.

Aber ich mache aufmerksam auf dieses anhängige Verfahren und bitte Sie um Verständnis – auch als Jurist um Verständnis –, dass ich hier nicht meine Rechte als Mitbeschuldigter oder Beschuldigter beschneiden werde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist geschenkt! Kein Problem! Das Einzige, das ich Ihnen nicht abkaufe, ist Ihre Überraschung, weil das ist nicht etwas, was *ich* „vorgetragen“ habe, sondern das ist die Aussage von Frau **Kröll-Maier**. Das habe ich **wörtlich vorgelesen** über das Dienstkonto und über das Sparkonto (**Hubert Gorbach: Sie haben meinen Namen dazu gesagt!**) – unterbrechen Sie mich bitte nicht! –, die beide von der Frau Kröll-Maier eindeutig Ihnen als Person zugeordnet werden.

So, ich zitiere (**Hubert Gorbach: Frau Vorsitzende!**) – Herr Gorbach, unterbrechen Sie mich nicht! Ich habe Sie ...

Hubert Gorbach: Aber das war insistierend! Wenn das so stehen bleibt, glaubt jeder, der das liest, das wären meine Konten, und das unrichtig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann beantworten Sie doch die Frage nach dem Sparkonto! Sie wollten das nicht beantworten. Ich habe Ihnen Fragen gestellt; Sie hatten die Gelegenheit. Sie haben die Gelegenheit, das sachlich zu beantworten, nicht genutzt. Ihr Problem, nicht meines.

Ich halte Ihnen Folgendes vor zu den Parteifinzen des BZÖ.

Der „Standard“, 17. Mai 2006 – weil Sie gesagt haben, Sie wissen nichts davon, Sie waren ja nur geschäftsführender Bündnisobmann, sonst gar nichts. Mit dem Geld und mit dem Wahlkampf haben andere zu tun gehabt, Sie wollten ja gar nicht mehr in der Politik bleiben. Im Mai des Jahres 2006 hat sich das vollkommen anders angehört. – Ich zitiere den „Standard“ vom 17. Mai 2006:

„Hubert Gorbach hat Geld. Er ist Vizekanzler und hat für den Wahlkampf des BZÖ bereits Sponsoren aufgestellt.“

Weiters „profil“, 22. Mai 2006:

... wieder Wahlspenden für das BZÖ, dessen geschäftsführender Obmann Gorbach ist, organisiert haben. Eine dieser Firmen soll 500 000 € zugesagt haben.

Der „Standard“, 19. Mai 2006:

„Und jene Gelder mitzunehmen, die er bisher von privaten Sponsoren für den Wahlkampf organisiert hat. Diese Gelder, so argumentiert Gorbach partei-intern ganz unverblümt, seien nämlich an seine Person gebunden.“

Und zum Abschluss „FORMAT“:

Vizekanzler Hubert Gorbach. BZÖ-intern soll er am Montag angekündigt haben, diese Woche Geld zu bringen. Während Westenthaler dem Vernehmen nach ein Wahlkampfbudget von 5 Millionen € fordert, hat Gorbach bereits eine Zusage von 500 000 € aus dem Telekombereich. Und auch mit Financiers aus der Bauwirtschaft hat der Vizekanzler bereits Gespräche geführt. Fließt auch hier Geld, wäre Gorbachs Politikpräsenz auf jeden Fall verlängert. – Zitatende.

Wir haben nachgeprüft: kein Medienverfahren, kein Widerruf, keine Entgegnung, nichts. Das steht nach wie vor so im Raum.

Im Mai 2006 gab es die große Debatte über den geschäftsführenden BZÖ-Obmann, der sich auf Geldeinbring-Tour für den bevorstehenden Wahlkampf begibt, und da steht sogar explizit dort: 500 000 € Telekom.

Und jetzt, 2012, kommt Hubert Gorbach – also nicht 2006, sondern der inzwischen sechs Jahre ältere Hubert Gorbach, Unternehmensberater und so weiter, inzwischen Beschuldigter – und erklärt uns: Es waren ja ganz andere!

Herr Gorbach, sagen Sie mir einmal eines: Ist das – erstens – alles falsch, was damals in den Zeitungen gestanden ist, speziell die 500 000 €, die Sie aus dem Telekombereich bringen wollten?

Zweitens: Welche presserechtlichen und zivilrechtlichen Schritte haben Sie gegen diese – unter Anführungszeichen, weil ich glaube das ja nicht – „Falschbehauptungen“ unternommen?

Und drittens: Wenn Sie es nicht waren – weil wir kommen ja dann noch, und auch mit Ihnen, auf die ganzen Schmied und Schmid, auf die Haslinger-Geschichte, auf Wittauer, auf Gastinger und, und, und, und wahrscheinlich auch auf Westenthaler –, wenn Sie es also nicht waren, der Geldeintreiber war und der dafür gesorgt hat, dass die BZÖ-Wahlkampfkassen halbwegs voll waren, wer war dann Ihres Wissens dafür zuständig, für den BZÖ-Wahlkampf im Jahr 2006 Geld von Unternehmen einzutreiben?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke, das war die letzte Frage. – Herr Gorbach, bitte. (*Abg. Petzner: Zur Geschäftsordnung!*) – Und dann kommen Sie.

Hubert Gorbach: Wer war zuständig? Dazu kann ich Ihnen keine Angaben machen, weil ich in den Wahlkampf und in die Finanzierungsmöglichkeiten oder -notwendigkeiten nicht inkludiert war.

Was Ihre Bemerkung betrifft, dass ich diese Meldungen nicht geklagt hätte, so darf ich Ihnen sagen, dass ich, hätte ich alle auf Basis anonymer Feststellungen, Anzeigen oder was auch immer publizierten Vorwürfe oder Negativmeldungen geklagt, kaum zum Arbeiten gekommen wäre. Ich habe Zweiteres bevorzugt, wiewohl es ab und zu in meiner Funktion in Wien in den vier Jahren als Minister und Vizekanzler unumgänglich war, zu klagen.

Ich kann Ihnen auch sagen, ich glaube, es gab – aber nageln Sie mich da nicht fest, aber es wird nicht weit daneben liegen – 22 Klagen, davon 21 gewonnen oder zu meinen Gunsten verglichen, auch gegen die Grünen. Ich habe in meine „Kriegskassa“ auch Gelder überwiesen bekommen von Ihrer Fraktion.

Aber hätte ich alle geklagt? – Also das ist einfach auch nicht meine Art. Daraus jetzt einen Schluss zu ziehen, Herr Dr. Pilz, das ist einfach falsch.

Ihre Frage beantworte ich ganz konkret: Ich kann Ihnen keine Angaben machen, wer für die Finanzierung irgendeines Wahlkampfes zuständig war, weil ich nicht mehr mit dabei, nicht mehr involviert, nicht mehr im Entscheidungsgremium war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich versuche, mich – im Gegensatz zu Herrn Pilz – kurz zu fassen. Ich verstehe auch seinen Redenschwall, weil sein Konstrukt in sich zusammenbricht, was er jetzt wegzureden versucht.

Aber, Frau Vorsitzende, ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal Folgendes festhalten, auch als Fairnessgründen gegenüber allen anderen Fraktionen: Es ist absolut unzulässig und inakzeptabel, dass der Herr Pilz in der ersten Fragerunde, die aus 7 Minuten-Frageblöcken hätte bestehen sollen, minutenlang überzieht. Sie erklären, das wird dann in der zweiten Fragerunde – nämlich konkret 4 Minuten – abgezogen. Das heißt, Herr Pilz hätte in der zweiten Fragerunde noch eine Minute Redezeit gehabt, denn fünf waren in der zweiten Fragerunde festgeschrieben. 4 Minuten werden abgezogen, damit sind wir bei einer Minute.

Peter Pilz – wir haben mitgestoppt, Sie werden auch mitgestoppt haben, vergleichen wir die Zeit –, hat jetzt in der zweiten Runde folgende Redezeit gehabt: Eine Minute hätte er gehabt, gesprochen hat er 6 Minuten 45 Sekunden und 20 Hundertstel. So genau stoppen wir. – 6 Minuten 45 Sekunden und 20 Hundertstel!

Frau Vorsitzende, ich darf wirklich an Sie appellieren, auch aus Fairnessgründen gegenüber den anderen Fraktionen: Entweder wir halten eine Redeordnung ein – oder es können alle so lange überziehen. Wenn Herr Pilz das Recht bekommt, insgesamt über 5 Minuten zu überziehen und damit eine eigene Fragerunde nur für den Herrn Pilz einzubauen, dann muss es diese fünfminütige Extrafragerunde für alle Fraktionen geben, was ich hiermit beantrage.

Und ich sage weiters dazu, dass ich noch einmal Folgendes festhalte: Sie haben mich mehrmals gerügt, ich solle hier keine Vorträge halten. Der Herr Pilz hält hier Vorträge,

macht noch dazu völlig tatsachenwidrige, aktenwidrige Vorhalte, die vorne und hinten nicht stimmen und nicht zusammenpassen, auch wenn es ihm nicht passt.

Daher müssen Sie jetzt auch dem Herrn Pilz einen Ordnungsruf und eine Rüge erteilen, weil Sie mir ebenfalls eine solche im Zusammenhang mit Vorträgen, die ich in dieser Form nie gehalten habe, erteilen – oder ich muss Ihren unabhängigen Vorsitz anzweifeln, was ich bisher in keiner Weise getan habe. Ich schätze Sie und finde, Sie haben das bisher ausgezeichnet gemacht, und ich gehe auch davon aus, dass Sie Ihre ausgezeichnete Arbeit hier jetzt fortsetzen und daher auch gegen Herrn Pilz entsprechende Schritte einleiten werden.

Obfrau Dr. Gabriele Moser: Ich habe seit heute, 9.30 Uhr, einen Vermerk: Fraktionssitzung, Neuregelung der Redezeiten. Das wird in der Fraktionssitzung besprochen werden.

Ich habe auch, entsprechend Ihrer Mitstopfung, eine eigene Stopfung vorgenommen, und da steht genau: 5 Minuten, plus 2 Minuten, Abgeordneter Pilz.

Ich habe auch, nachdem Abgeordneter Jarolim zwischengerufen hat beziehungsweise angemerkt hat, wenn Vorhalte sind, braucht man Zeit, dann diese Aufforderung so interpretiert: Wenn Vorhalte sind, wird Zeit zur Verfügung gestellt. – Wenn wir in der Fraktionssitzung zu einer anderen Vorgangsweise kommen, halte ich mich daran.

Jetzt gelangt noch zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Pilz zu Wort. Wenn es jetzt noch weitere Wortmeldungen gibt, unterbreche ich wieder diese Sitzung und wir werden dann ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Es gibt weitere Wortmeldungen! – Abg. Amon: Eine pro Fraktion!*)

Wenn Sie wirklich nur eine Wortmeldung pro Fraktion abhalten, dann können wir das Procedere so weiterführen, dass die Medienvertreter herinnen bleiben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Frau Vorsitzende! Wir haben auch mitgestoppt und möchten zu Protokoll geben, dass der Abgeordnete Petzner für Geschäftsordnungswortmeldungen im laufenden Untersuchungsausschuss bis jetzt 47 Minuten und 32,6 Sekunden verbraucht hat. Ich bitte, in diesem Zusammenhang streng zu sein. – Danke schön.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Frau Vorsitzende! Ist daran gedacht, die Uhren der Vorsitzenden und die der Fraktionen durch einen Chronometer-Sachverständigen untersuchen zu lassen, um in irgendeiner Weise abzuklären, wie sich diese Divergenzen erklären lassen?

Obfrau Dr. Gabriele Moser: Ganz einfach: Ich stoppe keine Zehntelsekunden. – Abgeordneter Amon. (*Abg. Amon: Ich habe mich nicht zu Wort gemeldet!*) – Keine Wortmeldung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich glaube, wir müssen ein bisschen aufpassen, wie wir jetzt insgesamt unser Setting aufstellen, und ich glaube, dass es an der Zeit ist, dass wir eine Fraktionsführerbesprechung machen.

Obfrau Dr. Gabriele Moser: Gut, die wird sowieso anberaumt. – Wir setzen fort mit der Befragung.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Frau Vorsitzende! Es würde, glaube ich, schon helfen, wenn wir die Zeiten einfach einhalten, dann hätten wir, glaube ich, diese ganze Diskussion gar nicht.

Herr Vizekanzler, Sie haben in Ihrer Einvernahme Folgendes ausgesagt – ich zitiere –:
Dr. Hohegger hat für das Ministerium gearbeitet. Natürlich habe ich ihn dort auch gelegentlich in einem Vorzimmer getroffen. – Zitatende.

Können Sie irgendeine Angabe machen, was Dr. Hohegger für das Ministerium gearbeitet hat?

Hubert Gorbach: Kann ich im Detail nicht, weil ich mich persönlich um diese Dinge nicht gekümmert habe.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wer wäre befugt gewesen, dem Dr. Hohegger einen Auftrag zu erteilen?

Hubert Gorbach: Abteilungen, die mit Publikation, Pressearbeit, Kommunikation zu tun haben. Ich hatte eigentlich einen Führungsstil, wie er auch in der privaten Wirtschaft üblich ist: dass ich mich nicht um jedes Detail selber kümmerte, sondern mich auf gute und verlässliche Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen verlassen konnte.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Jetzt ist der Kollege Petzner leider wieder nicht im Saal. Ich wollte nämlich darauf hinweisen, dass er den Herrn Vorstand Schieszler falsch oder nicht vollständig zitiert hat in der Zeugeneinvernahme, in seiner Aussage, in seiner Beschuldigteneinvernahme, wo er Sie durchaus auch entlastet. Das ist korrekt. Schieszler sagt nämlich – ich zitiere –:

Zu etwaigen Zahlungen an Hubert Gorbach, Rüdiger Schender, Georg Serentschy, Alfred Stratil und Klaus Wittauer habe ich keine Wahrnehmungen. – Zitatende.

Das heißt, die Vorwürfe gehen in seiner Aussage eher in Richtung BZÖ. Darum hätte ich Sie, Herr Vizekanzler, gerne Folgendes gefragt – und ich zitiere zunächst aus der Aussendung des BZÖ vom Donnerstag, dem 25. August 2011:

„BZÖ-Bucher: Gorbach aus dem BZÖ ausgeschlossen. ‚Ich habe den Obmann des BZÖ-Voraralberg beauftragt, den sofortigen Ausschluss von Hubert Gorbach aus dem BZÖ zu vollziehen. Im BZÖ-Neu unter meiner Führung werden Personen, die in irgendeiner Art und Weise mit Korruption in Verbindung gebracht werden, nicht toleriert. Eine Vergrasserung gibt es mit mir im BZÖ-Neu nicht‘, erklärt BZÖ-Bündnisobmann Klubobmann Josef Bucher.“

Haben Sie eine Erklärung dafür, warum das BZÖ derart scharf reagiert?

Hubert Gorbach: Es gibt auch heute noch, so wie früher, Dinge, die ich nicht kommentieren möchte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Vorsitzende! Ja, der Herr Kollege Petzner ist nicht herinnen. Vielleicht hängt es auch damit zusammen, dass er öfter Fragen, die bereits gestellt wurden, wiederholen musste: weil er die Antworten manchmal nicht gehört hat.

Petzner versteift sich nämlich auf diese, auch zu Ihrer Freude gereichende, Überschrift: **Bures entlastet Gorbach**, wo ein Bericht aus 2010 drinnen ist. Und der Abgeordnete Petzner verquickt damit eine Zahl, nämlich dass diese Universaldienstverordnung der Telekom im Jahr 2010 einen wirtschaftlichen Vorteil von lediglich 30 000 € gebracht hat.

Vielleicht nur zur Erinnerung: Herr Vizekanzler Gorbach, wann war es, dass Sie die Universaldienstverordnung unterschrieben haben? (*Hubert Gorbach: 24. Oktober 2006!*) – 2006.

Eine andere bemerkenswerte Aussage haben Sie gemacht, und zwar angesprochen vom Kollegen Jarolim ...

Hubert Gorbach: Es steht mir nicht zu, Sie zu korrigieren, aber darf ich fragen: Sie haben gesagt, aus 2010 zitiert?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aus 2010 stammt dieser Bericht des BMVIT, wonach die sachliche und rechtliche Korrektheit der Universaldienstverordnung seitens der Ministerin Bures festgestellt wurde. (*Hubert Gorbach: Sorry!*) Und in diesem wird auch davon gesprochen, dass der wirtschaftliche Vorteil im Jahr 2010 bei 30 000 € gelegen ist, und es wird zu konstruieren versucht, das wirtschaftliche Interesse der Telekom hätte sich auch 2006 auf lediglich 30 000 € bezogen. – Aber Sie haben ja bereits gesagt, dass Sie hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit keine Wahrnehmung gehabt haben.

Etwas anderes: Sie haben betreffend dieses Unternehmensberatungspapier von Hohegger zur Positionierung von Bundesminister Hubert Gorbach gesagt, dass Sie das nicht kennen und nicht haben.

Es ist durchaus interessant, dass es nämlich in diesem Zusammenhang mehrere solcher Papiere gibt, auch auf andere Personen bezogen – Minister Reichhold ist zum Beispiel einer von ihnen gewesen, und interessanterweise taucht auch Dr. Serentschy in so einem Papier auf. Herr Dr. Serentschy hat gestern gesagt, er hat mit diesem Papier auch nichts zu tun. Er kennt das nicht.

Das heißt, Sie sind heute schon der zweite unmittelbar Betroffene von den Unternehmensleistungen des Herrn Hohegger, der keine Ahnung hat, wofür der Herr Hohegger da Hirnschmalz, womöglich vielleicht sogar noch unentgeltlich, weil es keinen Auftrag gegeben hat, verwendet hat. – Das wird sicherlich die Frage sein, die man dann an den Herrn Hohegger richten muss: Wer ihm den Auftrag für diese Papiere gegeben hat – oder wenn kein Auftrag da war, wem er diese trotzdem in Rechnung gestellt hat.

Danke, ich habe sonst keine weiteren Fragen.

Hubert Gorbach: Ich kann nur wiederholen, dass ich keine Wahrnehmung über ein solches Papier habe. Ich habe davon in einer Wochenzeitung gelesen, habe aber auch mitbekommen oder stelle mir vor, dass dieses Papier oder diese Vorgangsweise ein Geschäftsmodell des Herrn Hohegger ist, aber diese Frage wäre ihm selber zu stellen, dass er offensichtlich ein Papier macht, das man ihm vorlegt, womöglich gefällt es dem Vis-à-vis auch noch, das ist wichtig beim Produktverkauf, und er sagt, ja, das will ich, weil da steht so viel Richtiges drinnen, wir haben es ja gehört. Dankenswerterweise hat es der Herr Abgeordnete Jarolim vorgelesen. Da steht so viel Wichtiges und Richtiges drinnen, dass ich das schon haben muss, um es zu publizieren.

Ich kann das nur wiederholen und bestätigen, ich habe dieses Papier nicht und habe es auch nicht gekannt, bis es veröffentlicht wurde. Ob es andere verwendet haben, Vorgänger, Nachfolger, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Obwohl der Kollege Amon schon eine ähnliche Frage gestellt hat, muss ich die noch einmal stellen, weil ja auch immer der Vorwurf in den Medien geäußert wird, ich würde da irgendjemanden verteidigen. Ich beziehe mich auf den Untersuchungsgegenstand, den ich heute schon mehrfach zitiert habe, und darf in diesem Zusammenhang, Herr Gorbach, an Sie die Frage noch einmal stellen, bitte um Antwort ja oder nein: Ist es korrekt, dass das BZÖ unter Josef Bucher Sie aus dem BZÖ ausgeschlossen hat?

Hubert Gorbach: Ja, das ist korrekt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Einen weiteren Vorhalt, das ist noch entscheidend: Alle Zeugen haben bestätigt, es gab keine Weisung. Der einzige Zeuge, der von einer indirekten oder von einer übertragenen Ministerweisung gesprochen hat, war der Herr Dr. Singer. Ich halte Ihnen dazu einen Aktenvermerk von Herrn Dr. Singer vor – der entscheidende Absatz ist gelb markiert –, wo der Herr Singer behauptet, dieses Aufgetragen sei ein Auftrag des Herrn Schender gewesen, Ihres Kabinettschefs, und damit eine übertragene Weisung des Ministers durch Sie.

Schauen Sie sich diese Unterlage an und sagen Sie mir bitte, ob das korrekt ist oder nicht.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) *(zur Geschäftsbehandlung):* Frau Vorsitzende! Herr Verfahrensanwalt! Das war ein nachweislich falscher Vorhalt. Die Frau Weissenburger hat als Auskunftsperson ausgesagt, dass sie von Herrn Dr. Singer eine Weisung erhalten habe, und der Herr Dr. Singer hat ausgesagt, dass er über Kabinettschef Schender eine Ministerweisung erhalten habe. Es sind also zwei Weisungen in diesem Ausschuss von Beamten bestätigt worden. Beide Beamten und Beamtinnen werden nicht als Beschuldigte in einem dieser Verfahren geführt.

Hubert Gorbach: Frau Vorsitzende! Ist es als Zeuge erlaubt, etwas festzustellen in dieser Sache, nämlich weil ich ja betroffen bin?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, Sie können eine Antwort geben, und da können Sie auch Feststellungen einbauen.

Hubert Gorbach: Ich habe mich bemüht, am Wochenende das Protokoll des ersten Tages zu bekommen, habe es dann am Montag bekommen, habe nachgelesen, weil ich mich vorbereiten wollte auf heute. Herr Dr. Pilz, Frau Vorsitzende, Herr Verfahrensanwalt, ich lese dort nicht, dass der Herr Dr. Singer von einer Ministerweisung spricht. Ich lese dort, dass er von einer **übertragenen Weisung** spricht. Diesen Begriff kenne ich weder dienstrechtlich noch strafrechtlich.

Das ist maximal, Herr Pilz, für eine Überschrift gut: Singer singt! oder so ähnlich. Aber ich bitte hier schon, korrekt zu zitieren. Weil das mit der Weisung, da möchte ich sehr genau sein, das tut mir weh. Die hat es nicht gegeben. *(Abg. Dr. Pilz: Die hat es gegeben!)* Wer das behauptet, behauptet etwas Falsches.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich schließe das in meine Frage mit ein. Herr Pilz behauptet, der Vorhalt sei falsch, weil die Frau Weissenburger von einer Weisung gesprochen habe. Die Frage ist, die Frau Weissenburger hat hier gesagt:

„Mir ist der Vorschlag übergeben worden ... und gesagt worden: Bitte bereite einen entsprechenden Text vor!, und das habe ich getan.“

Frage Amon: „Wer war das, der Ihnen das so gesagt hat?“

Antwort Weissenburger: „Mein Abteilungsleiter.“

Frage Amon: „Das ist Herr Dr. Singer?“

Antwort Weissenburger: „Das ist Herr Dr. Singer, ja.“

Also wenn das als Weisung interpretiert wird: Bitte bereite den entsprechenden Text vor!, Herr Pilz, dann weiß ich nicht mehr, in welcher Welt wir leben. Das zeigt nur, dass die Grünen bis heute nie in einer Regierungsverantwortung waren und daher auch keine Ahnung haben, was eine Weisung ist und was nicht.

In diesem Zusammenhang kann ich jetzt nur noch einmal den Herrn Minister konkret fragen, noch einmal auch auf Grund dieser Diskussion: Gab es irgendeine Weisung in diesem Zusammenhang, eine übertragene Ministerweisung, eine Weisung durch Sie persönlich oder Ähnliches, ja oder nein?

Hubert Gorbach: Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist auch durch das Protokoll und zahlreiche Aussagen in dieser Form auch belegt. Man kann darüber diskutieren, Herr Pilz, was eine Weisung ist. Rechtlich ist klar, was eine Weisung ist.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gibt es eine weitere Frage Ihrerseits?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und alle haben ausgesagt, dass rechtlich gesehen das keine Weisung war. **Rechtlich** gesehen! Und wenn Sie jetzt eine Geschäftsordnungsdebatte anzetteln wollen, bitte gerne. Ich zitiere gerne aus den entsprechenden Protokollen.

Ich habe keine weiteren Fragen an den Herrn Gorbach.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Pilz, nur ganz kurz – und in Hinkunft werden wir alle Geschäftsordnungsdebatten an den Schluss der Sitzung stellen. (*Abg. Dr. Pilz: Geht nicht!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Ich ersuche, diesen Teil des Protokolls, speziell die Antwort von Herrn Gorbach, möglichst bald beizuschaffen, weil es sich hier bei der Frage einer Weisung ganz sicherlich nicht um einen Teil des Strafverfahrens handelt, damit wir prüfen können, ob wir dazu eine Sachverhaltsdarstellung wegen des Verdachts der falschen Beweisaussage an die Staatsanwaltschaft verfassen.

Hubert Gorbach: Ich halte das für eine interessante Bemerkung, ich würde wenn mir das zusteht, ansonsten wende ich mich an den Herrn Verfahrensanwalt oder an die Frau Vorsitzende, dann auch gleich prüfen lassen, wie es sein kann, dass behauptet wird und das dann auch öffentlich kolportiert wird, aus dem Ausschuss heraus, dass neben der Weisung auch behauptet wird, ich hätte Herrn Dr. Serentschy Ende 2006, während meiner Ministerzeit, verlängert in seinem Amt, was nachweislich unrichtig ist, weil das ein Jahr später erfolgt ist. Dann würde ich bitten, dass man das gleich mit untersucht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Da es keine Zusatzfragen gibt, darf ich mich bei Herrn Gorbach für sein Kommen bedanken, diese Befragung für beendet erklären und mich auch von der Vertrauensperson verabschieden.

*(Die Auskunftsperson **Gorbach** und dessen Vertrauensperson verlassen den Sitzungssaal.)*

14.18

Die Obfrau ersucht die Journalisten, den Saal zu verlassen und leitet über zur **nichtöffentlichen** Sitzung.

*(Fortsetzung 14.19 Uhr bis 14.22 Uhr – und somit bis zum Schluss der Sitzung – unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „nichtöffentlicher Teil“)*
